FoDEx-Studie

Philipp Scharf
Stephanie Buchholz
Luke Tappé



Nordhorner Volksfront?

DKP-Aktivismus und politische Kultur in der ehemaligen Textilhochburg

Nr. 11
(2023)



Inhalt

Auf einen Blick

Der Fachbereich Linksradikalismus der *Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx)* untersucht politische Gesellungsformen, die sich der Tradition und dem Vokabular verschiedener Bewegungen und Theorien verschreiben, welche – zumindest nominell – auf die Herstellung gleicher und freier menschlicher Lebensverhältnisse, auf Emanzipation, zielen. Damit befinden sie sich in Opposition zu einer von ihnen identifizierten politischen Mehrheitskultur. Linker Radikalismus beruft sich auf historische und aktuelle Befreiungsbewegungen wie den Marxismus-Leninismus, den Anarchismus, den Antifaschismus, auf globalisierungskritische, postkoloniale Bewegungen usw. Er drückt sich in rhetorischen Stilen und Haltungen, aber auch in Symbolen und Ritualen aus; oftmals lehnt er etablierte Praktiken des Dialogs und des Kompromisses ab, insbesondere politische Parteien. Als Versuch politischer Einflussnahme stellt der Linksradikalismus einen möglichen Prägefaktor politischer Kultur dar, der tief historisch und regional verwurzelt ist. Diese Zusammenhänge zwischen linksradikalem Aktivismus einerseits und den lokalspezifischen Besonderheiten der politischen Kultur andererseits leiten unser Forschungsinteresse an.

Die Studie fragt danach,

- wie die politische Kultur Nordhorns beschaffen ist und von welchen lokalen Kontextbedingungen der lokale Erfolg der DKP abhing;
- wie sich die Partei in das breite linke Lager sowie die Protestgeschichte historisch einfügte und welches die zentralen Charakteristika und Entwicklungstendenzen der Nordhorner gegenkulturellen Szene sind;
- und inwiefern der örtliche Linksradikalismus einen Prägefaktor der lokalen politischen Kultur darstellt.

Die Studie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Die politische Kultur Nordhorns ist geprägt durch das Image der Textilarbeiterstadt. Die DKP schaffte es, dieses Narrativ im Sinne einer materialistischen Konfliktlinie virulent zu halten.
2. Politisch fiel die Neugründung der Partei mit der Politisierung einer neuen Aktivistengeneration zusammen, beide waren in ihrer Frühphase eng verknüpft.
3. Weiterhin hing der Erfolg der DKP vom Akteurshandeln und dem großen moralischen Kredit ihrer Galionsfigur, Heinz Deymann, ab. Auch durch die Parteizeitung konnten sich die Kommunist:innen als städtische Moralinstanz inszenieren.

4. Der Metakonflikt um die Nordhorn-Range wirkt schließlich ebenso moderierend wie die Auseinandersetzung um die Gründung des freien Jugendzentrums. Beide wirken als tatsächliche und imaginierte Verständigungsräume.

5. Der DKP-Erfolg setzt sich damit aus einer Mischung aus personellen, institutionellen und situativen Effekten zusammen.

1 Einleitung

Das niedersächsische Nordhorn war lange eine Hochburg zunächst der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sowie später der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Bis in die 1990er-Jahre hinein, über einen Zeitraum von beinahe dreißig Jahren, schafften es die ortsansässigen Kommunist:innen in den Stadtrat und mitunter auch in den Kreistag – und das zu einer Zeit als parteiförmig organisierte, orthodoxe Marxist:innen keineswegs in der politischen Landschaft Deutschlands reüssierten.

Der Fachbereich Linksradikalismus der *Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen* (FoDEx) setzt mit dieser Studie die Untersuchung der Zentren des niedersächsischen Linksradikalismus fort. Nach Analysen zur Landeshauptstadt, dem „roten Hannover“, sowie der Universitätsstadt Göttingen folgt nun eine (ehemalige) Hochburg der DKP, des an der niederländischen Grenze gelegenen Nordhorns. Damit bietet sich Nordhorn aufgrund seiner vermuteten politischen Mobilisierungsvergangenheit, die stärker parteikommunistisch geprägt ist, als komplementäres Vergleichsobjekt ebenso an wie durch die kleinstädtische Prägung, die es von den bisherigen Analyseobjekten unterscheidet.

Unsere Überzeugung ist es, dass insbesondere diejenigen politischen Phänomene, die abseits und oftmals auch konfrontativ zur Mehrheitsgesellschaft verlaufen, nur vor dem Hintergrund einer Analyse der lokalen politischen Kultur zu verstehen sind. In der Kleinstadt, so unsere Vermutung, lassen sich mutmaßlich die politischen wie sozialen Vergesellschaftungsprozesse wie unter einem Brennglas untersuchen. Wir nehmen an, dass hier, auch durch eindeutigere personelle Verknüpfungen und die Aufhebung der großstädtischen Anonymität, Sozialisierungsprozesse deutlicher heraustreten. Damit wird erst durch die Kontextualisierung eines spezifischen linksradikalen Deutungsangebotes mit dem spezifischen lokalpolitischen Klima eine angemessene und differenzierte Betrachtung des vorliegenden Falles möglich.

Wir verwehren uns dabei gegenüber in ihrem Erkenntnishorizont notwendigerweise begrenzten Fragen nach Gefahrenpotenzialen für die moderne Demokratie, sondern versuchen stattdessen im historischen Längsschnitt, existierende Mentalitäten sowie deren Wandel zu identifizieren und so den historisch-empirischen Zeitkern der jeweiligen Ausprägungen linksradikalen Politengagements zu erfassen. Ausgehend von unseren Vorarbeiten zu den lokalen Spezifika Hannovers und Göttingens wenden wir uns nun Nordhorn zu; erkenntnisleitend sind hierbei die Fragen: *Wie lässt sich der Linksradikalismus Nordhorns in seiner Sattelzeit, von 1968 bis 1990, charakterisieren, welche politischen Deutungskonflikte treten innerhalb des linken Lagers auf und inwiefern stellt er fortan einen politisch-kulturellen Prägefaktor der Stadtgesellschaft dar?* Ziel der vorliegenden Studie ist es also, die grundierenden politisch-kulturellen Erfolgsfaktoren für den lokalen Erfolg der DKP zu ergründen und dabei gleichzeitig ihre Ein- und Rückgebundenheit in historische Entwicklungen zu erörtern – und damit über die bestehende, hauptsächlich durch die Extremismusforschung geleistete DKP-Forschung hinauszu-

gehen. Schließlich sollen Genese und Gestalt des linken bis linksradikalen Nordhorns rekonstruiert werden, um somit auch einen Forschungsbeitrag dazu zu leisten, wie sich politisches Engagement in „der Provinz" empirisch ausgestaltet.

Zur Beantwortung dieser Frage ist eine mehrschrittige Analyse notwendig. Zunächst wird die Etablierung eines textilindustriellen Arbeitermilieus in enger Verbindung mit den es repräsentierenden Parteien nachgezeichnet (Kapitel 2). In diesem Resonanzraum, so unsere Vermutung, konnten sich erst die gegen- und jugendkulturellen Strömungen ausbilden (Kapitel 3), die in den 1960er- und 1970er-Jahren einerseits (eine) Grundlage des Erfolgs der DKP bildeten und grundsätzlicher andererseits zu einer Politisierung einer Generation junger Politaktivist:innen beitrug. Eine in der Bundesrepublik einmalige Gegebenheit stellt sicherlich das Engagement gegen den Schieß- und Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range (engl. = Schießstand) dar (Kapitel 4). Hier, so unsere These, finden alle politischen Lager Nordhorns zusammen; durch diesen Metakonflikt, der in unterschiedlichen Abstufungen bis heute virulent bleibt, wird politisches Konfliktpotenzial moderiert und eingehegt. Unklar bleibt in der Forschungslandschaft oftmals die Verbindung zwischen antiautoritären und orthodoxen, proletarischen Kräften. Dieses Forschungsdesiderat, das sich empirisch häufig durch die unklare Verbindung zwischen den beiden Polen, den Studierenden und der Arbeiterbewegung, ausdrückt, soll hier auf lokaler Ebene gefüllt werden. Handelte es sich hier tatsächlich um den „konflikthaften Aufprall zweierlei Welten"[1]?

1.1 Nordhorn: „Nur" politische Provinz?

Im äußersten Westen Niedersachsens befindet sich die Kreisstadt Nordhorn, die Verwaltungszentrum des Landkreises Grafschaft Bentheim ist. Vom politischen Zentrum des Bundeslandes, der Landeshauptstadt Hannover, aus betrachtet, zeichnet sich Nordhorn durch seine periphere Lage aus; vielen Niedersächs:innen dürfte die Stadt als Reiseziel oder aber – wahrscheinlicher – als Zwischenstation in die benachbarten Niederlande geläufig sein. Doch wieso wenden wir uns dieser Kleinstadt zu? Eine lapidare Antwort könnte lauten: „Die 68er-Bewegung war eben ‚mehr als Berlin und SDS'."[2] Wenig überraschend greift diese Replik jedoch zu kurz. Richtig ist, dass auch in eher ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen die Welle der studentischen Avantgarde aus ihren Metropolzentren herüberschwemmte und progressive politische Praktiken und Pläne transportierte. Die Medienrevolution, die Bildungsexpansion sowie die gesteigerte Mobilität sorgten dafür, dass Ideen schneller zirkulierten und sich verbreiteten – folglich kam es zu einer „Ausdehnung der Möglichkeitshorizonte"[3] auch nahe der niederländischen Grenze. Somit waren es auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen des Hinterlands, welche die Vorboten der „Revolutionszeit" darstellten, sie transportierten

> „[…] die Skepsis gegenüber dem Rationalismus, die Interpretation der gesellschaftlichen Differenzierung als Entfremdung, de[n] Kult der jugendlichen Gemeinschaft, die nicht den Rollenmus-

1 Horn, Gerd-Rainer: Arbeiter und „1968" in Europa: Ein Überblick, in: Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai" in Europa, Hamburg 2018, S. 36–59, hier S. 36.

2 Schmidt, Hans-Gerd: Die 68er-Bewegung in der Provinz. Vermittlungswege und Handlungsfelder am Beispiel der Region Lippe, in: Paulus, Julia (Hrsg.): ‚Bewegte Dörfer'. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990, Paderborn 2018, S. 71–87, hier S. 87.

3 Siegfried, Detlef: Superkultur. Authentizität und politische Moral in linken Subkulturen der früher siebziger Jahre, in: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 251–268, hier S. 253.

tern des bürgerlichen Lebens folgte und unvermittelte, körperliche Nähe und Wärme versprach."[4]

Zeitgenössische Stimmen hingegen standen diesem Angleichungsprozess skeptisch bis ablehnend gegenüber. So erneuerte der marxistische Philosoph Ernst Bloch seine Kritik an der „Ungleichzeitigkeit" der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in Stadt und Land. Demnach herrschten hier andere Ideologien als in den Industriezentren, in denen der marxsche Grundwiderspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat deutlich hervorstach. Auf dem Lande habe sich das Erbe der verspäteten deutschen Nationsbildung manifestiert und dafür gesorgt, dass dort die Menschen nicht für sozialistische Fachterminologie und revolutionäres Gedankengut empfänglich seien.[5] Deutlicher formulierte der Philosoph Theodor W. Adorno, der als einer der wichtigsten Köpfe der Frankfurter Schule insbesondere durch sein Frühwerk zu einem Vordenker und Stichwortgeber der Studentenbewegung wurde, seine Kritik am vermeintlich provinziellen Landleben. Vor der Erfahrung des Holocausts, um die sich sein Denken nach 1945 drehte, warnte er davor, dass die „Entbarbarisierung auf dem platten Land" noch nicht gelungen sei. „Die immer noch fortdauernde kulturelle Differenz von Stadt und Land", so Adorno „ist eine, wenn auch gewiß nicht die einzige und wichtigste, der Bedingungen des Grauens."[6] Die nur mühsam und ungenügend unterdrückte Gewalt bliebe „bei einem bestimmten Typus des Ungebildeten"[7] nur knapp unter der zivilisatorischen Oberfläche versteckt und drohe bei der kleinsten Erschütterung auszubrechen. Das Vorurteil, dass die Provinz ein „emanzipationsfeindlicher Ort" sei, hielt sich demzufolge hartnäckig und die „emanzipatorisch orientierte Jugendbewegung der sechziger Jahre konnte im Rausch ihrer Aufbruchsstimmung die Provinz nur als Feindbild wahrnehmen."[8] Die Provinz war demnach eher ein Abgrenzungs- als ein Bezugspunkt oder gar ein politisches Aktionsfeld.[9] Noch heute hat es die radikale Linke im ländlichen Raum oftmals ungleich schwerer als in ihren urbanen Zentren; „das mittelalterliche Diktum der freimachenden Stadtluft"[10], frei von autoritären und repressiven gesellschaftlichen Zwängen des modernen Lebens, scheint demnach weiterhin aktuell. Diese negative Zustandsbeschreibung lässt die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Themenfeld in ein neues Licht rücken.

Für Nordhorn charakteristisch sind einige Merkmale, die es von unseren bisherigen Untersuchungsobjekten, dem großstädtischen Hannover[11] und dem universitär geprägten Göttingen[12], unterscheiden: Zunächst scheinen die bereits angesprochene periphere Lage innerhalb Niedersachsens sowie der kleinstädtische Charakter Nordhorns strukturgebend. Weiterhin war das politische wie gesellschaftliche Leben Nordhorns lange eng mit der ortsansässigen Textilindustrie verknüpft – dies galt folglich ebenso für linke Gegenkulturen, die sich *nicht* primär aus einem studentischen Milieu und der Universität im Nachgang der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre

4 Jeweils ebd., S. 251.

5 Vgl. Bloch, Ernst: Gespräch über Ungleichzeitigkeit, in: Enzensberger, Hans Magnus/Michel, Karl Markus/Wieser, Harald (Hrsg.): Kursbuch 38. Lohnarbeit, Berlin 1997, S. 1–9.

6 Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: ders. (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 2020 [1969], S. 88–104, hier S. 92.

7 Ebd., S. 95.

8 Herrenknecht, Albert/Wohlfahrt, Jürgen: Vom Kampf gegen die Provinz zum Kampf mit der Provinz, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 4/1991, S. 21–31, hier S. 21.

9 Vgl. ebd., S. 22.

10 Deycke, Alexander/Isele, Sören: Kein ruhiges Hinterland? Autonomer Antifaschismus in der Provinz, in: Demokratie-Dialog, H. 3/2018, S. 20–29, hier S. 22.

11 Scharf, Philipp/Schenke, Julian/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt. FoDEx-Studie Politische Kultur Nr. 7, Göttingen 2021.

12 Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264.

entwickelten. Zwar scheint der weit überdurchschnittliche elektorale Erfolg der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in den 1970er- bis 1990er-Jahren ein weiteres Indiz dafür zu sein, dass die linken Bewegungen der Epoche proletarischer geprägt sein könnten, unsere Recherchen sprechen jedoch vielmehr dafür, dass auch in Nordhorn und unter den genannten Vorzeichen ein klassischer jugendrevolutionärer Prozess vollzogen wurde. Es fand ein komplexes Wechselspiel aus Annäherung und Abgrenzung innerhalb des linken Lagers statt, das nicht nur von gegenseitiger Sympathie und Unterstützung geprägt war. Im kleinstädtischen Raum werden personale Verflechtungen ungleich bedeutender.

1.2 Begrifflichkeiten und theoretischer Zugang

Wiederholt finden innerhalb der deutschen Politikwissenschaft Diskussionen statt über die angemessene Definition dessen, was je nach begrifflichem Zugang „Linksradikalismus", „Linksextremismus" oder auch „linke Militanz" genannt wird. Diese mitunter erbittert geführten Auseinandersetzungen gehen jedoch oftmals zulasten der Diskussion von möglichen Forschungsvorhaben oder gar empirischer Resultate. Der Grund hierfür liegt sicher nicht zuletzt in der unterschiedlichen politischen Färbung des jeweiligen Erkenntnisinteresses. So sind es die sicherheitspolitisch argumentierenden Apologet:innen des (Links-)Extremismusbegriffs,[13] die nach Bedrohungen für den demokratischen Verfassungsstaat fragen, während ihre Opponent:innen[14] solcherlei – reale oder vermeintliche – Blickverengungen ablehnen und eine wissenschaftliche Gleichmacherei zwischen linken und rechten Demokratiefeind:innen anklagen.[15] Dieser Exkurs zeigt bereits deutlich, dass gerade die gesellschaftliche Diskussion pikanter und politisch aufgeladener Thematiken einerseits auf eine exakte Verwendung der jeweiligen Begriffe angewiesen ist, welche der gebotenen politischen Sensibilität Rechnung tragen, und andererseits hier weiterhin ein Forschungsdesiderat besteht, da die theoretischen Grundsatzdebatten und vereinzelt vorliegenden Fallstudien nicht systematisch in einen gemeinsamen Diskurs treten (können). An dieser Stelle wollen wir jedoch nicht die zyklisch auftretenden Debatten aufgreifen. Hier folgt daher nur eine kurze Definition dessen, was an anderer Stelle ausführlicher nachzulesen ist.[16] Demnach verwenden wir in der hier vorliegenden Kurzstudie die im FoDEx-Projektzusammenhang erarbeitete Bestimmung des *Linksradikalismus als empirisches Phänomen*, also als

> „soziales Gebilde, dessen kleinster gemeinsamer Nenner aller vielfach konstatierten Heterogenität zum Trotz darin liegt, an tradierte Emanzipationsrhetoriken unterschiedlichster Provenienz anzuschließen. Ob Parolen, Redeweisen oder Theorieversatzstücke dabei etwa an klassisch theorieaffine, d. h. marxistische und marxistisch-leninistische, oder theorieaverse, d. h. anarchistische, blanquistische, stalinistische, maoistische, oder an dazu quer stehende ökologische, globalisierungskritische, spontaneistische sowie postkolonialistische Traditionslinien anschließen, ist zunächst gleichgültig, ebenso wie das Ausmaß theoretischer Durchdringung und intellektueller Quali-

13 Vgl. etwa das durch die Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Werk: Mannewitz, Tom/Thieme, Tom: Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn 2020.

14 Vgl. bspw. Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Frankfurt am Main 2019.

15 Vgl. Schneider, Johannes: Das Hufeisen muss runter, in: ZEIT ONLINE, 28.10.2019, URL: https://www.zeit.de/kultur/2019-10/linke-rechte-hufeisentheorie-thueringen-bjoern-hoecke-bodo-ramelow [eingesehen am 19.09.2022].

16 Vgl. Scharf, Philipp/Schenke, Julian: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand. Über hartnäckige Begriffsroutinen und empirische Defizite im Themenfeld des Linksradikalismus, in: Demokratie-Dialog, H.8/2021, S. 16–26.

> tät oder das Gewicht praktischer Absichten respektive die Tendenz zu militanten Praktiken. Entscheidend ist, dass sie sich alle auf den Anspruch berufen, an einer Befreiung aus übermächtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu arbeiten, die sie als Ursache zahlreicher sozialer Missstände identifizieren."[17]

Wir verstehen uns dabei in der Tradition der qualitativen politischen Kulturforschung nach Karl Rohe stehend, der *politische Kultur* holistisch als sinn- und ordnungsstiftende „Grundannahmen über die politische Welt"[18] begreift. Grundlegend für Rohe ist die Unterscheidung zwischen Deutungs- und Sozialkultur, wobei Erstere demnach „[…] eine Kultur der Kultur [ist], deren Sinn und Zweck nicht zuletzt darin besteht, Sozialkultur zu thematisieren."[19] Zugleich sind Deutungs- und Sozialkultur jedoch keine monadisch abgeschlossenen und historisch unveränderlichen Blöcke, vielmehr sind sie wechselseitig aufeinander bezogen und damit einem steten Wandel unterworfen:

> „Kultur auf der Ebene von Deutungskultur lebt zwar typischerweise vom Dialog und Austausch von Ideen und Zeichen, weil ohnedies kaum die eigentlichen Leistungen von Deutungskultur für Sozialkultur erbracht werden können, nämlich gesellschaftliche Sachverhalte mit Sinn zu verstehen, den Blick für neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu öffnen und damit eine Anpassung an veränderte gesellschaftliche Verhältnisse zu erleichtern."[20]

Politische Kultur stellt damit ein überindividuelles Phänomen dar; sie nimmt zugleich materiellen Charakter an, determiniert sie doch in einer quasi-objektiven Weise die sozialen Strukturen, mentalen Prozesse und letztlich auch das individuelle und gruppenspezifische Handeln[21] – politische Kultur wirkt also nicht zuletzt identitätsbildend.

Diese Charakterisierung politischer Kultur als ein vielschichtiges Gruppenphänomen lässt die Frage nach den sozialen Trägerschichten virulent werden, denn nur über diese kann politische Kultur der wissenschaftlichen Analyse zugänglich werden. Für diese Studie haben wir uns für die Konzepte des Milieus, der Gegenkultur sowie der Szene entschieden, welche unseren Zugriff systematisieren sollen und sich auf unterschiedlichen organisationalen Ebenen mit den hier beschriebenen sozialen und politischen Phänomenen auseinandersetzen.

Derzeit ist etwa die Diagnose der Krise der Milieus innerhalb der Sozialwissenschaften en vogue. Zu vielfältig scheinen die individuellen wie gemeinschaftlichen Herausforderungen moderner Gesellschaften – oft mit dem Präfix „post-" versehen, das die Singularität unserer Gezeitenwende aufzeigen soll –, zu augenfällig scheint das Auseinanderdriften der politischen Pole. Der gesellschaftliche Wandlungs- respektive Modernisierungsprozess bedrohe demnach die Fortdauer der Milieus insgesamt und führe zu einer verschärften Konkurrenzsituation hinsichtlich der politischen Repräsentation.[22] Das vielfach kolportierte welthistorische „Ende der Geschichte"[23] konvergiert dem-

17 Ebd., S. 24 f.

18 Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 1–21, hier S. 1.

19 Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 17.

20 Ebd., S. 17.

21 Vgl. Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994, S. 163.

22 Vgl. Gabriel, Oscar W.: Politische Milieus. Individualisierung und der Wandel der Strukturen des Parteienwettbewerbs in Deutschland, in: Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hrsg.): Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland, Schwalbach/Ts. 2011, S. 11–29, hier S. 12.

23 Vgl. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

zufolge mit dem „Ende des ideologischen Zeitalters“[24] auf individueller Ebene.

Ursprünglich bildeten sich die politischen Milieus anhand der „Erfahrungen der Primärkonflikte“, die zur Ausbildung von und Repräsentation in politischen Parteien mit einem „sozialkulturellen Charakter“[25] führten. Jahrzehntelang speiste sich die Stabilität der Parteien wie des Parteiensystems aus der funktionierenden Bindung an die konstituierenden Milieus, deren Stabilität wiederum

> „resultierte offenkundig aus der Härte des Basiskonflikts, aus der Schärfe der Auseinandersetzung mit einem aggressiven, oft gesellschaftlich dominierenden Kontrahenten, aber auch mit dem Transzendenzcharakter der eigenen Weltanschauung, aus der rituellen Erinnerung an die großen Kampfereignisse, an die Helden und Märtyrer der Bewegungen.“[26]

Dennoch waren Milieus gerade in ihrer Entstehungsphase auch – oder vielmehr: insbesondere[27] – auf lokale Eliten, auf „Prediger, Ideologen, Agitatoren und Organisatoren“[28] angewiesen, welche als Träger:innen der Ideologie und strukturschaffende Manager:innen agierten. Der Soziologe Rainer Lepsius identifizierte in seiner Pionierstudie zum Parteiensystem des deutschen Kaiserreichs vier tragende „sozialmoralische Milieus“[29]. Lepsius betont damit den kulturellen Aspekt der Milieus, zeichnet sich der Begriff durch „einen komplexen Bezug auf eine sozialmoralische Einheit“ aus, „die prinzipiell die gewisse Enge der klassentheoretischen Analyse überwindet.“[30]

Ist damit das Ende der politischen Milieus, die einstmals den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisteten, zugleich jedoch Ausdruck der gesellschaftlichen Konfliktlinien waren und anhand derer sich die modernen Parteiensysteme westlicher Prägung konstituierten, eingeläutet?[31] Kritik an der These der Erosion der Milieus äußert sich dergestalt, dass Individuen nicht ohne ihre „gesellschaftliche Mitgift“[32] gedacht werden können. Zudem werden die beschriebenen Prozesse umgedeutet, mitunter wird gar von einer „Revitalisierung traditioneller politischer Konflikte“[33] unter dem neu aufgespannten Wertehorizont zwischen Selbstverwirklichung und Säkularisierung unter gewandelten politischen Vorzeichen ausgegangen. Somit werden die postulierten Individualisierungsprozesse nicht als eine Atomisierung des gesellschaftlichen Beziehungsgeflechts gesehen.

Das Hannoversche Forschungszentrum „Arbeitsgruppe interdisziplinäre Sozialstrukturforschung“ (agis) unter der Leitung Michael Vesters wendete sich in den 1990er-Jahren der Überprüfung der These zu, ob sich die gesellschaftlichen Großgruppen gemäß der In-

24 Gabriel, S. 11.

25 Lösche, Peter/Walter, Franz: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, Jg. 26 (2000), H. 3, S. 471–492, hier S. 472.

26 Ebd., S. 472.

27 Vgl. Rohe, Karl: Entwicklung der politischen Parteien und Parteiensysteme in Deutschland bis zum Jahre 1933, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 39–58, hier S. 39.

28 Lösche/Walter, S. 473.

29 Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wilhelm et al. (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393, hier S. 382.

30 Ebd., S. 382.

31 Die Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelten in den 1960er-Jahren den Ansatz der Cleavage-Theorie. Demnach manifestierten sich anhand der grundlegenden Werte- und Interessenskonflikte des 19. Jahrhunderts – Arbeit vs. Kapital, Kirche vs. Staat, Stadt vs. Land und Zentrum vs. Peripherie – die politischen Milieus. Vgl. dazu: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967.

32 Vester, Michael et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main 2015 [1993], S. 133.

33 Gabriel, S. 11.

dividualisierungsthese tatsächlich aufgelöst hätten. Ihr Befund lautete jedoch, dass *keine Krise der Milieus* vorliege und sich stattdessen lediglich die Repräsentationsfähigkeit moderner Parteien verschlechtert habe.[34] In diesem Prozess, der aus der „Öffnung des sozialen Raums" und der „Metamorphose des Habitus"[35] besteht, vollziehe sich jedoch auch ein Wandel der Mentalitäten – Althergebrachtes und Modernes würden kombiniert. Als Kernphase dieser Transformation identifizieren sie den Generationenkonflikt und die Emanzipationskämpfe der 1960er-Jahre.[36] Der von uns verwendete Milieubegriff zielt damit wesentlich stärker auf soziokulturelle Lebenspraktiken und weniger auf ökonomische Klassenlagen, ohne jedoch auf ein „gewisses Maß an lebensbiographischer Konstanz, effektiver Gemeinschaftsbildung und sozialer Verbindlichkeit"[37] zu verzichten. Damit wird das Milieu definiert als eine politische Vergemeinschaftungsform, es sind *politische* Milieus in denen sich *politisch* Gleichgesinnte versammeln.[38]

Das *politische Lager* zeichnet sich in Abgrenzung dazu durch seine spezifische Konflikthaftigkeit aus. Kann sich das politische Milieu noch aus sich selbst heraus tragen, so ist das politische Lager im Gegensatz dazu auf den Gegner angewiesen, den es bekämpfen und dadurch eigene Geschlossenheit erlangen kann.[39] Der Lagerbegriff ist eng verwoben mit der Ausbildung proletarischer Milieus während der Hochphase der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Von Konservativen und Liberalen oft als Bedrohung der bestehenden (Besitz-)Verhältnisse wahrgenommen, wurden die Proletarier:innen als ökonomische Klasse vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Konzeptionell ist der Begriff des politischen Lagers eng mit dem der *Gegenkultur* verknüpft, der im deutschen Sprachraum eng mit dem Historiker Dieter Langewiesche verknüpft ist. Anstatt von einer hegemonialen Kultur auszugehen, beschreibt er ein komplexes Geflecht aus „Teil- und Gruppenkulturen mit beschränkten Autonomieansprüchen", welche sich aktiv gegen den „Verbindlichkeitsanspruch der dominanten Kultur"[40] richten. Laut Langewiesche lassen sich in modernen Gesellschaften eine Vielzahl an autonomen Teilbereichen ausmachen, in denen einzelne Gruppen jeweils um kulturelle Deutungsmacht streiten. Der Begriff der Gegenkultur legt demnach besondere Emphase auf einen vehement ausgetragenen Grundsatzkonflikt.[41] Es geht nicht um ökonomische Verteilungskonflikte, sondern um „tief sitzende Identitätsfragen, die Prinzipielles tangieren und deshalb in hohen Maße emotional aufgeladen sind"[42].

Anders als bei sozialen Milieus, die sich aufgrund ihrer gemeinsamen ökonomischen Lage und hieraus resultierenden Lebensweisen bilden, wird diese Suche nach „Gesinnungsfreunden" sowohl zum Kennzeichen politischer Milieus als auch weiterer Vergesellschaftungsformen, insbesondere den *Szenen*, welche eine kleinere organisationale Einheit darstellen. Sie

34 Vgl. Vester et al., S. 1.

35 Vester, Michael: Alternativbewegungen und neue soziale Milieus. Ihre soziale Zusammensetzung und ihr Zusammenhang mit dem Wandel der Sozialkultur, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 27–60, hier S. 33.

36 Vgl. Vester et al., S. 78.

37 Ebd., S. 21.

38 Vgl. Neugebauer, S. 22.

39 Vgl. Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, S. 21.

40 Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, S. 40–57, hier S. 40.

41 Am Beispiel der sozialistischen Arbeiterbewegung arbeitet Langewiesche das Verhältnis von Gesamt-, Sub-, und Gegenkultur heraus und betont dabei ausdrücklich, dass die Grenzen fließend sind und die jeweiligen Gruppenverbände in verschiedene Strömungen unterteilt sein können. Sie stellen also keinen monolithischen Block dar, sondern bedürfen ihrerseits der dichten empirischen Beschreibungen, um Feinheiten und Unterschiede zutage zu fördern. Vgl. Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen und Bildungskonzeptionen, Bonn 2003, S. 280–281.

42 Vgl. Rohe: Entwicklung der politischen Parteien, S. 51–52.

werden wie folgt definiert als: „Thematisch fokussierte kulturelle Netzwerke von Personen, die bestimmte materiale und/oder mentale Formen der kollektiven Selbststilisierung teilen und Gemeinsamkeiten an typischen Orten und zu typischen Zeiten interaktiv stabilisieren und weiterentwickeln."[43] Anders als bei den bislang diskutierten Begriffen des Milieus oder der Gegenkultur, legt diese Definition ausdrückliches Augenmerk auf die kommunikative Komponente, welche die Szenen charakterisiert. Sie sind demnach auf ihre ständige – kommunikative – Selbsterzeugung angewiesen, da sie, anders als politische Milieus oder Lager, weniger durch eine gemeinsame Identität gestützt werden und damit wesentlich volatiler sind. Szenen bedürfen, beginnend bei diffus übereinstimmenden weltanschaulichen Präferenzmustern, der Inszenierung von Symbolen, Zeichen und Ritualen;[44] sie sind „Inszenierungsphänomene"[45].

1.3 Materialgrundlage

Grundsätzlich wird die sozialwissenschaftliche Linksradikalismusforschung dadurch herausgefordert, dass sich das Forschungsfeld durch eine weitgehende Unzugänglichkeit auszeichnet. In der Forschung vielfach genutzte Primärquellen wie Umfragen oder Akteursinterviews stehen aufgrund einer skeptischen bis feindseligen Haltung der Befragten nicht zur Verfügung – zumindest fast. Uns ist es gelungen, sowohl mit ehemaligen DKP-Aktivist:innen als auch mit anderen Akteur:innen der Jugendbewegungen telefonische Interviews zu führen, die eine wichtige Datengrundlage darstellen. Aufgrund der biografischen Distanz herrschte hier vermutlich eine größere Gesprächsbereitschaft, wenngleich wir gerne noch mehr Gespräche geführt hätten. Leider waren nicht alle ehemaligen Aktivist:innen identifizierbar respektive auffindbar. Einige verweigerten aufgrund persönlicher Gründe das Gespräch, indem sie darauf verwiesen, dass sie sich mit dieser Phase ihres Lebens auch nach Jahrzehnten nicht auseinandersetzen möchten. Die sozialwissenschaftliche Interviewrekrutierung gestaltete sich also durchaus problematisch. Dennoch konnten wir mit ehemaligen DKP-Mitgliedern und anderen Aktivist:innen Interviews führen.. Damit stellt die vorliegende Studie eine Erweiterung der überaus umfangreichen Forschungsliteratur zum kleinstädtischen Nordhorn und der örtlichen DKP dar, da bislang für den betrachteten Zeitraum keine Akteursinterviews mit DKP-Aktivist:innen geführt wurden.

Allgemeiner Gegenstand unserer Kurzstudie ist die Frage danach, welche Kontextbedingungen den Stellenwert der DKP in Nordhorn begleitet und ermöglicht haben. Welche politisch-kulturellen Faktoren erklären die im bundesdeutschen Vergleich starke Rolle der DKP in Nordhorn? Welche Gestalt hatte sozialistisch inspiriertes Engagement im kleinstädtischen Umfeld? Welcher Natur war das DKP-Engagement in Nordhorn, war es in institutionalisierte Kanäle eingebunden oder lebte es von Bemühungen außerhalb dessen? Wie verhielten sich politisch engagierte Bürger:innen Nordhorns zur DKP und ihren Mitgliedern?

Das Spektrum dieser Fragen bedeutet für unseren Forschungsprozess, dass wir im Sinne der Grounded Theory[46] explorativ vorgehen, um das politische Handeln und die vorhandenen Interaktionsmuster nachvollziehen zu können. Damit liegen den eingangs gestellten Fragen sogenannte „sensitizing concepts"[47] zugrunde, die das Interesse an linkem Engagement im kleinstädtischen Umfeld prägen. Zur Ergründung des Forschungsinteresses haben wir unter anderem fünf halbstrukturierte Leitfadeninterviews mit Altaktivist:innen Nordhorns sowie ein Experteninterview geführt.

43 Ebd., S. 20.

44 Vgl. ebd., S. 21.

45 Ebd. S. 22.

46 Strauss, Anselm/Corbin, Juliet M.: Grounded theory in practice, Thousand Oaks 1997.

47 Boehm, Andreas: Grounded Theory – Wie aus Texten Theorien und Modelle gemacht werden, in: Boehm, Andreas/Mengel, Andreas/Muhr, Thomas (Hrsg.): Texte verstehen – Konzepte, Methoden, Werkzeuge, Konstanz 1994, S. 121–140, hier S. 130.

Darunter fallen Personen, die in der stark politisierten Phase zwischen dem Ende der 1960er- und den 1990er- Jahren aktiv waren und es teilweise bis heute sind. Die Personen waren in der DKP, in anderen Parteien, in der Jugendbewegung engagiert oder sie waren an Protesten der Textilarbeiter:innen oder gegen die Nordhorn-Range beteiligt. Die Interviews wurden telefonisch oder in Person vor Ort geführt und dauerten 60 bis 90 Minuten.

Der Leitfragebogen umfasste Fragen zu Nordhorn, der politischen Kultur, dem eigenen politischen Engagement und zur Wahrnehmung der DKP. Weiterhin steuerte der Leitfragebogen das Erleben verschiedener politischer Lokalereignisse an. Aufgrund der Besonderheiten lokalpolitischen Engagements müssen wir besonders darauf achten, die Anonymitätsrechte unserer Interviewpartner:innen zu gewährleisten. Deshalb verzichten wir auf die genaue und personenbezogene Zitation der Interviewpassagen und amalgamieren die zitierten Passagen, zudem wird auf eine Nennung des Geschlechts verzichtet. Dadurch soll sichergestellt werden, dass durch eine mögliche Rekonstruktion aller Einzelaussagen der Interviews individuelle Personen nicht identifizierbar werden.

Dem explorativen Charakter unserer Kurzstudie entsprechend arbeiten wir im Sinne der Grounded Theory an der Bildung von bereichsspezifischer Theorie aus dem Material heraus. Die vorliegende Studie hat den Charakter einer Lokalstudie und arbeitet am konkreten Fall Nordhorn. Vergleichenden Charakter hat sie somit nicht und auch die Samplegröße mit fünf Interviews ermöglicht keine abschließende Theoriebildung zu linksradikalem Engagement im kleinstädtischen Raum und der Bedeutung von politischen Milieus dafür. Das bestehende Literaturkorpus dazu ist jedoch begrenzt, sodass sich das Verfahren hier aufgrund des explorativen Charakters dennoch anbietet. Wir untersuchen, welche Hinweise sich aus dem Interviewmaterial auf die Formierung von Szenen, Gegenkulturen und politischen Milieus im Zusammenhang mit dem Engagement der DKP in Nordhorn ergeben.

Zusätzlich konnten wir auf umfassendes Textmaterial zugreifen, das wir über das in Nordhorn ansässige Kreis- und Kommunalarchiv der Grafschaft Bentheim, das Stadtmuseum Nordhorn sowie das Niedersächsische Landesarchiv einsehen konnten. Neben zeitgenössischen Zeitungsartikeln der Lokalzeitung *Grafschafter Nachrichten* (GN) umfasst dies auch Sammlungen aus Privatarchiven. Zudem konnten wir weitgehend auf die *Rote Spindel*, das Publikationsmedium der ortsansässigen DKP, zugreifen und hier über den gesamten Zeitraum ihres Erscheinens bis in die Gegenwart hinein stichprobenartig Analysen durchführen. Hierfür haben wir zentrale Wegmarken des politischen Lebens Nordhorns identifiziert und führen entsprechende hermeneutische Tiefenbohrungen durch.

2 Die DKP in Nordhorn: (K)ein „Eigenleben auf der politischen Standspur"[48]

Es ist ruhig geworden um die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) – politisch wie wissenschaftlich. Gerade einmal 14.925 Menschen gaben bei der Bundestagswahl 2021 ihre Stimme der einstmals größten kommunistischen Partei Deutschlands,[49] die in den 1970er- und 1980er-Jahren mit immerhin ca. 40.000 Mitgliedern die größte kommunistische Organisation der Bundesrepublik war. Auch heute ist sie mit ca. 4.000 bis 5.000 Mitgliedern die größte Partei dieses Spektrums.[50] Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politisch eher irrelevanten Kleinstpartei fällt entsprechend dürftig aus: In den letzten Jahrzehnten setzte sich – von einigen vereinzelten Ausnahmen abgesehen – vorwiegend die Extremismusforschung, die aus der Perspektive der streitbaren Demokratie nach Bedrohungsszenarien für den demokratischen Verfassungsstaat fragt,[51] mit der DKP auseinander. Man mag nun vermuten, dass für die DKP dieselbe Diagnose gilt, die für die nationalen Arbeiterbewegungen Europas insgesamt zutrifft, wonach „eigentlich nicht von einer wirklichen Einflussnahme der jeweiligen Arbeiterbewegung auf die nationale politische Kultur oder selbst nur auf die realexistierenden sozialen Bewegungen in diesen Ländern"[52] gesprochen werden kann.

Wird hingegen der Nordhorner Einzelfall betrachtet, so muss dieses Urteil zumindest in Teilen revidiert werden. Die Chronik der Nordhorner DKP verfasste Werner Rohr; der Lokalhistoriker beschreibt die „Geschichte einer gelenkten Partei", so der Untertitel seines Werkes. Demnach sei die DKP keine „Partei wie jede andere": „Sie war zunächst und vor allem der legale Arm von SED [Sozialistische Einheitspartei Deutschland] und DDR [Deutsche Demokratische Republik] in der Bundesrepublik Deutschland." Entsprechend untersucht Rohr in seinem Werk die „Verflechtungen mit

48 Roik, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn u. a. 2006, S. 171.

49 Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2021, URL: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html [eingesehen am 14.09.2022].

50 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 83.

51 Vgl. Mannewitz/Thieme: Gegen das System, S. 8 und 18.

52 Horn, S. 49.

SED/DDR"[53]. Dass der lokale Erfolg der DKP sich jedoch *nicht* alleine aus der finanziellen wie ideologischen Unterstützung der Schwesterpartei aus der Deutschen Demokratischen Republik erklären lässt, ist die grundierende These dieses Kapitels. Auch war es das als authentisch wahrgenommene Engagement der Kommunist:innen um Deymann, insbesondere die Veröffentlichung des Investigativorgans der *Roten Spindel*, welche moralischen und politischen Kredit brachten, der sich schließlich auch in Wählerstimmen niederschlug:

> „Das war damals das Ziel, das wir uns gesetzt hatten: Wir werden zweistellig, wir werden eine Fraktion bilden … Unsere Idee war: Nordhorn wird kippen. Teile der SPD waren reif. Die Idee war, aus Teilen der Sozialdemokratie und sogar aus einigen der CDU irgendetwas hinzukriegen und diese Stadt sozialistisch zu machen. Eine Art Volksfrontidee lokaler Provenienz, Nordhorn kippen …"[54]

Um die lokalen Entwicklungen angemessen einordnen zu können, folgt eine kurze Überblicksdarstellung der Entwicklung der DKP bis in die Gegenwart. Zwar wurde die KPD, die Vorgängerpartei der DKP, nach Kriegsende 1945 wieder zugelassen, war jedoch nur noch einige Jahre bis zu ihrem Verbot 1956 aktiv. In ihrer politischen Arbeit war sie während dieses Nachkriegsjahrzehnts bestrebt, sowohl im Parlament als auch in den Betrieben die „Entlarvung des Imperialismus"[55] voranzutreiben. Notwendig wurde die kommunistische Neugründung, da am 17. August 1956 die KPD als verfassungsfeindliche Partei verboten wurde. Für unser Thema relevant ist besonders der grassierende Antikommunismus der 1950er-Jahre, der ein zentrales Merkmal der damaligen politischen Kultur war.[56] In der Frühphase der jungen Bundesrepublik wurde er zu einer ideologischen Allzweckwaffe, welche die historischen Herausforderungen der Zeit, die Konsolidierung des neuen Staatswesens sowie die Westbindung, gewährleisten konnte.[57] Obwohl die Nachkriegszeit insgesamt geprägt war durch einen gewissen Antitotalitarismus, wurde dieser im Zuge des Kalten Krieges auf einen Antikommunismus verengt, der von allen politischen Kräften bis in die Sozialdemokratie hinein geteilt wurde.[58] Dieser erwies sich

> „wegen seiner scheinbar moralisch eindeutigen Legitimation als probates Element, um verschiedene Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: von der Vergangenheit abzulenken, alte belastete Kader wieder in die neuen Apparate einzubauen und sich nach Osten abzugrenzen, kurz: Er war eine ziemlich effektive Integrationsideologie in einer sozial und politisch ungefestigten Nachkriegsordnung."[59]

53 Alle Zitate: Rohr, Werner: Die DKP in Nordhorn. Geschichte einer gelenkten Partei, Bad Bentheim 2012, S. 9.

54 Elisabet Deymann, zitiert nach Schulz, Hans-Joachim: Elisabet Deymann. Parteiliches Leben in Nordhorn. Bilder einer politischen Biografie, Haren 2009, S. 91.

55 Staritz, Dietrich: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Band 2: FDP bis WAV, Opladen 1984, S. 1663–1809, hier S. 1727.

56 Vgl. Klessmann, Christoph: Antikommunismus und Ostkolleg. Anmerkungen zur politischen Kultur der (alten) Bundesrepublik, in: Bajhor, Frank et al. (Hrsg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 83–95, hier S. 84–85.

57 Vgl. Gallus, Alexander: Vier Möglichkeiten, die Intellectual History der Bundesrepublik zu ergründen. Überlegungen zur Erschließung eines Forschungsfeldes, in: Bajohr, Frank et al. (Hrsg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 287–300, hier S. 287–288.

58 Vgl. Faulenbach, Bernd: „Antikommunismus" als Problem der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Skizze über einen ungeklärten Begriff der Nachkriegsepoche, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, Jg. 15 (2008) S. 231–238, hier S. 231–233.

59 Klessmann, S. 83.

Nach dem Parteiverbot während des Dritten Reichs war kommunistisches Engagement in Deutschland wieder illegal, unter den ehemaligen Mitgliedern entstand folglich entweder ein „Diaspora-Denken" oder eine – mitunter auch physische – Flucht in die „Heimat"[60] der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Am 25. September 1968 schließlich, dem Jahr, das als Höhe- und Kulminationspunkt der globalen Befreiungsbewegungen sowie der sich auch in Westdeutschland vollziehenden antiautoritären Revolte gilt, wird die DKP wieder zugelassen. Die vollzogene Neugründung stellte nun eine „faktische Revision"[61] der bestehenden Rechtseinschätzung dar. Die Partei musste dabei einige interne Widersprüche und externe Anforderungen balancieren, ihre Etablierung fand zwischen „Neuorientierung und revolutionärer Tradition, zwischen Legalitätsdruck, parlamentarischer Anpassung und DDR-Abhängigkeit"[62] statt. Die Wiederzulassung einer kommunistischen Partei wirkte vor dem herrschenden Zeitgeist „politisch opportun"[63]; gleichzeitig stellten die Kommunist:innen für die meisten Menschen keine ernsthafte Wahlalternative – und die DKP damit keine ernsthafte Bedrohung des politischen Systems – dar. Die „KP von Regierungsgnaden"[64] musste sich zudem fortan politisch anpassen: An Stelle der einstmals revolutionären Stoßkraft ihrer Programmatik, die sich durch eine unversöhnlich ablehnende Haltung gegenüber des bestehenden wirtschaftlichen und politischen Systems zeigte und dabei auch außerparlamentarische Transformationsmöglichkeiten unterstrich, traten die Betonung eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus und eine bewusst legalistische Strategie.[65] Somit bestätigte das enttäuschende Wahlergebnis der DKP bei der Bundestagswahl 1969 die Prognosen des Fachpublikums:

> „Was bei der Neukonstituierung rechts und links von der DKP prophezeit worden war, scheint damit eingetroffen: Das Vertrauen der damaligen Bundesregierung auf Umfrageergebnisse, die einer legalen KP keinerlei ernstzunehmende Chancen gaben, scheint durch die Wahlergebnisse ebenso gerechtfertigt wie die Auffassung ihrer linken Kritiker, daß eine ‚pseudorevolutionäre' Strategie des parlamentarischen Weges zum Sozialismus wie die der DKP notwendig erfolglos bleiben müsse."[66]

Dieser Umstand überrascht in der historischen Rückschau kaum. Auf dem Höhepunkt der antiautoritären 68er-Bewegungen musste die Neugründung wie ein historischer Anachronismus erscheinen – die Hochphase der autoritären K-Gruppen sollte erst folgen. Wenige Jahre zuvor war noch die „Ablehnung von bürokratischen Massenorganisationen und deren Uniformität"[67] weitgehend konsensual. Massenkonsum und alte (Partei-)Autoritäten hatten ihre Integrationskraft verloren, an ihre Stelle trat eine Phase der „subjektiven Individualisierung, welche Wert auf individuelle Emanzipation, Selbstverwirklichung und die Überwindung repressiver sozialer Normen legte"[68] – eine revolutionäre Partei der kämpfen-

60 Ebd., S. 93.

61 Ebbighausen, Rolf/Kirchhoff, Peter: Der angepasste Klassenkampf: Organisation und Politik der KPD zwei Jahre nach ihrer Neukonstituierung, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 11 (1970), H. 4, S. 556–578, hier S. 556.

62 Ebd., S. 556.

63 Ebbighausen, Rolf/Kirchhoff, Peter: Die DKP im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 427–466, hier S. 429.

64 Ebbighausen/Kirchhoff: Der angepasste Klassenkampf, S. 558.

65 Vgl. ebd., S. 558–561.

66 Ebbighausen/Kirchhoff: Die DKP im Parteiensystem, S. 428.

67 Hoffrogge, Ralf: Fordismus, Eurokommunismus und Neue Linke. Thesen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Arbeiterbewegung und linker Szene in der BRD, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2012, Jg. 19 (2012), S. 249–263, hier S. 257.

68 Ebd., S. 258.

den Arbeiterklasse erscheint somit freilich etwas aus der Zeit gefallen.

Dennoch stand die DKP unter dem „Damoklesschwert“[69] eines erneuten Verbots. Statt Selbstdisziplinierung und Kompromissfähigkeit anzustreben, ging es der Partei, die sich als legitime Erbin der langen Tradition der kommunistischen Bewegung sah, darum, das Geschichtsbewusstsein und den Klassencharakter der revolutionären Arbeiterklasse zu fördern.[70] „Die revolutionäre Arbeiterbewegung vertritt am konsequentesten die sozialen, demokratischen und Friedensinteressen des werktätigen Volkes. Sie verkörpert darüber hinaus die direkte Infragestellung der Macht des Monopolkapitals“[71], so der damalige Parteivorsitzende Herbert Mies. Die Grundfrage nach der „Dialektik von Reform und Revolution“[72] oder dem Verhältnis von „Spontaneität und Organisiertheit“[73] war damit virulent.

Personell und organisatorisch, aber auch ideologisch, war die DKP auf den Sowjetkommunismus und, enger noch, auf die DDR ausgerichtet, sah sich als Teil der „kommunistischen Weltbewegung“[74]. Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik war damit nahezu unmöglich. Ideologisch beruft sie sich auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, kurz: „Stamokap“. Demnach sei laut dem „DKP-Chefideologen“[75] Willi Gerns erwiesen, dass das wichtigste strategische Merkmal der „Kampf um die Überwindung der Monopolmacht“[76] sei. Damit sei bestätigt,

> „daß eine marxistische Analyse der ökonomischen Verhältnisse und ihrer Entwicklungsgesetze, der Klassen und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von Wirtschaft und Staat und zwar im heutigen Kapitalismus, eine grundlegende Voraussetzung für die Entwicklung einer den Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten entsprechende Politik ist.“[77]

Damit dominiert auch hier der marxsche Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital die politische Auseinandersetzung, demnach wird dieser Widerspruch vornehmlich in der Systemauseinandersetzung zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern ausgetragen. Alle weiteren politischen Auseinandersetzungen seien Ausdruck dieses Ringens; Ziel der DKP war es, die Sowjetunion als sozialistische Führungsmacht zu unterstützen und sich selbst im sozialistischen Lager zu etablieren.[78] Hierin liege jedoch die „politische Schizophrenie“[79] der DKP begründet, so unter anderem der Politikwissenschaftler und ehemaliges KPD-Mitglied während der Weimarer Republik Ossip K. Flechtheim. Ihm zufolge sei die Position der westdeutschen Kommunist:innen geprägt durch

> „Doppelzüngigkeit hinsichtlich des Demokratieverständnisses, totalitärer Wahrheitsanspruch und innere Widersprüchlichkeit in der marxistischen Analyse und

69 Ebbighausen/Kirchhoff: Der angepasste Klassenkampf, S. 558.

70 Vgl. Mies, Herbert: Gedanken zum zehnten Jahrestag der Gründung der DKP. Ein Beitrag zur Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung, in: Schäfer, Max (Hrsg.): Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main 1978, S. 11–40, hier S, 11.

71 Mies, S. 17.

72 Ebbighausen/Kirchhoff: Die DKP im Parteiensystem, S. 449.

73 Mies, S. 17.

74 Ebd., S. 19.

75 O. A.: Solidarität für Erich, in: SPIEGEL Politik [ursprünglich Der Spiegel 15/1991], URL: https://www.spiegel.de/politik/solidaritaet-fuer-erich-a-b8204ea4-0002-0001-0000-000013488346?context=issue [eingesehen am 21.09.2022].

76 Gerns, Willi: Zur Ausarbeitung der strategischen Orientierung der DKP im Kampf, in: Schäfer, Max (Hrsg.): Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main 1978, S. 209–232, hier S. 218.

77 Ebd., S. 210.

78 Vgl. Ebbighausen/Kirchhoff: Die DKP im Parteiensystem, S. 463.

79 Flechtheim, Ossip K. et al.: Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt am Main 1980, S. 135.

> Strategie – und der ständige Versuch, nicht sowjetkommunistisch eingestellte Linke, vor allem natürlich Sozialdemokraten, schlecht zu machen, um selbst mehr Einfluß zu gewinnen.“[80]

Die jüngere DKP-Forschung wird hauptsächlich, wie bereits beschrieben, durch Vertreter:innen der Extremismusforschung betrieben. Deswegen bleibt vorerst das harsche Urteil des Doyens der deutschen Extremismusforschung, Eckhard Jesse, bestehen, wonach die Partei heute ein Sammelbecken für diejenigen, „die dem Sozialismus sowjetischer Prägung nachtrauern“[81], sei.

2.1 Etablierung der Textilindustrie als Wesensmerkmal der Vechtestadt

Um das politische Leben Nordhorns verstehen zu können, ist es notwendig, die Historie von Stadt und Region zu verstehen, die maßgeblich die politisch-kulturellen Grundzüge bestimmt. Historisch war das Emsland, „im niedersächsischen Westfalen oder westfälischen Niedersachsen im westlichsten Teil Niedersachsens“[82], stets ein Grenzgebiet mit unklarem räumlichem Zuschnitt. Geographisch zeichnet sich der Landstrich durch eine gewisse „Siedlungsfeindlichkeit“[83] aus. Auch deswegen konnte sich eine längerfristige Identitätsbildung erst mit dem Beginn der katholischen Milieubildung ab dem 19. Jahrhundert etablieren:[84] „Der Grafschafter war seit jeher tief religiös, und die Weite der Landschaft, die Einsamkeit, machten ihn oft genug zum Grübler […].“[85] Das reformierte Nordhorn unterschied sich jedoch stark vom Umland, das stark katholisch geprägt war und mal als Abgrenzungspunkt, mal als Zuzugsreservoir fungierte.[86] Die religiöse Prägung Nordhorns beeinflusste die politische Kultur nachhaltig. Tatsächlich prägen konfessionelle Fragen und Spaltungen die Mentalität der Nordhorner:innen – so bestätigten es unsere Interviewpartner:innen – bis heute.

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts manifestierte sich die Nordhorner Randlage innerhalb des Königreichs Hannover, wodurch die Region deprivierte. Konkret bedeutete dies für Nordhorn, dass es weder eine direkte Anbindung an die Vechte-Schifffahrt noch an das Eisenbahnnetz gab. Die für die Energiegewinnung notwendige Kohle musste also mit erhöhten Transportkosten aus dem Ruhrgebiet herangeschafft werden. Diese für den deutschen Wirtschaftsraum schwierige Randlage sorgte insgesamt dafür, dass der Handel nach Westen, in Richtung Niederlande, ausgerichtet war.[87] Die sich langsam etablierende Industrie schaffte es mitunter nicht, die von ihr abhängigen Menschen zu ernähren: „Er [der Arbeiter] hungerte in diesem Raum die Industrie gewissermaßen mit groß.“[88] Diese Situation änderte sich indes nur langsam, in verschiedenen Entwicklungsschüben gründeten sich Textilbetriebe, deren Angestelltenzahlen

80 Ebd., S. 123.

81 Jesse, Eckhard: Das neue Parteiprogramm der DKP, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), Jg. 19 (2007), hier S. 211.

82 Steinwascher, Gerd: Das Emsland – Annäherungen an eine Region, in: Kehne, Birgit (Hrsg.): Geschichts-Landschaft Emsland/Bentheim. Tagung zum 25-jährigen Bestehen des Arbeitskreises Geschichte der Emsländischen Landschaft für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim (1981-2006) am 3. November 2006, Sögel 2007, S. 35–45, hier S. 35.

83 Ebd., S. 38.

84 Vgl. Steinwascher, S. 37–42.

85 Kip, S. 23.

86 Schütte, Christoph: Parteien und Wahlen in Nordhorn, in: Looz-Corswarem, Clemens von/Schmitt, Michael (Hrsg.): Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979, S. 275–332, hier S. 279.

87 Wischermann, Clemens: Vom Heimgewerbe zur Fabrik. Industrialisierung und Aufstieg der Nordhorner Textilindustrie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Looz-Corswarem, Clemens von/Schmitt, Michael (Hrsg.): Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979, S. 190–228, hier S. 202.

88 Specht, Heinrich: Nordhorn. Geschichte einer Grenzstadt, Nordhorn 1941, S. 297.

stetig wuchsen. Entscheidend hierfür war, dass ab den 1880er-Jahren bestehende Standortnachteile infrastrukturell ausgeglichen werden konnten.[89] Das Schicksal der Stadt war damit früh mit der Industrie verwoben, die zu einem der „leistungsstärksten deutschen Textilzentren"[90] wurde. Anfang des 20. Jahrhunderts bildete sich schließlich der Typus der textilindustriellen Lohnarbeiter:innen heraus. Durch den „fast an ein Wunder grenzende[n] Aufstieg der Nordhorner Betriebe zur Großindustrie […]"[91] arbeiten 1913 knapp ein Drittel der Einwohner:innen in den Textilfirmen. Insgesamt, so lässt sich festhalten, gewann Nordhorn in jenen Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg „mehr und mehr den Charakter einer Arbeiterstadt."[92]

Tatsächlich war das flexible Arbeitskräftereservoir[93] ein in mehrfacher Hinsicht relevanter Faktor für die Etablierung Nordhorns als Industriestandort. Zwar waren die Arbeiter:innen in der Region fachlich ausgebildet, doch gerade in der Frühphase der Industrialisierungsprozesse herrschte noch eine deutliche Abneigung gegen die Arbeit in der Fabrik. Insgesamt konnten die ansässigen Textiler eine Niedriglohnpolitik fahren, die durch Angestellte ermöglicht wurde, „[…] die aus Mangel an anderen Erwerbsmöglichkeiten auch niedrigste Löhne akzeptieren mußten."[94] Sukzessive verbesserte sich die ökonomische Situation der Arbeiter:innen, sodass der „Hollandgang" und das „Abströmen der Bevölkerung nach Nordamerika"[95] abnahmen und letztlich gar einige Gastarbeiter:innen aus den niederländischen Grenzgebieten in Nordhorn arbeiteten.[96] Zugleich sorgte dieser Zustand für eine Lethargie innerhalb der Belegschaft, welche eine Organisation der Arbeitnehmerinteressen zu hemmen schien; die Gewerkschaften führten somit vor dem Ersten Weltkrieg allenfalls ein „Mauerblümchendasein".[97] Die einheimischen Arbeiter:innen fühlten sich nämlich nicht dem Proletariat und seinen mehr oder minder revolutionären Massenorganisationen verbunden, sondern sahen sich als „bodenständige Arbeiter" eher den Bäuer:innen und Handwerker:innen verbunden. Die Bildung von Gewerkschaften wurde folglich auch von den zugezogenen Arbeiter:innen, den „Fremden aus Deutschland"[98], angeregt, die vornehmlich aus dem Ruhrgebiet kamen und von dort ihre Erfahrungen des Arbeitskampfes transportierten.[99]

Gleichzeitig mussten diese Neuankömmlinge in das städtische Leben, den „Nordhorner Schmelztiegel"[100], integriert werden. Die Wahl Nordhorns hing für viele Zugezogene keinesfalls mit der prosperierenden Wirtschaftslage vor Ort zusammen – das Lohnniveau schwankte hier zu allen Zeiten stark –, sondern war ein Ergebnis der „Verelendung in anderen Landesteilen"[101]. Da Wohnraum knapp war und die Zugewanderten kaum über finanzielle Mittel verfügten, kam es ab 1900 verstärkt zum Bau von Werkswohnungen, die

89 Vgl. Klein, Hartmut: Nordhorn – Wandel von Stadt und Umland als Folge der Industrialisierung, in: Looz-Corswarem, Clemens von/Schmitt, Michael (Hrsg.): Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979, S. 229–274, hier S. 229.

90 Wischermann, S. 201.

91 Ebd., S. 205.

92 Schütte, S. 280.

93 „Bezeichnenderweise führte die Weltwirtschaftskrise in Nordhorn erst zu Arbeitskämpfen, als nach der Entlassung von fast eintausend Holländern auch die Arbeitslosenziffer der einheimischen Textilarbeiter (in die die zurückwandernden Holländer natürlich nicht eingingen) 1929 und 1939 rapide in die Höhe schnellte […]" (Wischermann, S. 223).

94 Ebd., S. 214.

95 Specht, S. 315.

96 Vgl. Wischermann, S. 215.

97 Specht, S. 317.

98 Beide Zitate ebd., S. 317.

99 Vgl. Rohr, Werner: Nordhorns Weg ins „Dritte Reich", in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Nordhorn im 3. Reich, Haselünne 2016, S. 13–22, hier S. 13.

100 Specht, S. 339.

101 Rohr, Werner: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordhorn von den Anfängen bis 1945, in: Emsländische Landschaft für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim e.V. (Hrsg.): Emsland/Bentheim. Beiträge zur neueren Geschichte, Band 4, S. 45–202, hier S. 127.

zwar wenig komfortabel waren,[102] allerdings dafür sorgten, die Arbeiter:innen an die Textilfirmen zu binden. Augenfällig für diese Epoche ist, dass die Gründung neuer Siedlungen und Stadtteile eng mit der Expansion der Textilfirmen einhergeht und sich somit ganze Ortsteile bestimmten Fabriken zuordnen lassen.[103]

Überhaupt kann in Nordhorn aufgrund von „Interessensgegensätzen" sowie „sozialen Differenzen" innerhalb der Arbeiterschaft nicht von einer „gleichen Klassenlage"[104] gesprochen werden. Hierunter hatten klassische Arbeiterorganisationen wie die Gewerkschaften oder die SPD zu leiden. Sowohl die aus dem Ruhrgebiet zugezogenen Fabrikarbeiter:innen als auch die aus dem ruralen Umland Nordhorns stammenden, traditionell und bäuerlich geprägten Familien konservierten ihre jeweils „eigenständige Kultur."[105] Daher blieben die Gewerkschaften „[...] in dem politisch, konfessionell und ständisch zerrissenen Groß-Nordhorn [...]"[106] lange einigermaßen erfolglos. Bezeichnend ist, dass sich die ersten Gewerkschaften erst nach einem spontanen, unorganisierten Streik im August 1902 gründeten: Der Ortsverband des „Deutschen Textilarbeiterverbandes" (DTV), der den freien sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften zuzuordnen ist, sowie die „Christlichen Textilarbeiter Deutschlands" (CTV) in Nordhorn. Die SPD insgesamt – und damit auch der ihr nahestehende DTV – stießen jedoch auf beharrliche Ressentiments innerhalb der Bevölkerung, die deren breite Verankerung während des Kaiserreichs verhinderten:

> „Die Sozialdemokratie verstärkte 1891 auf dem Erfurter Parteitag ihre marxistische Ausrichtung und bekräftige ihr Ziel der Errichtung einer sozialistisch organisierten und proletarisch beherrschten Gesellschaft, was nur durch den Klassenkampf zu erreichen sei. Nicht nur diese Auffassung stieß bei der stark christlich geprägten Grafschafter Bevölkerung auf heftigen Widerwillen, sondern auch die Tatsache, daß viele führende Parteivertreter Atheisten waren."[107]

Dieser kulturelle Kampf innerhalb der Arbeiterschaft zwischen gläubigen Christ:innen und atheistischen Marxist:innen wurde auch in Nordhorn vehement geführt. So legten beide Arbeiterparteien, SPD und KPD, ihre Veranstaltungen auf Sonntage, um ihre Anhänger:innen von Kirchenbesuchen abzuhalten.[108]

Diese Ereignisse bieten bereits erste Hinweise darauf, dass sozialistische Programme und Inhalte im Nordhorn des 19. Jahrhunderts einen schweren Stand hatten; entsprechend gering fielen bei Wahlen auch die Stimmgewinne der SPD aus (bei den Reichstagswahlen 1881 holte sie in Nordhorn beispielsweise 8 Prozent). Grundsätzlich dominierten in Nordhorn während des Kaiserreichs religiöse Fragen gegenüber etwaigen Klassenfragen. Die Sozialdemokratie blieb, trotz des gegenteiligen Reichstrends, aufgrund eines mangelnden Selbstverständnisses und Klassenzugehörigkeitsgefühls marginalisiert.[109] Erst nach Ende des Ersten Weltkrieges bildete sich als „Spiegelbild der industriellen Entwicklung"[110] ein Arbeiterbewusstsein. Durch Eingemeindungen entstanden Arbeiterviertel, in denen – neben der Sozialdemokratie – auch der Kommunismus eine solide Anhängerschaft versammeln konnte.[111] Im eingemeindeten Frensdorf holte die SPD beispielsweise erstaunliche 55,8 Pro-

102 Wischermann, S.217.

103 Vgl. Rohr: Nordhorns Weg ins „Dritte Reich", S. 13.

104 Wagner, Herbert: Die Gestapo war nicht allein ... Politische Sozialkontrolle und Staatsterror im deutsch-niederländischen Grenzgebiet 1929-1945, Münster 2004, S. 362.

105 Ebd., S. 363.

106 Specht, S. 326.

107 Lensing, Helmut: Die SPD in Schüttorf von den Anfängen bis 1933, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 6 (1997), S. 33–88, hier S. 39.

108 Vgl. Lensing, Helmut: Die Nordhorner christlichen Kirchen im Dritten Reich, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Nordhorn im 3. Reich, Haselünne 2016, S. 202–254, hier S. 204.

109 Vgl. ebd., S. 281–287.

110 Ebd., S. 291.

111 Vgl. ebd., S. 298–300.

zent der Stimmen, in Nordhorn waren es hingegen „nur" 27 Prozent.[112] Mit der synchronen Expansion von Textilindustrie und Nordhorn insgesamt bildeten sich also räumlich segregierte Arbeiterviertel an den Rändern der Stadt, welche bald ein politisch-soziales Milieu bilden sollten.[113]

So war bis zum Ersten Weltkrieg die christliche Gewerkschaft CTV dominierend, wohingegen nach 1918 der der SPD nahestehende DTV die Spitzenposition innerhalb der Betriebe übernahm.[114] Fortan war der Burgfrieden gebrochen und in der Arbeiterschaft artikulierten sich radikale Positionen links der SPD und der Gewerkschaft, etwa durch die KPD und ihrer Vorfeldorganisationen. Im Wechselspiel mit konjunkturellen Einbrüchen waren es die aus dem Ruhrgebiet stammenden und mit den politischen Kampfformen der kommunistischen Arbeiterbewegung vertrauten Neuankömmlinge, die in den 1920er-Jahren neue, konflikthafte Impulse im politischen Leben Nordhorns setzten, während zugleich christliche Mentalitätsbestände erstaunliche Beharrungskräfte zeigten.[115]

Fortgesetzte Demonstrationen, Streiks und Konflikte mit anderen Gewerkschaften wurden mit der sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise 1929 der Kern der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), einer der KPD nahestehenden Gewerkschaft: „Sie avancierte wegen ihrer revolutionären Aktivität zu einer KPD-Vorzeigeorganisation für ganz Nordwestdeutschland."[116] 1931 holte sie bei den Betriebsratswahlen gar 59,0 Prozent der gültigen Stimmen.[117] Auf agitatorischer Ebene zeichnete sich die RGO durch starke Kritik an den bestehenden Gewerkschaften sowie den ihr nahestehenden Parteien aus; es kam ab 1930 vermehrt zu teilweise großen Streiks mit mehreren Tausend Teilnehmer:innen. Doch wenngleich diese Streiks zumeist in einer politischen Niederlage der Kommunist:innen endeten, rückte die Arbeiterschaft in den heftigen Arbeitskämpfen in der Endphase der Weimarer Republik deutlich nach links.[118]

Einerseits lässt sich für das Nordhorn der Zwischenkriegszeit also ein ausgesprochen positives Wirtschaftswachstum konstatieren. Andererseits führte dieses Wachstum nicht zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Verbesserung der lohnabhängigen Textiler:innen, die in der Lage gewesen wäre, die Inflation auszugleichen.[119] Beide Aspekte sorgten dafür, dass die Ausbildung eines Klassenbewusstseins und kämpferischer Arbeiterorganisationen im als „Klein-Amerika"[120] bekannten Nordhorn gebremst wurde. Dies zeigen auch die Wahlergebnisse: In der gesamten Grafschaft Bentheim (und damit auch in Nordhorn) erhielt die SPD „[...] trotz eines Arbeiteranteils von 37 Prozent der Bevölkerung nur 16,2 Prozent der Stimmen; die KPD blieb mit 0,4 Prozent hier wie auch auf dem Lande bedeutungslos."[121]

Dies gilt jedoch nicht für das eigentliche – wenn auch kleine und räumlich klar bestimmbare – Arbeitermilieu Nordhorns, das sich in den Werkshäusern der Fabriksiedlungen zu diesem Zeitpunkt bereits gebildet hatte. Rohr beschreibt die politisch-kulturellen Milieus der Zeit wie folgt: „Sie könnten ebenso in verschiedenen Städten leben, da sie sich

112 Vgl. Lensing, Helmut: Die politische Partizipation der Bürger – Wahlen und Parteien in der Grafschaft Bentheim, in: Voort, Heinrich (Hrsg.): 250 Jahre Bentheim-Hannover. Die Folgen einer Pfandschaft 1752-2002, Bad Bentheim 2002, S.127–266, hier S. 143.

113 Vgl. Rohr: Nordhorns Weg ins „Dritte Reich", S. 13.

114 Vgl. Lensing, Helmut: Die Betriebsratswahlen in der Nordhorner Textilindustrie während der Weimarer Republik – Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Grafschaft Bentheim, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 8 (2001), S. 41–104, hier S. 45.

115 Vgl. Lensing: Betriebsratswahlen, S. 50–57.

116 Lensing: Betriebsratswahlen, S. 47.

117 Vgl. ebd., S. 70.

118 Vgl. Rohr: Die Geschichte der Arbeiterbewegung, S. 151–161.

119 Vgl. ebd., S. 175.

120 Straukamp, Werner: Die Textilindustrie der Grafschaft Bentheim im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit 1914–1922, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 27 (2020), S. 218–276, hier S. 232.

121 Fichtner, S. 142.

auch in Nordhorn kaum begegneten. Sie besuchten verschiedene Veranstaltungen, hatten jeweils eigene Vereine und Gaststätten.“[122] Diese räumliche Verkapselung des Arbeitermilieus wird verdeutlicht durch den militanten Widerstand gegen und handfeste Auseinandersetzungen mit Polizei und NSDAP. Diese Trennung schlägt sich auch in entsprechenden Wahlergebnissen nieder: Im Wahlbezirk 6 (Stadtsiedlung) holte die KPD bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 44,4 Prozent, die NSDAP blieb mit gerade 9,8 Prozent hingegen schwach.[123] Diese kommunistischen Strukturen überstanden das Dritte Reich jedoch nicht, da die aktivsten Führungspersonen der Kommunist:innen und Widerständler:innen in einer Kleinstadt nicht den Schutz der Anonymität besaßen und daher weitgehend ungeschützt dem Beobachtungsdruck und den Repressionsmaßnahmen, die auch in Nordhorn bis zu Verhaftung, Verschleppung und Mord reichten, ausgesetzt waren.[124]

Nach Kriegsende kehrte in Nordhorn vergleichsweise schnell wieder wirtschaftliche Normalität ein, auch das politische Leben der Kleinstadt organisierte sich neu. Bereits am 16. September 1945, also nur einen Tag, nachdem in der britischen Besatzungszone politische Parteien wieder zugelassen wurden, gründete sich die SPD neu. Dabei knüpfte sie an ihre Weimarer Tradition an. Bei den Gemeinderatswahlen im September desselben Jahres holte sie im insgesamt lediglich 17,6 Prozent der Stimmen, auch bei den Kreistagswahlen blieben die Sozialdemokrat:innen „politisch relativ bedeutungslos“[125]. Damit blieben politische Traditionen der Grafschaft konsistent, die Opposition gegen den Nationalsozialismus verschaffte keinen unmittelbaren politischen Kredit.

Härter noch als die SPD wurde die KPD durch dieses Muster getroffen. Ehemalige Führungspersonen der Partei waren während des Dritten Reichs Verfolgung und Observation ausgesetzt, einige wurden in den Konzentrationslagern ermordet, so etwa Ferdinand Kobitzki (1890–1944) und Adolf Pazdera (1900–1944). Beide waren aktive Widerständler, Gewerkschafter und zeitweilig Betriebsräte, Kobitzki leitete zudem die RGO.[126] Dennoch konnte die KPD am 15. September 1945 – und damit noch vor der SPD und als eine der ersten niedersächsischen Ortsgruppen insgesamt[127] – neu gegründet werden. Politisch geriet sie in dieser Frühphase jedoch stark unter Druck. Aufgrund globaler Entwicklungen drehte sich der politische Wind: Die Hypothek des Koreakriegs, der sich abzeichnende Ost-West-Konflikt und die damit einhergehende stramm antisozialistische Haltung der Adenauer-Regierung blies auch den Nordhorner Kommunist:innen mit voller Stärke ins Gesicht.[128] Zudem sorgten die Konsolidierung der sozialen Marktwirtschaft, die Währungsreform (1948), die Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages sowie die Verabschiedung des Grundgesetzes (1949) für eine stärkere Westbindung sowie dafür, dass alternative sozialistische Demokratie- und Gesellschaftsentwürfe zunehmend unwahrscheinlich wurden.[129]

122 Rohr: Nordhorns Weg ins „Dritte Reich“, S. 18.

123 Vgl. ebd., S. 16–18.

124 Vgl. Rohr, Werner: Widerstand und Verfolgung, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Nordhorn im 3. Reich, Haselünne 2016, S. 152–164.

125 Beide Zitate jeweils Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 191.

126 Vgl. O. A.: Ferdinand Kobitzki, in: Stolpersteine Nordhorn, URL: https://stolpersteine-nordhorn.nolis-manager.de/kob/index.php [eingesehen am 20.07.2022]; Dobis, Michael: Kobitzki, Ferdinand, in: Die politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg, URL: https://web.archive.org/web/20160304200037/http://www.stiftung-bg.de/kz-oranienburg/index.php?id=366 [eingesehen am 20.07.2022]; O. A.: Familie Adolf Pazdera, in: Stolpersteine Nordhorn, URL: https://stolpersteine-nordhorn.nolis-manager.de/paz/index.php [eingesehen am 20.07.2022].

127 Vgl. Lensing, Helmut: Art. Deymann, Heinrich (Heinz), in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 17 (2010), S. 349–390, hier S. 374.

128 Vgl. Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 225–226.

129 Vgl. Rohr, Werner/Straukamp, Werner: 1953. Nordhorner Textilarbeiter im Streik, in: Stadt Nordhorn

Den politischen Frieden gefährdende Abweichler:innen von links gerieten folglich schnell ins Visier der Sicherheitsbehörden:

> „Immer wieder wurden Aktivisten der Partei kurzfristig verhaftet und ihre Wohnungen von der Polizei oder vom Verfassungsschutz durchsucht. Vorgeworfen wurden den Kommunisten Angriffe gegen das Verhalten der Textilfabrikanten, die Herausgabe der KPD-Betriebszeitung, Attacken auf die Westintegrationspolitik Adenauers und die Unterstützung östlicher Initiativen zur Wiedervereinigung oder Abrüstung."[130]

Auch der Blick in den deutschen Nachbarstaat, wo am 17. Juni 1953 der Arbeiteraufstand niedergeschlagen wurde, diente vielen Nordhorner:innen als mahnendes Beispiel. Das KPD-Verbot vom 17. August 1956 besiegelte das politische Aus der KPD endgültig. Nachdem am Tage des Verbots die beiden KPD-Mitglieder Heinrich „Heinz" Deymann und Karl Roth für zwei Tage verhaftet wurden, siedelten viele andere Funktionär:innen in die DDR über, was die Strukturen vor Ort weiter schwächte. Lediglich Heinz Deymann verblieb in Nordhorn und führte die KPD-Arbeit teilweise illegal weiter, er selbst warf seinen Genoss:innen „Feigheit vor dem Feind"[131] vor.

Das erste große Protestereignis der Nachkriegszeit, das eng mit der Arbeiterbewegung Nordhorns verknüpft ist, war der Textilarbeiterstreik 1953. Heinz Deymann, der wie kein Zweiter mit der Nordhorner DKP, ihrer Geschichte sowie ihrer Außenwahrnehmung verbunden wird, spielte hier eine zentrale Rolle. Deymann selbst war langjähriger Aktivist, der bereits während der Weimarer Republik dem KPD Jugendverband KJVD und der RGO angehörte. Auch im politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus war er aktiv, so schmuggelte er zwischen 1933 und 1936 15 Menschen über die niederländische Grenze.[132] In einer Biographie über seine Frau Elisabet „Liesel" Deymann, die später selbst Mandate für die DKP ausüben sollte und eine führende Persönlichkeit der örtlichen Frauenbewegung war,[133] heißt es zu diesem Ereignis, dass nun wieder die „autoritären Denkstrukturen" reüssierten, gegen die die „fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterschaft"[134], allen voran die KPD, kämpften.

Zu diesem Zeitpunkt lag das gesellschaftsverändernde Movens der Gewerkschaften zunehmend brach, die Gesellschaft transzendierende Politikentwürfe wurden zugunsten von lebensweltlicher Tarifpolitik ad acta gelegt.[135] In dieser Situation kam es nun zu einem Schock für die „Einkommensbezieher am unteren Ende der Lohnskala"[136], zu denen auch die Nordhorner Textilarbeiter:innen gehörten. Nach der Währungsreform und dem in diesem Zuge verordneten Lohnstopp blieben die Löhne deutlich hinter der Preissteigerung zurück, auch in den folgenden Jahren blieben die Gehälter – trotz sporadischer Verbesserungen – weiter niedrig: „Da die Nordhorner Arbeiter 1953 buchstäblich von der Hand in den Mund lebten und Reserven nicht vorhanden waren, kam es bald zu echter Not."[137]

Nachdem sich die Tarifparteien nicht einigen konnten und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter:innen der zu diesem Zeitpunkt „großen Drei" – den Nordhorner Textilunternehmen Nino (93,6 Prozent), Rawe (88,6 Prozent) und Povel (86 Prozent) – sich mehrheitlich für den Streik aussprachen, begann dieser am 29. Januar 1953.[138] „Damit traten rund 11.000 Textilarbeiter in den Ausstand", Ende

Volkshochschule (Hrsg.): Materialien der Geschichtswerkstatt an der Volkshochschule Nordhorn, Bd. 3, Nordhorn 1988, S. 9.

130 Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 226.

131 Lensing: Deymann, S. 362.

132 Vgl. ebd., S. 250.

133 Vgl. die bislang nicht ausgewerteten Bestände des Nordhorner Stadtmuseums über den jährlichen Frauentag.

134 Schulz, S. 57.

135 Vgl. Rohr/Straukamp, S. 16.

136 Ebd., S. 26.

137 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 27–28.

138 Vgl. ebd., S. 36.

Februar traten auch 23.000 Gewerkschaftsmitglieder im Münsterland in den Streik, der damit seine „größte Ausdehnung erreicht"[139] hatte. Während es im Münsterland jedoch zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Streikenden kam, sind vergleichbare Szenen – von einer Ausnahme abgesehen – nicht überliefert.[140]

Nachdem der nordrhein-westfälische Arbeitsminister eine Schlichtungsvereinbarung vorlegte, welche „im wesentlichen eine Lohnanhebung von 7 bis 9 Pfennig vorsah"[141], schlug die „mehrheitlich von ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären gestellte GTB-Bezirksleitung [Gewerkschaft Textil-Bekleidung]"[142] eine Abstimmung des gesamten Bezirks über das Angebot vor. Das Vorgehen stieß dabei auf deutliche Kritik seitens der Nordhorner Abgeordneten. Diese forderten, dass sich nur die tatsächlich streikenden Textiler:innen zu einer Urabstimmung zusammenfinden sollten. Da ihrer Forderung nicht nachgegeben wurde, verließen aus Protest acht der zehn Nordhorner:innen die Versammlung; in ihrer Abwesenheit wurde das Schlichtungsangebot akzeptiert, die Arbeit am 13. März wieder aufgenommen.[143]

In Nordhorn eskalierten letztlich die innergewerkschaftlichen Grabenkämpfe. Der GTB-Vorsitzende und CDU-Landtagsabgeordnete Franz Schoo wurde bei einer Veranstaltung „niedergeschrien" – die Arbeiter:innen wollten kein „schönreden"[144] dieses „undemokratischen"[145] Verfahrens hören. Stattdessen propagierte der KPD-Funktionär Deymann eine Fortführung des Streiks, SPD- und CDU-nahe Funktionär:innen setzten sich hingegen dafür ein, die Arbeit wiederaufzunehmen. Daraufhin wurden Deymann und sein KPD-Genosse Franz Hartke inhaftiert, allerdings bereits am 14. März 1953 wieder entlassen. Was folgte war ein Rechtsstreit, da die beiden KPDler sowohl aus den Betrieben als auch aus der Gewerkschaft entlassen wurden, die ihnen fortan auch den Rechtsschutz verweigerten, da sich diese für eine illegale Fortsetzung des Streiks engagiert hätten. Deymann selbst protestierte vor den Fabriktoren gegen seine Entlassung, dabei trug er ein Plakat mit der Aufschrift: „Fristlos entlassen, weil ich eure berechtigten Forderungen bis zuletzt vertreten habe! Verteidigt eure Betriebsräte"; insgesamt unterzeichneten 700 Arbeiter:innen eine Solidaritätsresolution.[146] Persönlich sollte Deymann sein Protest nichts nützen: „Er blieb für viele Jahre ohne geregelte Arbeit. Da er nach Ansicht der Behörden seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet hatte, erhielt er auch keine Arbeitslosenunterstützung."[147] Vielmehr kann seine Bedingungslosigkeit, die letztlich einen selbstschädigenden Effekt provozierte, als ein Resultat der kommunistischen Prägung interpretiert werden; die „Einschätzung des Streiks als Mittel der Auseinandersetzung im Klassenkampf"[148], also die Einbettung der ökonomischen Auseinandersetzung in globalpolitische Zusammenhänge, erklärt das Beharren auf der kämpferischen Grundposition. Dass Deymanns Kolleg:innen sich nicht agitieren ließen, spricht hingegen für eine fatale Fehleinschätzung der vorherrschenden (Klassen-)Lage.

Langfristige Auswirkungen hatte der Streik besonders auf die politischen Konfliktaustragungsmodi, die fortan auf eine allenfalls wohltemperierte Konfrontation setzten. Der Streik habe solche „Wunden geschlagen", dass „die Dinge lieber im Guten"[149] geregelt würden. Widerständige Kommunist:innen und Betriebsrät:innen, welche die Arbeitskämpfe innerhalb der Fabrik als Teil der Klassenauseinandersetzung sahen und den Rest der Arbeiterschaft radikalisieren wollten, wurden weiterhin – teils mit juristischen Mitteln – bekämpft.[150] Weiter-

139 Rohr/Straukamp, S. 37.

140 Vgl. ebd., S. 38.

141 Rohr/Straukamp, S. 59.

142 Lensing: Deymann, S. 354.

143 Vgl. ebd., S. 354.

144 Ebd., S. 355.

145 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 28.

146 Vgl. ebd., S. 335–356.

147 Ebd., S. 359

148 Ebd., S. 61.

149 Plasger, S. 322.

150 Vgl. Lensing: Deymann, S. 356.

hin offenbarte der Dissens zwischen der Gewerkschaftsführung und ihren Mitgliedern, dass Nordhorn keinesfalls früh die KPD-Hochburg war, als die sie galt. Vielmehr etablierte sich erst im Nachgang durch das aufopferungsvolle Verhalten Deymanns der lokale Mythos um die KPD und später die DKP, von dem die Partei lange zehren konnte. Der Biograph Liesel Deymanns ordnet das Ereignis in größere historische Zusammenhänge, in den angeblichen stetigen Niedergang der Linken und den Verlust des Klassenstandpunktes insgesamt, ein: „Dieser in den Sand gesetzte Streik war ein Markierungspunkt der westdeutschen Arbeiterklasse, der Gewerkschaftsbewegung und der Linken auf ihrem Weg in Isolation und Bedeutungslosigkeit heutiger Tage."[151] In Nordhorn sollte er mit einiger Verzögerung zu einem entscheidenden politisch-moralischen Kräftereservoir für den stark mit der Person Heinz Deymann verknüpften Aufstieg der DKP werden.

Weiterhin half der Streik, die latent vorhandenen proletarischen Mentalitätsströme zu kondensieren und schließlich ein textilarbeiterisches Bewusstsein zu schaffen. Waren vor dem Zweiten Weltkrieg sozialistische Vergesellschaftungsformen noch lokal stark verkapselt, wurde hier nun der Grundstein dafür gelegt, dass sich eine – der eigenen Selbstverortung nach – proletarische Partei auch während und nach dem Niedergang der Textilindustrie Nordhorns etablieren konnte. Die politische Kultur Nordhorns ist damit geprägt von einer materiellen und besonders ideellen Persistenz der Textilindustrie in der Stadt. In den Interviews tritt diese Persistenz in Form einer in Latenz *fortdauernden materialistischen Frontlinie* zwischen (Textil-)Arbeiterschaft und Industriellen hervor – obwohl keine:r der Interviewpartner:innen selbst als Textilarbeiter:in tätig war. Städtebaulich manifest ist die Textilvergangenheit heute zum Beispiel in der Umwidmung ehemaliger Fabrikgebäude zu öffentlichen Zwecken. Aber auch die Erinnerungen der Aktivist:innen an die eigene Kindheit und Jugend sind von den materiell-strukturellen Effekten des Cleavages[152] geprägt:

> „Es ist schon eine etwas schwierige Geschichte, wenn Sie sich vorstellen, ich komme aus einem Stadtteil, Blanke, der damals durch Flüchtlingsmenschen und Textilarbeiter [geprägt war]. Und dieser Stadtteil war, getrennt von der anderen Stadt durch, wirklich, ja, schon damals jedenfalls sehr komische Brücken. […] Und die alteingesessenen Nordhorner die […] waren immer in meinen Augen etwas Besonderes, oder [hielten] sich zumindest für etwas Besonderes. Wenn man aus der Blanke kam, war man eher Flüchtlingskind oder aber Arbeiterkind oder sonst irgendetwas. Und bis zu einem Zeitpunkt, wo ich mich mehr mit der Geschichte Nordhorns beschäftigt habe und dann […] auch erklären konnte, dass […] die Sachen, auf die sie so stolz sind, nämlich so lange schon in Nordhorn ansässig zu sein, wohl damit zusammenhängen, dass sie damals, im zwölften Jahrhundert, da war Nordhorn nämlich […] ein Gefangenenlager, weil da wurden die Gefangenen zwischen den Armen des Flusses, der Vechte, wurden sie ganz einfach gefangen gehalten […] und das war letzten Endes ein Punkt, der mich ein bisschen auch mit der Haltung dieser [Alteingesessenen] ausgesöhnt hat."

Die Stadtteile ihrer Jugend beschreiben die Aktivist:innen als jeweils „eigenen Kosmos", in dem sich

> „[…] herauskristallisiert hat, wo leben denn die Geschäftsleute, wo leben, denn die Akademi-, die vermeintlichen oder tatsächlichen Akademiker, wo leben, denn die besser situierten Angestellten der Textilfirmen, wo in welchem Stadtteil leben denn die Textilarbeiter."

151 Schulz, S. 72.

152 Vgl. Lipset/Rokkan.

Die Frontlinie wirkt im Geist der Stadt mit; in den Interviews wirkt sie als Kontext ihres Aufwachsens in der Ära einer rückläufigen Textilindustrie. Sie übernehmen frühere Konflikte und verarbeiten sie zu tradierten Erzählungen – auch in prosperierenden Zeiten nach der Textil-Ära: Mehrfach referenzieren die interviewten Personen auf geißelnde Konditionen von Firmenkrediten für Einfamilienhäuser in den Arbeitersiedlungen sowie auf nie gezahlte Leistungen aus dem Sozialpaket anlässlich der Abwicklung der letzten Textilunternehmen. Die tradierten Erzählungen prägen das Selbstverständnis der interviewten Personen. Ein:e Aktivist:in macht die Frontlinie zum emotionalen Kontext der persönlichen ersten jugendlichen Protesterfahrungen und schildert einen Protest vor dem Rathaus anlässlich der Abwicklungssondierungen:

> „In dem Moment kam dann […] der Geschäftsführer von Nino […] dort reingerauscht über den Platz. Und das Volk teilte sich wie das Schwarze Meer und sagte keinen Mucks. […] und für einen Moment, bleibt einem dann fast das Herz stehen. Also [wenn] kein Mensch irgendwas sagt und diesen Menschen dann auch vorbeilässt, und du denkst: ‚Boah, was passiert hier jetzt?' Nicht? Das war so, sag ich mal, auch ein Stück Verachtung, das da deutlich wurde, für die Geschäftsleitung, die die Menschen dort hat hängen lassen.“

Wir haben zuvor erörtert, dass die Arbeiterschaft, besonders vor der Zeit zwischen den Weltkriegen, kein geschlossenes proletarisches Selbstverständnis aufwies. Einerseits entstanden durch Eingemeindungen Arbeiterviertel und mit ihnen ein Arbeiterbewusstsein. Gleichzeitig gab es bis in die späte Phase der Nordhorner Textilindustrie immer wieder Raum für kulturelle Binnenkonflikte und arbeitspolitische Auseinandersetzungen in der Arbeiterschaft. Ein:e Interviewpartner:in spricht dennoch von einem in diesem Cleavage wurzelnden, persistenten Bewusstsein, das „ganz stark gewerkschaftlich geprägt“ sei und in der Gestalt einer *déformation professionelle*, einer beruflichen Überformung des Bewusstseins, weiterwirke. Gemeint ist ein emanzipatorischer und streitwilliger Geist, der den ursprünglichen Cleavage überdauert und thematisch transzendiert: In den arbeitspolitischen Auseinandersetzungen wurzeln die späteren Kämpfe der Jugendbewegung und der Frauenbewegung, die Range-Proteste oder das antifaschistische Engagement insgesamt. Das mündet nicht unbedingt in einem abgesicherten Stand des linken Aktivismus oder gar der DKP in Nordhorn. Ein:e ehemalige:r DKP-Aktivist:in lenkt ein:

> „Mit dem Ende der Textilindustrie ist da auch vieles [an linkem Engagement] verloren gegangen. Das ist ganz gewiss so. Aber es ist zum Beispiel immer noch so, dass die Linke hier ein, zwei Sitze hat […] und immer noch die Sozialdemokratie den Ton angibt, das ist ja drum herum, die Grafschaft ist ja pechschwarz [CDU-dominiert] eigentlich.“

2.2 Die DKP Nordhorn. Eine Partei im Wandel der Zeit

Wie bereits dargestellt, waren auch die Nordhorner Kommunist:innen von der „Illegalität schwer angeschlagen“[153]. Der DKP-Ortsverband gründete sich am 15. Dezember 1968, bei der Landtagswahl 1970 tritt die junge Partei erstmals unter eigenem Namen an, schneidet mit 179 Stimmen jedoch enttäuschend ab.[154] Kritiker:innen mögen anführen, dass die Restaurationsversuche des Parteikommunismus „[…] schon damals anachronistisch“ anmuteten und als Reaktion auf „68“ eine bloße „Nachwehe und Narbe der ‚glorreichen' Protestbewegung der 1960er-Jahre [waren], als es eben […] ein letztes Mal historisch möglich war, sexy

153 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 30.

154 Vgl. Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 230.

und verwegen und zugleich auf der richtigen politischen Seite zu stehen."[155]

Erst 1968 konnten also Deymann und seine Genoss:innen auch in Nordhorn ihre politische Arbeit offiziell fortführen. Rasch wurde ein DKP-Ortsverband gegründet, der jedoch gerade in den Anfangsjahren aufgrund eines nicht unerheblichen Personalmangels unter gewissen Startschwierigkeiten litt: „Damals, um 1967 f. gab es nur Heinz, die alten Kommunisten und Kalle ter Horst."[156] Die aktive Parteiarbeit lastete also gerade in der Anfangszeit auf den Schultern einiger Weniger. Auch in unseren Interviews wird Heinz Deymann nicht nur als charismatische Figur charakterisiert. Vielmehr betonen die Interviewpartner:innen immer wieder die persönliche Zugewandtheit der Deymanns, die „ihr letztes Hemd gegeben" haben für die Textilarbeiter:innen und und ihre Mitbürger:innen. Fokussiert wird dabei zumeist auf ihre Menschlichkeit beziehungsweise mitmenschliche Fürsorge: „Da standen Menschen, die was getan haben für andere Menschen."

Neben Deymann waren es insbesondere jüngere Textilarbeiter:innen sowie Lehrlinge, Studierende und Schüler:innen, die zu den ersten Mitgliedern der Partei wurden. Ebenso wie die proletarische Unterstützung für die DKP auf die Person Heinz Deymann, der aufgrund seiner Volksnähe beliebt war, fokussierte, war auch der Beistand aus dem studentischen Milieu stark personenbezogen. So war es der Student Karl-Wilhelm ter Horst, der die politische Landschaft Nordhorns herausforderte: „Er initiierte in Nordhorn neue, hier bislang unbekannte Formen des Protests und organisierte auch die Ostermärsche gegen die Notstandsgesetze."[157] Ter Horst, politisch vernetzt – mit Rudi Dutschke etwa persönlich bekannt – und theoretisch versiert, „brachte den Keim der Studentenbewegung 1967 ff. nach Nordhorn."[158]

Kontrastierend zu dem Lokalhistoriker Werner Rohr, ist für unsere Studie die These handlungsleitend, dass sich der frühere Erfolg der DKP *nicht* allein über die finanzielle und ideologische Unterstützung aus der DDR erklären lässt. Vielmehr hängt der Erfolg der DKP – neben den zuvor diskutierten tragenden Konflikten – auch an seinen lokalen Galionsfiguren *sowie* ihrer Verzahnung und ihrem Einfluss auf das politische Leben, insbesondere auf die linke Szene (zur Konstitution der linksalternativen Szene siehe Kapitel 3). Heinz und Elisabeth Deymann sind eine Referenzgröße für alle interviewten Personen; Anziehung oder – seltener – Ablehnung evozierend. Ihr lebenslanger und von Widrigkeiten und Repressionen gespickter Einsatz wird von unseren Interviewpartner:innen als zentraler Motor der lokalen DKP diskutiert:

> „[…] was die für ein Durchhaltevermögen hatten, das hat mich immer sehr, sehr an diesen beiden Personen, und das war für mich eigentlich die DKP, unheimlich fasziniert."

Politisch engagierte Jugendliche gingen zwischen den 1960er- und 1980er-Jahren im Hause Deymann ein und aus, auch wenn das in der Stadtgesellschaft nicht unbedingt gutgeheißen wurde:

> „Ich habe den kennengelernt als einen Menschen, der […] Verständnis für die Belange der Jugend hatte und denen zugehört hat und dann auch mitgemacht hat. Der, von dem man aus der Geschichte und von den Geschichten, die er erzählt hat, wie sie in der Zeit des Hitler-Faschismus Juden über die Grenze nach Holland und woanders hingebracht haben. Also eigentlich eine sehr einfach strukturierte Person mit einem unglaublichen Charisma. Und das hat dazu geführt, dass ich recht schnell dann in die DKP kam."

Ein:e andere:r Interviewpartner:in erzählt von Besuchen und Nachfragen des Verfassungsschutzes wegen des Kontakts zu Heinz Deymann. Während das den jugendlichen Eman-

155 Jeweils Gringmuth, Sven: Was war die Proletarische Wende? Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken, Münster 2021, S. 410.

156 Schulz: Elisabet Deymann, S. 86.

157 Lensing: Deymann, S. 375.

158 Schulz, S. 81.

zipationswillen eher befeuert haben mag, wahrt die Person, wie andere ihrer Zeit, kritische Distanz zur DKP. Insbesondere aufgrund der „Linientreue" der Deymanns und der unkritischen Haltung gegenüber dem deutschen Nachbarstaat geraten die beiden Kommunist:innen immer wieder in die Kritik. Wieder andere behalten Heinz Deymann in heroischer Erinnerung und wünschen sich eine Heinz-Deymann-Straße auf einem der ehemaligen Textilgelände.

Die Ausdauer der Aktiven sollte in den folgenden Jahren und Jahrzehnten jedoch belohnt werden: Vermehrt junge Menschen wurden Mitglieder und auch auf elektoraler Ebene ließen sich einige Erfolge verbuchen. Historisch wurden der junge Sympathisantenkreis der DKP einerseits angezogen durch den „insgesamt linken Zeitgeist"[159], andererseits stellte die junge Partei eines der zahlreichen „Entmischungsprodukte"[160] der 68er-Bewegungen dar. Die politische Angebotsseite des kleinstädtischen Nordhorns mag also – trotz anfänglicher Widerstände und Rückschläge – eine nicht unwesentliche Rolle in der Bündelung jugendlichen, linken Politengagements gespielt haben. Ebenso stellt die lokalkulturelle Verankerung einen bedeutenden Aufstiegsfaktor dar, denn auch innerhalb der Grafschaft Bentheim nimmt Nordhorn eine Sonderrolle ein: So stammen bei Kreistagswahlen bis zu 92 Prozent der DKP-Stimmen aus der Kleinstadt.[161] Das einerseits feste Fundament bedeutete jedoch andererseits keineswegs, dass es in Nordhorn keine Startschwierigkeiten gegeben hätte. So versuchte die kommunistische Galionsfigur Heinz Deymann am 5. April 1968, vor dem Eindruck der sich abzeichnenden Neuzulassung einer kommunistischen Partei, eine Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „KPD morgen legal – was wollen die Kommunisten" zu organisieren. Am Tage der Veranstaltung wurde diese jedoch verboten, die Ablehnung der Stadtoberen und der Ordnungsbehörden blieb in dieser Phase unerschütterlich.[162] Deymann selbst äußerte sich dahingehend, dass er das Veranstaltungsverbot als Einschränkung „des im Grundgesetz verbrieften Rechts der Meinungs- und Informationsfreiheit"[163] ansehe.

Der Einmarsch der sowjetischen Truppen während des sogenannten „Prager Frühlings" konnte indes scheinbar nur kurzfristig Skeptizismus hinsichtlich der kommunistischen Neugründung evozieren.[164] Größere Wahlerfolge blieben zunächst trotzdem aus: Bei der Kommunalwahl 1972 verpasste die Partei knapp den Sprung in den Rat. Doch aufgrund dieses ersten Achtungserfolgs entschloss sich die SED, den westniedersächsischen Ortsverband monetär wie ideologisch zu unterstützen.[165] Bei der Kommunalwahl im Oktober 1976 holten die Partei und Deymann insgesamt 1.169 Nordhorner Stimmen und damit ein Mandat im Stadtrat; Deymann wurde „zugleich 1977 in den Kreistag gewählt [...], wo erstmals seit Kriegsende ein gewählter Kommunist Platz nahm."[166]

Politisch kreuzte die DKP durchaus auch in unruhigen Gewässern. Sie beklagte zwischenzeitlich etwa den Ausschluss aus lokalpolitischen Entscheidungsgremien durch die übrigen Parteien. Doch auch parteiintern gab es teils heftige Auseinandersetzungen, wie die Debatte um den sogenannten „Eurokommunismus", die Ausbürgerung Wolf Biermanns oder das Erstarken des Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) in Nordhorn. Anhand der Biermann-Kontroverse lässt

159 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 35.

160 Kraushaar, Wolfgang: „1968" in der Bundesrepublik, Stuttgart 2018, S. 144.

161 Vgl. Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 58.

162 Vgl. Straukamp, Werner: Nordhorn 1969: Stadt im Wandel. Auftakt zu neuer GN-Serie/Vor 50 Jahren ist mehr als die Hälfte der Kreisstadt-Bevölkerung unter 30 Jahre alt, in: GN Journal am Wochenende, 17.11.2018. Aus: Privatarchiv von Dr. Werner Straukamp, wir bedanken uns an dieser Stelle für die freundliche Unterstützung.

163 Deymann, Heinz: Unerhörte Bevormundung, in: Grafschafter Nachrichten, 09.04.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

164 So reichte es bei der Kommunalwahl vom 29. September 1968, als Heinz Deymann noch für die Deutsche Friedens-Union antrat, zunächst nicht für einen Sitz (vgl. Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 34).

165 Vgl. ebd., S. 35.

166 Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 231.

sich ein innerparteilicher Generationenkonflikt nachzeichnen, anhand dessen ebenso ideologische Konflikte ausbrechen. Nachdem dem in der DDR lebenden Liedermacher und Regimekritiker Biermann 1976 nach einer Konzerttour im bundesrepublikanischen Schwesterstaat die Wiedereinreise verwehrt wurde und er schließlich gar ausgebürgert wurde, regte sich auch innerhalb der Nordhorner DKP Widerstand. Insbesondere die jüngeren Mitglieder, die „alle nicht erzogen in der kommunistischen Vorstellung von Parteidisziplin“[167] waren und ohnehin in einer latenten Opposition zur Parteilinie standen,[168] wurden aktiv. In Abwesenheit des Vorsitzenden Deymann verabschiedete der Kreisvorstand eine Resolution, welche die Ausbürgerung kritisierte und überschritt damit, so Rohr, „die Schwelle für eigenständige Meinung“[169]. Bereits vorher waren Abweichler:innen um den inoffiziellen Oppositionsführer Karl-Wilhelm ter Horst negativ durch ihre redaktionelle Leitung der *Roten Spindel* aufgefallen. Die Nordhorner „linksaußen“[170] Ortsgruppe – so die Wahrnehmung der niedersächsischen Parteigenoss:innen – weigerte sich gegen zensierende Eingriffe in das lokale Presseorgan. Gemeinsam mit dem Versuch, den Vorgang in der DKP-Zeitung *Unsere Zeit* zu diskutieren, war nun „der Bindfaden für ein Paket von Vorwürfen mit der Aufschrift ‚Parteischädigendes Verhalten‘ an die Mitglieder K. ter Horst, G. Drendel, J. Fritsch und D. Arnaud“[171] gesponnen. Der Ortsverband äußerte sich dahingehend, dass die „Labilsten und charakterlich Schwächsten“ der Partei sich zu einer „Clique“ zusammenschlossen, welche die Parteiarbeit sabotierte und als „Antikommunisten“[172] der übelsten Sorte zu gelten hätten. Kritiker:innen – parteiinterne wie externe – bemängelten das zweifelhafte Demokratieverständnis der DKP sowie ihren „Die-Partei-hat-immer-Recht‘-Habitus“[173].

Die Ausgeschlossenen wagten nun ihrerseits mit einer Neugründung der „Sozialistischen Initiative“ ihren Einstieg in die Kommunalpolitik, in der Erwartung von Solidaritätsaustritten versuchten sie, das gegenkulturelle Potential Nordhorns, das nicht in der DKP integriert war, zu aktivieren. Hierzu planten die Jungsozialist:innen, auf die parteipolitischen Erfahrungen aufzubauen, gleichzeitig neue Formen innerparteilicher Partizipation zu diskutieren und letztlich auch publizistisch in Form der *Sozialistischen Zeitung* der kommunistischen Konkurrenz ein Gegengewicht zu setzen.[174] Es entbrannte daraufhin ein Machtkampf, nicht zuletzt auch darum, wer den Vertretungsanspruch gegenüber den Nordhorner Textilarbeiter:innen erfüllen und damit als legitime sozialistische Partei gelten könne. Die Mutterpartei betonte die vermeintliche Infantilität der Konkurrenz und stellte damit ihre Eignung infrage, „denn schließlich haben sie als Schüler und ehemalige Studenten ja noch nie richtig in einem Betrieb gearbeitet. Als Arbeiter können wir darauf verzichten, von solchen Leuten vertreten zu werden“ und bezichtigte sie einer „antikommunistischen Haltung“.[175]

Die Ausgeschlossenen konterten, warfen der DKP ihren Alleinvertretungsanspruch

167 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 37.

168 So beschreibt es Rohr anhand der „Roten Spindel“, dem Parteiorgan der DKP: „Es gelang ihnen [den jungen Parteimitgliedern], die ‚Rote Spindel‘ von den schlimmsten Artikeln zu DDR und Sowjetunion freizuhalten und überwiegend Gewerkschafts- und Stadtpolitik zu machen. Dazu wollten sie demokratische Verhältnisse auch in der DKP. Damit erweckten sie den Unmut des DKP-Bezirksvorstandes (Landesvorstand), der seine Einflussmöglichkeiten in Nordhorn schwinden sah“ (ebd.).

169 Ebd.

170 O. A.: Bruch in der DKP, in: Alternatives Blatt. Stadtzeitung für Nordhorn + Umgebung, Nr. 2, Februar/März 1978, S. 3–4, hier S. 3. Aus: Privatarchiv Straukamp.

171 Ebd., S. 3.

172 O. A.: In eigener Sache, in: Die Rote Spindel, Dezember 1977, S. 2 [eingesehen in: Hauptstaatsarchiv Hannover, Aktenzeichen: V.V.P., Acc. 187/97 Nr. 174].

173 O. A.: Bruch in der DKP, S. 4.

174 Vgl. ebd., S. 4.

175 Zit. nach: O. A.: Die DKP und die „Asozialen“, in: Nordhorner Blatt. Stadtzeitung für Nordhorn + Umgebung, Nr. 3, April 1978, S. 5–6, hier S. 5. Aus: Privatarchiv Straukamp.

vor: Sozialistische Aktivitäten sollten in einer „kampferfahrenen“ und „proletarischen Faust“[176] – der Faust der DKP – gebündelt sein. Aufgrund dieses Selbstbildnisses sei es der Partei nicht möglich, einzugestehen, dass die Textilarbeiterschaft, die sie zu repräsentieren beanspruchte, uneinheitliche oder andere Interessen besitze, als durch die DKP postuliert. Die Autor:innen konkludieren: „Die DKP und die ‚Rote Spindel' kennen keine anderen ‚Götter' neben sich. Nur sie vertreten wirklich die Interessen der Textilarbeiter, sonst niemand.“[177]

Karl-Wilhelm ter Horst, dessen Gruppierung zu diesem Zeitpunkt wohl 35 Personen umfasste, zeigte sich „menschlich enttäuscht“ vom Parteivorsitzenden Deymann und warf ihm einen „Stalinismus im Westentaschenformat“[178] vor. Dieses Gefühl war von Gegenseitigkeit geprägt; auch Liesel Deymann verwendete den Namen ter Horst nicht nur mit „Anerkennung und Hochachtung, sondern auch [mit] Wehmut und Bedauern“[179]. Trotz anderslautender Verlautbarungen[180] – spekuliert wurde gar über einen Machtwechsel im sozialistischen Lager[181] – stellte sich die sozialistische Initiative als kurzlebiges Politexperiment heraus. Die DKP hatte keine nachteiligen Folgen zu erwarten: „Die unbequemen Geister“, so Werner Straukamp, „werden in die Wüste geschickt“[182], die parteiinterne Opposition war damit beseitigt. Ter Horst selbst versteht diese Episode der Nordhorner Parteiorthodoxie als verpasste Chance:

> „Wenn damals Heinz Deymann gesagt hätte: ‚Ich schließe mich der Kritik der jungen Genossen an', dann hätten wir eine eigene Partei in Nordhorn bekommen, dann wäre eine Chance gewesen Nordhorn rot zu bekommen … Aber Heinz konnte das nicht, denn spätestens mit seinem Berufsverbot 1953 hatte er in der KPD und in der KPdSU nicht nur seine politische, sondern auch seine soziale Heimat gefunden.“[183]

Dennoch gingen die Partei und ihre obersten Repräsentant:innen in Nordhorn vergleichsweise unbeschadet aus diesen Krisen hervor – auch weil es gelang, sich öffentlich und authentisch als kritische Stimme aus der Bevölkerung zu inszenieren und sich politisch für soziale Gerechtigkeit vor Ort einzusetzen, ohne die zur Schau getragene Verwurzelung innerhalb der Arbeiterschaft zu verlieren.[184] Helmut Lensing sieht die Basis ihres Erfolgs in der weiterhin ungebrochenen „Verankerung unter den Textilarbeitern“ sowie in ihrer Bereitschaft, Konflikte mit „etablierten Honoratioren“[185] einzugehen. Lensing urteilt:

> „Die Ortschaften müssen bereits alte KPD-Hochburg sein, was für Nordhorn sowohl für die Zeit vor 1933 als auch nach 1945 gilt. Zudem müsse die Partei eine

176 Ebd., S. 5.

177 Ebd., S. 6.

178 Straukamp, Werner/Gerlach, Friedrich: Nordhorn und die 70er. Demonstranten, Stadtplaner und Textiler, Bad Bentheim 2004, S. 161. Aus: Privatarchiv Straukamp.

179 Schulz, S. 80.

180 Zit. nach: O. A.: Sozialistische Initiative will eigene Wege gehen, in: Grafschafter Nachrichten, 24.12.1977. Aus: Privatarchiv Straukamp.

181 Vgl. O. A.: Bruch in der DKP, S. 4 und O. A.: Die DKP und die „Asozialen“, S. 6.

182 Ebd., S. 69.

183 Karl-Wilhelm ter Horst, zitiert nach Schulz, S. 96.

184 Helmut Lensing beschreibt folgende Anekdote, die exemplarisch für das Verhalten und das (Selbst)Verständnis der DKP-Funktionär:innen steht: „[Ebenso] wurden Deymanns Anträge zu Nordhorn-Range oder gegen Kürzungen im Bildungsbereich regelmäßig abgeschmettert. Sie sorgten indes für steigende Sympathien in der Bevölkerung. Dazu trug ebenso bei, dass die drei DKP Ratsherren für alle finanziellen Vergünstigungen durch ihr Ratsmandat freiwillig Gelder an die Stadtkasse abführten, etwa für kostenfreie Getränke bei Sitzungen oder für die unentgeltliche Verpflegung bei Empfängen. Als Mitte der 1980er Jahre die Diäten der Ratsmitglieder gegen den Widerstand der DKP erhöht wurden, spendeten die Fünf DKP-Vertreter die Differenz an Vereine und Institutionen der Stadt. Dies ging auf Deymann zurück“ (Lensing: Art. Deymann, S. 380).

185 Beide Zitate: Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 231.

> kontinuierliche Verankerung in örtlichen Großbetrieben vor allem durch Gewerkschaftsarbeit vorweisen. Dieses Kriterium trifft ebenfalls zu. Zur Mobilisierung und Radikalisierung von Wählern würden Betriebsschließungen und örtliche Skandale, die die etablierten Parteien in Misskredit bringen, beitragen."[186]

Insbesondere der letzte Aspekt sei mit der Pleite der Povel-Fabrik – 1979 verloren 1.100 Angestellte ihren Arbeitsplatz – erfüllt, die mit dem Höhenflug der DKP zeitlich zusammenfällt. Weiterhin müssten „[...] die DKP-Mitglieder im örtlichen Vereinsleben als engagierte Menschen bekannt sein, während gleichzeitig die höheren Parteiorganisationen die Ortsgruppe als Schwerpunktsetzung im Wahlkampf unterstützten."[187] Damit beginnt parallel zum schleichenden Untergang der Nordhorner Textilindustrie ab den 1980er-Jahren die „Blütezeit"[188] der DKP. 1981 konnten bei der Kommunalwahl drei Ratsmandate errungen werden – „Erst Deymann, dann drei Mann!"[189] 1986 stellten die Kommunist:innen gar fünf Ratsmitglieder und zwei Kreistagsmandate, über Nacht wurde die hiesige DKP „bundesweit bekannt. Nordhorn wurde die Vorzeigestadt der DKP, ein Vorbild in der Frage des möglichen Einflusses in der Bundesrepublik Deutschland."[190] Werner Rohr sieht – anders als Helmut Lensing – die entscheidenden Faktoren für die Wahlerfolge der DKP jedoch nicht in ihrer lokalgeschichtlichen wie betrieblichen Verankerung, stattdessen sei sie zurückzuführen auf die Skandalisierung der lokalpolitischen Gegenspieler:innen. Auch die Ratsarbeit der Partei bewertet Rohr insgesamt wenig positiv:

> „Die konkrete Ratspolitik der DKP mit ihrer Unterstützung von Kinderkrippen und -gärten, sowie Angeboten für sozial schwache Menschen war konsequent, aber weder besonders einfallsreich, noch besaß die DKP darauf ein Alleinstellungsmerkmal [...]."[191]

Bei aller – immer zuvorderst geäußerten – Wertschätzung, die die DKP unter vielen Nordhorner:innen erfahren hat, bleibt die Kritik auch in den von uns geführten Interviews nicht aus. Die geäußerte Kritik betrifft im Einklang mit Rohr häufig die Orientierung der DKP an der SED sowie der DDR sowie einige politische Dogmen. Bezüglich der Arbeit mit der DKP im Stadtrat beklagt ein:e Interviewpartner:in die stoische Grundhaltung der Parteimitglieder und die Eröffnung moralisierender Grundsatzdebatten.

> „Nein, [die Haltung der DKP] war in der Sache oftmals begründet. Was mich manchmal gestört hat, ist, das war dann oft so, man geht hin, hat Probleme vor Ort, die gelöst werden wollen. Und da war man sich dann auch relativ, ja, war man eben nah beieinander, und wenn wir dann zum Beispiel eine Haushaltssitzung hatten, dann ging es, dann wurde [von der DKP] dann also die ganze Weltpolitik mit reingeholt, als ob wir die hier in Nordhorn vor Ort irgendwie lösen können. [...] man versucht[e], das dann an militärischen Dingen weltweit aufzuhängen. [...] Aber okay, es war ihre Art und sie durften das ja auch sagen."

Dennoch zeichnen die Interviewpartner:innen, die nicht selbst Mitglied der DKP waren, stellenweise ein differenzierteres Bild als Werner Rohr. So erkennen sie auch die innerparteilichen Differenzen der Nordhorner DKP und Momente relativer Unabhängigkeit von der Parteilinie an:

> „Die Nordhorn-DKP war nicht immer auf Kurs der Landes-DKP oder des Landesvorstands [...] und die waren immer trotz

186 Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 231.

187 Ebd., S. 232.

188 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 38.

189 Schulz, S. 112.

190 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 40.

191 Ebd., S. 40.

> ihrer Linientreue sehr beweglich, in dem Rahmen, was hier Nordhorn anging und dann wurde Wolf Biermann ausgebürgert und das hat zu Protesten geführt von einer ganzen Reihe DKP-Leuten hier in Nordhorn […]."

Trotz der sich verstärkenden Skepsis gegenüber der DKP und ihren Nordhorner Vertreter:innen wird die (lokale) Partei von den Interviewten *nicht* als radikal wahrgenommen, was insbesondere auf ihr lokales Personal zurückzuführen zu sein scheint. Wir haben bereits erörtert, dass der lange Streik des Jahres 1953 die Konfliktaustragungsmodi – die auch zuvor nur schwerlich gewalttätig genannt werden konnten – weiter befriedet hat. Sicherlich kann von der DKP und auch von den ausgeschlossenen Jungaktivist:innen „linksaußen" gesagt werden, dass sie eine Konfliktbereitschaft an den Tag gelegt haben, die in Nordhorn ihresgleichen suchte. Dennoch zeigt sich in unseren Interviews wie auch im informellen Gespräch mit anderen Nordhorner:innen, dass die lokale DKP nicht als radikal eingeordnet wurde. Die lokalen Parteimitglieder sind in der Stadt gut bekannt und führen ein bürgerlich-integriertes Leben. Während die Deymanns im typischen Einfamilienhaus lebten, können sie allerdings doch als Proletarier:innen beschrieben werden, die einen praktischen Aktivismus betrieben, aber „es mit dem Theoretischen nicht so hatten". Die jüngeren Generationen der Aktiven hingegen haben zum Teil akademische Bildungswege eingeschlagen und „feingeistige" theoretische wie literarische Neigungen in die Parteiarbeit eingebracht. Sie weisen wenig habituelle Verwurzelung in der Arbeiter:innenschaft auf, pflegen private Beziehungen zu anderen Nordhorner:innen und erzählen von zugewandten Gesten jenseits der politischen Begegnung.

In den Berichten der Nordhorner Interviewpartner:innen macht sich eine eigentümliche Spannung des öffentlichen politischen Lebens *zwischen konsensueller Grundstimmung und Konfliktwille* auf. Damit reiht sich Nordhorn ein in die insgesamt in Niedersachsen vorherrschenden, am Konsens und Interessensausgleich orientierten Politikvorstellungen.[192] Diese Spannung prägt die lokalen „sinn- und ordnungsstiftenden Grundannahmen"[193] beziehungsweise die „Deutungskultur"[194] über die politische Welt vor Ort. Ein:e Interviewpartner:in formuliert: „[…] politisch ist da viel im Konsens und in fruchtbaren Streitgesprächen vonstattengegangen". Eine andere Person bringt die Suche nach Konsens auch mit den politischen Kräfteverhältnissen der Stadt in Verbindung:

> „Es ist halt auch so, dass wir ein großes Übereinstimmungspotenzial in Nordhorn haben, dass sehr viel geredet wird, aufgrund der […] Wahlergebnisse, sag ich mal, es gibt keine eindeutige Mehrheit, und man muss halt sich sehr viel austauschen."

Die Spannung aus Konflikt und Konsens bleibt auch in der späteren Arbeit der DKP im Stadtrat bestehen, in dem sie sich durchaus einer Gegenfront etablierter Parteien gegenübersah. Wir haben bereits eine Passage zu den unterschiedlichen Positionen in der Ratsarbeit wiedergegeben, in der deutlich wurde, dass die mitunter dogmatische Haltung der DKP auf Unverständnis stieß. Ein DKP-Mitglied resümiert über die Auseinandersetzungen im Rat, dass es „Angemotze" gab, die Arbeit „im Wesentlichen aber konstruktiv" gewesen sei. Die DKP habe bei für sie vertretbaren Themen, wie zum Beispiel dem Ausweis von Baugebieten, strategisch ihre Zustimmung gegeben. Die Zustimmung entzogen habe man häufig den Haushaltsbeschlüssen, die sparsam bei der Ausstattung sozialer Einrichtungen gewesen seien und damit ihrem lokalpolitischen Kernanliegen widersprochen hätten: Mit der Textilarbeiterschaft habe man sich konsequent solidarisiert.

192 Vgl. Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), Göttingen 2020.

193 Rohe: Politische Kultur, S. 1.

194 Ebd., S. 17.

Trotz einiger Konflikte um die Schließung der Textilunternehmen wird die Neuerfindung Nordhorns im post-textilen Kontext seit der sich ab den frühen 1990er-Jahren abzeichnenden Pleite von Rawe als letztem großem städtischen Textilunternehmen – wurzelnd in einem konsensuellen Interesse an der lokalen Lebensqualität – von allen Interviewpartner:innen als Erfolgsgeschichte erzählt. Die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringe Arbeitslosigkeit dient dafür häufig als Messgröße. Der „außergewöhnliche Wandel" der Stadt sei einer „Art institutionelle[m] Zusammenhalt" geschuldet. Ein DKP-Mitglied lobt, dass sich die Stadtpolitik daran orientiere, „dass es den Menschen nicht schlecht geht".

Indes: Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten sowie der deutschen Wiedervereinigung geriet die DKP (auch) in Nordhorn in eine tiefe politische Krise. Bereits die vorausgegangenen Reformbemühungen unter den Schlagworten „Perestroika" (russ. = „Umbau") und „Glasnost" (russ. = „Offenheit") hatten die an Moskau orientierten kommunistischen Parteien in eine Interpretationskrise gestürzt. So weigerte sich beispielsweise die DDR – und folglich auch die DKP –, die Reformen aus dem Mutterland des Sozialismus zu übernehmen. Es kam zu einem Schisma innerhalb des „realexistierenden Sozialismus", das für ideologische Unklarheiten auch auf der Mitgliederebene führte.[195] In Nordhorn traten schließlich Ende 1989 vier der fünf amtierenden Ratsmitglieder aus der DKP-Kreisfraktion aus und gründeten ihrerseits eine Stadtratsfraktion „Glasnost", die sich jedoch schnell wieder auflöste.[196] Nach der Kreistagswahl 1991 hatte sich die Partei vom Schock der Wiedervereinigung soweit erholt, dass sie mit beträchtlicher Anzahl an Bewerber:innen in Nordhorn – und damit als einzigem Ort innerhalb Niedersachsens – antreten konnte. Dort konnte sie ihren „traditionellen Sitz im Kreistag"[197] verteidigen. Vorher kam es bereits zu einem personellen Aderlass unter den Funktionär:innen und Mandatsträger:innen innerhalb der Partei. Bis in die 2010er-Jahre hinein konnte die Partei zwei Ratsmandate und ein Kreistagsmandat halten.[198] Dies lässt auf ein beachtliches personelles Reservoir sowie eine ungebrochene Verankerung im Elektorat schließen, das DKP-internen Entwicklungen oder weltpolitischen Ereignissen zum Trotz der Partei die Treue hält. Die These erhärtet sich dadurch, dass ihr lokaler Erfolg *nicht* auf eine ideologische Festigung der Wählerschaft, sondern auf lokalkulturelle Determinanten zurückging.

Damit sind die wichtigsten internen Konflikte der DKP Nordhorn benannt, die unterschiedlich auf die Partei einwirkten. Die Geschehnisse um die Biermann-Affäre und die Parteiausschlüsse in Nordhorn markierten auch einen Ausgangspunkt für unterschiedliche Verhältnisse der DKP-Aktivist:innen zu ihrer Partei, die sich in unseren Interviews widerspiegeln. Ob vom Ausschluss betroffen oder nicht: Die DKP-Aktivist:innen erinnern sich jeweils an verschiedene Delegationsreisen in die DDR, die gemischte Gefühle gegenüber dem Nachbarstaat in ihnen hinterließen. Sie schildern einerseits Aufführungen ideologischer Selbstüberhöhung und trügerischer Selbstsicherheiten, wenn man ihnen erklärt habe, dass es „in einem sozialistischen Land, [in dem] von sozialistisch gebündelten Persönlichkeiten ein Atomkraftwerk geleitet wird", keine Unfälle gebe. Andererseits erzählen sie von beeindruckenden infrastrukturellen Versorgungssystemen und Polizeikapellen, die „bei den Feiern zum ersten Mai in Frankfurt/Oder […] *Brüder zur Freiheit* spielten". Ein DKP-Mitglied beschreibt den individuellen Beziehungswandel zur Partei folgendermaßen:

> „Also, ich habe das mal so benannt. Liebe Genossen in der DDR, ich war selbst Delegationsleiter in der DDR, bin ein Jahr später auch als Feind der Arbeiterklasse […] ist mir gesagt worden, ich dürfte die DDR nie wieder bereisen, sonst würde

195 Vgl. Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 40.

196 Vgl. Schulz, S. 116–118.

197 Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 232.

198 Vgl. Rohr: Gelenkte Partei, S. 107.

ich inhaftiert; [da] habe ich die Frage gestellt: Leute, ihr redet hier immer vom antifaschistischen Schutzwall. Wir haben nur ein Problem die Selbstschussanlagen gehen in die falsche Richtung los. [...] Es gab also eine ganze Reihe von Reibungspunkten, die mit der DDR, mit überhaupt dem Sozialismus, wie er denn gehandhabt wurde, zu tun [hatten]. Und das hat dazu geführt, dass eh die Partei uns den Mund verbieten [wollte]. Das haben wir uns nicht bieten lassen. Das hat dazu geführt, dass es zu Parteiausschlussverfahren gekommen ist. Und bei diesen Parteiausschlussverfahren ist es dazu gekommen, dass der von uns, auch von mir, durchaus verehrte Heinz Deymann, der mir das im Übrigen in späteren Jahren noch mal persönlich bestätigt hat, zugunsten der Partei über das, was wir tun, denken und machen, gelogen hat, weil [...] nichts geht über die Partei.“

Ein anderes Parteimitglied erwähnt die Ausschlussverfahren nicht, moniert aber die Depolitisierung einiger Parteimitglieder im Angesicht der Interpretationskrise um die sowjetischen Reformprojekte unter den Namen „Perestroika“ und „Glasnost“ sowie die Verbrechen der DDR. Die Person beklagt, dass einige Aussteiger:innen angesichts der realexistierenden Verfehlungen des Sozialismus auch den ursprünglichen politischen Idealen abgeschworen hätten: „Ich weiß nicht so genau, [...] wofür man sich schämen muss, wenn man für gerechte Verteilung, für eine anständige Sozialpolitik ist oder für [eine] antifaschistische Grundeinstellung.“ Eine ähnliche Kritik übt die Person konsistent an der heutigen DKP, die in Anbetracht des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine keine deutliche Verurteilung aussprechen wolle, sodass die Person heute einen ideellen Bruch mit der Partei verzeichnet.

Die Interpretationskrise des realexistierenden Sozialismus hat nicht nur einen Binnenkonflikt innerhalb der Partei ausgelöst, sondern auch mutmaßlich bereits bestehende interne Konflikte zutage gefördert. Die DKP war also auch im Kleinen kein monolithischer Block. Die in Nordhorn ubiquitäre Kritik an der Verflechtung der Nordhorner DKP mit dem deutschen Nachbarstaat schlug sich in besonderer Deutlichkeit das erste Mal zur Zeit der Wende nieder. Ein:e DKP-Aktivist:in hat den Umbruch nach dem Ende der Sowjetunion und DDR als ideell wie politpraktisch belastende Phase in Erinnerung. Begleitet worden sei diese innere Stimmungswende von einer äußeren. Das bestätigt sich auch im faktischen Verlust des letzten Kreistagsmandats der Partei im Jahr 1996:

„Aber dieser Umbruch, der hat sich auch niedergeschlagen in der öffentlichen Begegnung. [Es wurden] vermehrt kritische Fragen an uns gestellt und ich persönlich fand, dass eine einstmals so starke Partei, wenn ich an die KPD denke vor dem Krieg, eigentlich als Stimme fehlte. [Und es fehlte] hier natürlich auch das Geld aus der DDR, äh, mit dem wir unsere Zeitung teilweise auch finanzieren konnten. Das ging dann später nur noch über die Ratsaufwandsentschädigung. Da haben wir auch immer Rechenschaft drüber abgelegt öffentlich. [Aber wir sind] nach der Wende dann doch [...] atmosphärisch ein bisschen an die Wand gedrückt worden. [...] wir haben selbst hier, in unserer braven, kleinen, bodenständigen Stadt [...] gemerkt, dass sich da Mentalitäten verschieben.“

Damit zeigen unsere Interviews, dass die Biermann-Ausbürgerung und der folgende Parteiausschluss unliebsamer Mitglieder als ein interner Konflikt zu sehen ist, der zwar auf einzelne Mitglieder individuell ideologisch irritierend gewirkt haben mag, in der Außenwirkung aber keine langfristigen nachteiligen Wirkungen hatte. Obwohl auch wichtige Parteimitglieder, wie etwa ter Horst, vom Ausschluss betroffen waren, konnte die DKP ihre Arbeit ungehindert fortführen. Statt dieser Episode wird in der städtischen Öffentlichkeit eher an das persönliche Engagement, insbesondere des Ehepaars Deymann, erinnert. Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten sowie die deutsche Wiedervereinigung läuteten den endgültigen Nieder-

gang der DKP ein. Die politischen Gewissheiten auch überzeugter Mitglieder wurden nachhaltig erschüttert, die Parteispaltung war die Folge und auch in der städtischen Öffentlichkeit setzte eine neue, kritischere Bewertung der einstmals akzeptierten Kommunist:innen ein.

Heinz Deymann schließlich zog sich 1993 aus der Lokalpolitik zurück und wurde zum Nordhorner Ehrenratsherr ernannt, da er seit 1976 ununterbrochen dem Stadtrat angehörte.[199] Das Ehepaar Deymann hatte sich in den 1990er-Jahren nur noch auf die hinteren Listenplätze aufstellen lassen, dennoch konnte Heinz Deymann aufgrund seines großen persönlichen Ansehens innerhalb der Stadtöffentlichkeit die meisten Stimmen seiner Partei auf sich vereinigen. Helmut Lensing urteilt: „Zunehmend wurde deutlich, dass viele DKP-Stimmen an die Personen Heinz und Elisabet Deymann gebunden waren und weniger der Ideologie galten, die sie vertreten."[200] Dennoch – und dies spricht gegen die Interpretation Lensings – verschwindet die Partei nicht unmittelbar in die politische Bedeutungslosigkeit: Noch bei den Wahlen 2006 konnte die DKP zwei Ratsmandate erobern; Herbert Ranter, heute Die Linke, wurde gar in den Kreistag gewählt. „Es sind aber stets schlechte Zeiten für revolutionäre Helden, wenn die objektiven Bedingungen absolut nicht danach sind"[201]. Insbesondere die Frage nach den objektiven Bedingungen stellt sich im Nordhorner Fall in besonderem Maße. So mündete die materialistische Konfliktlinie alleine nicht in einen gefestigten Stand der DKP, erst im Zusammenspiel mit kulturellen Konfliktlagen konnte sich die Partei etablieren. Gleichzeitig blieb der Klassenkonflikt Grundvoraussetzung für ihren Erfolg. Ein:e ehemalige:r DKP-Aktivist:in erinnert sich:

> „Mit dem Ende der Textilindustrie ist da auch vieles [an linkem Engagement] verloren gegangen. Das ist ganz gewiss so. Aber es ist zum Beispiel immer noch so, dass die Linke hier ein, zwei Sitze hat [...] und immer noch die Sozialdemokratie den Ton angibt, das ist ja drum herum, die Grafschaft ist ja pechschwarz [CDU-dominiert] eigentlich."

Was heute noch in „ein, zwei Sitzen" der Linken nachklingt, ist ein politisches Angebot, mit dem die DKP den Weg für eine fortdauernde Protestkultur in Nordhorn geebnet hat. Ihre Kontextfaktoren waren – wie ein:e Aktivist:in schildert – politisierter Zeitgeist sowie lokale Faktoren wie die Nordhorn-Range als anhaltender Metakonflikt. Die Aktivist:innen bezeugen übergreifend, dass die Range parteiunabhängig problematisiert wurde. Ein:e Aktivist:in unterscheidet in diesem Zusammenhang die Nordhorn-Range-Proteste von anderen lokalen Konflikten und zeigt dabei implizit, dass Protest nicht nur eine inhaltliche, sondern auch eine kulturelle Dimension hat:

> „Das [Nordhorn-Range] hat dann zum Teil eben nichts mehr mit der Demonstrationskultur oder sonst zu tun, sondern das ist faktisch eine Einschränkung [des öffentlichen Lebens], der wir unterlegen sind [...]."

Zwar gelang es zu keinem Zeitpunkt, die Stadt in ein sozialistisches Tiefrot zu färben, auch eine revolutionäre Massenbewegung finden wir hier nicht. Jedoch, und dies ist das Entscheidende, scheint dieser (Selbst-)Anspruch zu hoch gegriffen. Als linkes Korrektiv und gewissermaßen als politisches Gewissen der Vechtestadt, konnte die DKP einige Erfolge feiern und die politische Kultur der Stadt prägen. Zwar finden wir insbesondere in der Spätphase der Weimarer Republik Ansätze eines sozialistisch-kommunistischen Milieus, das auch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten bestehen bleibt. Jedoch kann im bundesdeutschen Vergleich nicht die Rede von einer „kommunistischen Hochburg Nordhorn" sein. Trotz dessen finden wir in Nordhorn Ansätze eines Klassenbewusstseins, das sich durch die lange Tradition der Textilstadt

199 Vgl. Lensing: Deymann, S. 388.

200 Lensing: Die politische Partizipation der Bürger, S. 232–233.

201 Gringmuth, S. 403.

speist. Unsere Interviews zeigen, dass der städtische Grundkonflikt zwischen Textiler:innen und dem besitzenden Bürgertum in Nordhorn fortgeschrieben wurde und sich verfestigt zu haben scheint, sodass diese Denkfigur auch nach dem eigentlichen Ende der lokalen Textilindustrie Bestand hat. Dieses konnte zu verschiedenen historischen Epochen durch die DKP – oft auch unter Rückbezug auf das Initiationsereignis des textilarbeiterischen Milieus, dem Streik von 1953 – aktiviert werden. Wir finden in Nordhorn durchaus entsprechende Mentalitätsbestande, die auch heute noch wirksam sind – auch bei Personen, die nicht diesem Milieu angehören. Der lokale Erfolg der DKP basiert also zu weiten Teilen auf der – bewusst oder unbewusst vollzogenen – Verfestigung ihres eigenen Gründungsmythos. Insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung, der Verkapselung und dem mentalen Diasporadenken der ortsansässigen Arbeiter:innen, die zu keinem Zeitpunkt über ein geschlossenes Klassenbewusstsein verfügten, ist der Export dieser Erzählung in die breite Bevölkerung und die damit verbundene Anerkennung der Partei bemerkenswert.

Dass das politische wie moralische Kapital, welches die Galionsfigur Heinz Deymann aus diesem Gründungsmythos zog, sich nicht ausschließlich in seiner Person erschöpft, zeigt der Umstand, dass die DKP auch nach seinem Rückzug aus der Lokalpolitik lange erfolgreich blieb. In ihrer Hochphase gelang es der Partei durch geschicktes politisches Agieren – und Problematisieren (vgl. Kapitel 2.3) – sich eine legitime Position in der Nordhorner Parteienlandschaft zu erobern. Der Ortsverband verstand es, die Deutung der weltpolitischen Geschehnisse, des Systemkonflikts, in lokalpolitische Vorgänge einzubauen, ohne ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Damit fügte sie sich ein in ein vorherrschendes politisches Grundverständnis, das nicht auf Dissens und Grundsatzkonflikt abzielte, sondern auf politischen Ausgleich und Konfliktmoderation setzte. Gleichwohl: Eine innerparteiliche Opposition, die sich gegen bewährte Interpretationen und Doktrinen, die dem deutschen Bruderstaat und Sowjetrussland kritisch gegenüberstanden, wurde nicht geduldet. So waren es weniger die Politik*inhalte* als die *politische Funktion*, die den Erfolg der Partei begründeten. Solange, wie es der Partei gelang, diese Funktion innerhalb des innerstädtischen Politkosmos auszuüben, blieb sie elektoral erfolgreich.

2.3 Die *Rote Spindel* – realsozialistische Propaganda oder kritisches Korrektiv?

Die *Rote Spindel*, die als Betriebszeitung startete und sich sukzessive zu einer Art alternativen Stadtzeitung entwickelte, war das zentrale Publikationsorgan der lokalen DKP. Hiermit versuchte sie, aktiv öffentliche Diskurse zu beeinflussen und – nicht zuletzt über die Skandalisierung politischer Gegner:innen – Werbung für die eigene Sache zu machen. Die Zeitung, die in der Regel aus einer engbedruckten Vorder- und Rückseite bestand, ist damit als ein deutungskulturelles Angebot zu sehen, das wohl einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Interpretation der Lokalpolitik hatte. Um Ideologie und Strategie der Partei zu verstehen, stellt die *Spindel* ein ideales Schaufenster dar.

Selbst der die DKP kritisierende Rohr kommt nicht umhin, anzuerkennen, dass insbesondere mit der *Roten Spindel* „ein Stück Gegenöffentlichkeit" durch die DKP etabliert wurde, das es schaffte, Probleme zu fokussieren, die im lokalen Elitendiskurs keine Rolle spielten, weshalb man zwischenzeitlich von einer „linken Stadtzeitung"[202] habe sprechen können. Helmut Lensing geht in seiner Bewertung gar noch weiter: Demnach bestand ein „heimliches oder öffentliches Interesse" an dem Publikationsorgan, da es mitunter tatsächlich Neuigkeiten enthielt. Dabei verstanden es die handelnden Personen, das Blatt geschickt auf die lokalen Erfordernisse auszurichten:

> „Mit Karl-Wilhelm ter Horst und einigen anderen verfügten die Nordhorner Kom-

202 Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 41.

> munisten seinerzeit über ebenso redegewandte wie theoretisch geschulte Repräsentanten, die zudem ein an lokalpolitischen Erfordernissen Nordhorns orientiertes DKP-Propaganda-Konzept verfolgten."[203]

Als linkes Korrektiv schien die DKP also eine wichtige politische Funktion einzunehmen; der Dreiklang aus *Spindel*, DKP und Deymann bildete den „Stachel im Fleisch der etablierten Parteien"[204].

Auch die von uns geführten Interviews bestätigen die zentrale Kommunikationsfunktion, die die Zeitung für die Partei darstellte. Die *Spindel* war zuweilen zweierlei: Sowohl Organ der Selbstinszenierung als auch eine selbsternannte moralische Instanz. Jenseits von Kritik und Bewunderung der Lokalpersönlichkeit Deymann existiert dergestalt bei allen interviewten Personen eine tiefgreifende Wertschätzung der lokalen Arbeit der DKP. Insbesondere wird sie als Sprachrohr der von anderen Parteien nicht ausgesprochenen Realitäten erinnert. Ein:e Aktivist:in, der DKP durchaus kritisch gegenüberstehend, äußerte:

> „Also ich habe die [DKP] wahrgenommen als immer [...] schon interessant, weil sie die [...] Dinge sagten, die manche andere nicht so gerne aussprachen. Die SPD war ja auch immer gewerkschaftsnah. [Aber], so habe ich es empfunden, wurde dann manchmal nicht Klartext geredet, und alles, was sozusagen nach Klartext schrie, das machte die DKP."

Ein:e DKP-Aktivist:in schildert die Resonanz auf die Parteiarbeit so:

> „Die Menschen kamen früh morgens [auf dem Markt] an. Nahmen sich die Zeitung [Rote Spindel], gingen über den Markt und lasen zwischendrin schonmal. Und jedes Mal haben wir gehört: ‚Dass ihr euch das traut! Dass ihr das schreibt!' Oder: ‚Dass der Oberkreisdirektor mal einen mitkriegt mit seinem großen Mundwerk.' [...] Und ich hör immer noch tatsächlich [...]: ‚Schade, dass es die Spindel nicht mehr gibt, [...] könnten wir an manchen Stellen ganz gut brauchen.'"

Die *Rote Spindel* ist, neben dem materialistischen Grundkonflikt und der Führungsperson Deymann, ein dritter konstitutiver Faktor für den Erfolg der DKP in Nordhorn. Ein damaliges DKP-Mitglied beschreibt die Arbeit an der *Roten Spindel* dezidiert als die Suche nach der Umkehr routinierter Erzählungen politischer und wirtschaftlicher Belange:

> „Also ich habe zu der Zeit regelmäßig, und meinen Genossen auch, die *Textilwirtschaft* [seit 1950 offizielles Periodikum des Bundesverbands des Deutschen Textileinzelhandels] gelesen, um aus Unternehmerseite überhauptmal mitzukriegen, was sind denn da für Konzepte und wie wird kommentiert, was da geschieht."

Die *Rote Spindel* sei als bewusster Gegenentwurf zur konservativ geprägten Tageszeitung, den Grafschafter Nachrichten, gestaltet worden, die dem Verbund der *Neuen Osnabrücker Zeitung* angehörte.

Nachdem die zwei Jahre zuvor neukonstituierte Partei bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1970 im Rahmen eines Wahlbündnisses mit der DFU (Deutsche Friedens-Union) kläglich scheiterte (vgl. Kapitel 2.3), bevorzugte die DKP-Parteispitze zukünftig Eigenständigkeit im politischen Wettbewerb. Dass ein zwölf Jahre währendes Verbot parteikommunistischer Betätigung und ein scheinbar gesamtgesellschaftlich gereifter Antikommunismus auch die einstige Stammwählerschaft zerstreut haben dürfte, mussten die verantwortlichen Parteifunktionär:innen angesichts weiterer Wahlniederlagen in den Jahren 1972 und 1973 zuweilen „schockiert" feststellen.[205] Die wahltak-

203 Straukamp/Gerlach, S. 168–169.

204 Lensing: Deymann, S. 385.

205 Zit. nach Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945–1990. Zwei Kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990, S. 131.

tische Konsequenz, lokale Präsenz aufzubauen und das parteipolitische Profil zu schärfen, veranlasste auch den DKP-Ortsverband Nordhorn zu einer langatmigen Vorbereitung für kommende Kommunalwahlen. Stichprobenartig sollen hier die Epochen, welche Partei und Zeitung verlebten – ihre Etablierung in Nordhorn zu Beginn der 1970er-Jahre, ihr langjähriger Wahlkampf unter Mitwirkung einer politisierten Jugend Mitte der 1970er-Jahre, ihre ersten lokalpolitischen Mandate (1976 und 1977), ihre politische Hochphase in den 1980er-Jahren und ihr bald darauffolgender Niedergang in die politische Bedeutungslosigkeit seit 1989/1990 –, veranschaulicht werden.

Die Lokalgeschichte der Nordhorner Textilindustrie war stets auch geprägt durch den politischen Einfluss der Arbeiter:innen und der KPD, die bereits während der Weimarer Republik durch serielle Druckerzeugnisse, wie etwa *Die Rote Fahne*, publizistisch aktiv war. Die noch junge Nachfolgepartei unternahm seit 1970 den Versuch, an bestehende Traditionslinien anzuknüpfen und diese neu aufzurichten, indem sie nahezu wöchentlich an den Werkstoren der drei großen Textilbetriebe – NINO, Povel, Rawe – eine gewerkschaftspolitisch radikallinks geprägte Betriebszeitung verteilen lässt.[206]

In den ersten Ausgaben der *Roten Spindel* dominierte die inhaltliche Verknüpfung von Arbeitsalltag und Arbeitskampf: So wurde etwa gefordert, die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) „kampfkräftig" auszurichten,[207] um die als skrupellos dargestellte Unternehmenspolitik der Kurzarbeit, Kündigungsdrohungen und Sonderschichten nicht länger tatenlos hinnehmen zu müssen.[208] Die Redaktion bekundete großes Interesse an der subjektiven Erfahrung der Arbeitsbedingungen in der Nordhorner Textilproduktion und versprach, diesbezüglich mehr betriebliche Transparenz zu schaffen. Die Zeitung errichtete kontinuierlich eine gewisse Gegenöffentlichkeit einer partizipierenden Textilarbeiterschaft. Bereitwillig wurden der sich gemeinmachenden Redaktion betriebliche Insider-Informationen zugespielt; unabhängig, ob es sich hierbei um eklatante arbeitsrechtliche Missstände oder um zuweilen recht amüsante Schichtbagatellen handelte. Und wo anfangs lediglich die Unternehmens-Zeitschrift *Werk und Leben* die Aufrufe der *Roten Spindel* zum niedrigschwelligen Whistleblowing kritisierte,[209] musste schon bald die DKP selbst dem eigens herangezüchteten Mitteilungsbedürfnis aufgrund Zusendungsüberflusses wieder die Zügel anlegen.[210] Unbestritten verhalf diese geschickt ausgefüllte Plattformfunktion der *Roten Spindel* in den ersten Monaten zu allgemeiner Popularität.

Ihre Ambition, meinungsbildenden Einfluss auf die Arbeiterschaft auszuüben, zeigte sich folglich in der inhaltlichen Kopplung dieses im Kleinen abgebildeten Arbeitsalltags in der Nordhorner Textilindustrie mit der abstrakten Weltanschauung marxistisch-leninistischer Prägung im Großen: Arbeitsalltag sei immer zugleich Arbeits- ergo Klassenkampf. So fordert die Redaktion etwa die Belegschaften 1971 auf, in organisierten Aktionen zuallererst gegen die Stechuhren vorzugehen,[211] die Profitgier der Fabrikanten zu verurteilen und höhere Löhne sowie Weihnachtsgeld einzufordern.[212] Ferner müsse Gewerkschaftspolitik, der *Roten Spindel* zufolge, die Illusion einer Sozialpartnerschaft aufgeben, sodann im Bewusstsein der divergierenden Interessen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen über die reinen „Lohnkämpfe" hinausgehen und

206 Vgl. Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 41.

207 Zit. aus O. A: Über das Märchen LOHN-PREIS-SPIRALE, in: Die Rote Spindel (Nr. 1), 1971, S. 4 [eingesehen in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Aktenzeichen: VVP 70, Nr. 173].

208 Vgl. O. A: Weihnachtsgeschenk der Konzerne – KURZARBEIT, in: Die Rote Spindel (Nr. 2), 1971, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

209 Vgl. O. A: GETROFFENE HUNDE, in: Die Rote Spindel (Nr. 3), 1971, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

210 Vgl. O. A: In eigener Sache, in: Die Rote Spindel (Nr. 24), 18.08.1975, S.2 [eingesehen in: ebd.].

211 Vgl. O. A: STEMPELN FÄLLT FLACH, in: Die Rote Spindel (Nr. 4), 1971, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

212 Vgl. ebd. Thematisiert wird dies auch in den Ausgaben Nr. 2 und Nr. 5.

schließlich „Wirtschafts- und Staatsmacht" in die Hände der Arbeiterklasse bringen.[213]

Diese wieder aufgelegten Töne von Klassenkampf erzeugten schon bald deutlich sichtbare Resonanz in der politischen Auseinandersetzung: Kritische Reaktionen des textilbetrieblichen Informationsblatts *NINO-Report*, der regionalen Tageszeitung *Grafschafter Nachrichten* (GN) sowie der GTB folgten und wurden sogleich vor dem wöchentlichen *Rote-Spindel*-Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe inhaltlich aufbereitet. So wurde auf einen aufgegriffenen Artikel der *GN*, der ein DKP-Verbot diskutierte, mit einer gesamten DIN-A4-Seite voll empörter Verteidigung repliziert.[214] Dem SPD-Mitglied und GTB-Funktionär Arens, der selbst parteipolitische Einflussnahme bei seinen Tarifverhandlungen ausschloss, wurde vorgehalten, durch die festgelegten Lohnleitlinien der Regierung Brandt-Scheel seine Gewerkschaft negativ beeinflusst zu haben.[215]

Doch nicht nur hinsichtlich Arbeits- und Lohnpolitik übte sich die Redaktion in Berichterstattung und politischer Einflussnahme. Der Nordhorner Truppenübungsplatz, die „Range", gegen den aufgrund seiner fortgesetzten Nutzung nach dem Zweiten Weltkrieg bereits Kritik geäußert und später protestiert wurde, bot der *Roten Spindel* einen zweiten großen inhaltlichen Schwerpunkt, der in seiner Tragweite über die Arbeiterschaft hinaus die Lebensbedingungen der gesamten Nordhorner Stadtbevölkerung adressierte. Analog zur Ideologisierung und Einordnung in weltpolitische Ereignisse des textilindustriellen Arbeitsalltags diente der angesichts Fliegerlärms und vereinzelter Fehlabwürfe allgemein verabscheute Bombenabwurfplatz als Aufhänger für antimilitaristische Vorstellungen. Die Generalkritik an der als imperialistisch erachteten Außenpolitik der Vereinigten Staaten fand damit Einzug in die westniedersächsische Lokalpolitik. Deren damaliger Präsident Richard Nixon wurde als „rücksichtslosester Vertreter des kriegerischen US-Imperialismus"[216] gehandelt und der Vietnamkrieg als „brutalste[r] Ausdruck" in eine von „Völkermord, Rassenunterdrückung [und] Auspoverung [sic!]" geprägte Historie amerikanischer Politik eingereiht.[217] Demgegenüber suggerierten in der Systemauseinandersetzung wohl kuratierte Statistiken in der *Roten Spindel* die ökonomische wie moralische Überlegenheit des Ostblocks.

Nachdem am 7. Juli 1971 im Zuge des Protests erstmalig der Bombenabwurfplatz von der Zivilbevölkerung besetzt wurde, forderte die *Rote Spindel* mehr „Massenproteste aller Art und Form, vom Flugblattverteilen zu Demonstrationen bis zur ständigen Besetzung des Bombenübungsplatzes"[218]. Neben der populären Forderung nach einem von Düsenjägerlärm ungestörten Leben durfte auch hier der Verweis auf die Verträge von Moskau und Warschau 1970, die den Grundstein für eine neue Ostpolitik der Bundesrepublik legten, die sich durch einen „Wandel durch Annäherung" auszeichnete, nicht fehlen – lokalpolitische Probleme wurden einmal mehr in die globale Machtkonstellation, den systemstiftenden Kalten Krieg, eingeflochten. Vor der hintergründig proklamierten Trias aus Protest, Außenpolitik und Abrüstung erbot es sich, den Lesenden unter anderem die Protestbeteiligung des politischen Gegners, der kommunalen CDU, als Heuchelei zu verkaufen.[219] Weit über diese Konstitutionsphase der Partei hinaus blieb Nordhorn-Range ein viel bespieltes Thema und die *Rote Spindel* ein Medium, das die tatkräftige Beteiligung der DKP-Mitglieder am

213 Zit. aus O. A: Es gibt keine Sozialpartnerschaft und es hat sie nie gegeben, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 1971, S. 6 [eingesehen in: ebd.].

214 Vgl. Bachmann, Kurt: Was steckt hinter den Angriffen und Drohungen gegen die DKP?, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 1971, S. 3 [eingesehen in: ebd.].

215 Vgl. O. A: FORDERUNGEN DURCHGESETZT, in: Die Rote Spindel (Nr. 39), 21.05.1973, S. 1 f. [eingesehen: in ebd.].

216 Zit. aus O. A: VIETNAMKRIEG, in: Die Rote Spindel (Nr. 19), 1972, S. 2 [eingesehen in ebd.].

217 Zit. aus O. A: Schluß mit dem Vietnamkrieg !!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 20), 1973, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

218 Zit. nach O. A: Stoppt Bombenabwurf – Bevölkerung besetzte Übungsplatz Nordhorn-Range, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 1971, S. 4. [eingesehen in: ebd.].

219 Vgl. O. A: DAS MASS IST VOLL, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 1971, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

Protest dokumentierte und ihre widerständige Präsenz auch für die Zukunft signalisierte.[220]

Nachdem der erste kommunale DKP-Wahlkampf 1972, für den die *Rote Spindel* ursprünglich konzipiert wurde, ohne Mandatsgewinn verloren ging, schwor man sich auf eine Fortführung der Zeitungsmacherei ein.[221] Einerseits begab man sich so in einen wahlkämpferischen Dauerzustand, sodass plakative Parteiwerbung, Einladungen zu DKP-Landeskonferenzen oder Offene Briefe des Vorsitzenden – zunächst Kurt Bachmann (1969–1973), später Herbert Mies (1973–1990) – regelmäßig die Ausgaben füllten. Auch wurden gelegentlich Beiträge der überregionalen Parteizeitung *Unsere Zeit* (*UZ*) in der *Roten Spindel* dupliziert. Andererseits entfaltete sich in der fortgeführten Publikation das Engagement einer politisierten wie partizipationswilligen Jugend, die nach 1968 über die Großstädte hinaus auch in der „Provinz“[222] politische Auseinandersetzungen suchte.

Die DKP inszenierte sich mit Verweis auf die eigene Tradition als Arbeiterpartei und einzig ernstzunehmende Alternative zur „Unternehmerpartei CDU“, da die verbleibenden Nordhorner Parteien, SPD und FDP, der *Roten Spindel* zufolge in aller Regel zu devotem Kooperationsverhalten neigten.[223] Zumindest unter jungen Erwachsenen dürfte sich diese Ansicht nicht nur auf die dem realsozialistischen Treueschwur unterliegenden DKP-Mitglieder beschränkt haben. Auch die parteinahen Jugendorganisationen Jungsozialisten (SPD) und Jungdemokraten (FDP) standen ab Ende der 1960er-Jahre, geprägt durch SDS und APO, für einen radikaleren Linkskurs.[224] Es verwundert also nicht, dass der Alt-Kommunist Heinz Deymann nicht mehr allein mit Pappschildern umhängt vor den Werkstoren steht, wie einst nach dem Ende des großen Textilarbeiterstreiks von 1953.[225]

So identifizierte der Lokalhistoriker Werner Rohr die Mitte zwanzigjährigen Parteimitglieder Karl-Wilhelm ter Horst und Gert Drendel als „führende Köpfe“ in diesen ersten Jahren.[226] Entsprechend würdigt das *Rote-Spindel*-Parteiprogramm von 1974 die jungen DKP- und SDAJ-Aktivist:innen für ihre führende Rolle in der Jugendinitiative zum Bau und Betrieb des städtischen Jugendzentrums (ausführlicher dazu: Kapitel 3).[227] Tatsächlich mehren sich im Verlauf der 1970er-Jahre neben finanziellen wie partizipatorischen Forderungen die jugendpolitischen Themen in der *Roten Spindel*, woraus sich ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt abzeichnet. Beispielsweise wird die Auseinandersetzung um den oder die geeignete Sozialpädagog:in des Jugendzentrums aufgegriffen (Kapitel 3). Laut der *Roten Spindel* herrschte Einstimmigkeit unter den Jugendlichen, dass das junge Parteimitglied Karl-Wilhelm ter Horst als Sozialpädagoge für das Jugendzentrum Nordhorn zuständig werden sollte. Nachdem „600 Unterschriften“ gesammelt wurden, dürfe der Kandidat nicht länger aufgrund seiner DKP-Mitgliedschaft durch die Fraktionen von CDU und SPD verhindert werden – ein Verweis auf den 1972 ratifizierten Radikalenerlass, der für tausende Personen aufgrund linksradikaler Gesinnung praktisch ein „Berufsverbot“ bedeutete.[228] Ter Horst

220 Vgl. O. A: ERKLÄRUNG DER DKP NORDHORN, in: Die Rote Spindel (Nr. 43), 25.06.1973, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

221 Vgl. O. A: In eigener Sache, in: Die Rote Spindel (Nr. 19), 1972, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

222 Zit. nach Templin, David: Kulturelle Aufbrüche, politische Konflikte, alternative Räume. Die Jugendzentrumsbewegung und der Wandel der westdeutschen „Provinz“ nach ‚1968‘, in: Seegers, Lu (Hrsg.): 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande (Kulturlandschaft Schaumburg, Band 24), Göttingen 2020, S. 225–243.

223 Zit. nach O. A: KOMMUNISTEN INS RATHAUS, in: Die Rote Spindel (Extraausgabe Nr. 7), 1972, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

224 Vgl. Walter, Franz: Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017, S. 130.

225 Vgl. O. A: DER GROSSE STREIK, in: Die Rote Spindel (Wahlkampfprogramm ’74 der DKP), 1974, S.8. [eingesehen in: ebd.].

226 Zit. nach Rohr; Die DKP in Nordhorn, S. 35.

227 Vgl. O. A: FÜR EIN FREIES JZ!, in: Die Rote Spindel (Wahlkampfprogramm ’74 der DKP), 1974, S. 18. [eingesehen in: ebd.].

228 Zit. nach O. A: Berufsverbot nun auch in Nordhorn?, in: Die Rote Spindel (Nr. 22), 1973, S. 1 [eingesehen

jedenfalls bekam die Stelle nicht. Auch in den folgenden Jahren blieben das Jugendzentrum sowie die Personalie ter Horst Thema in der *Roten Spindel*.[229]

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die *Rote Spindel* auch für die Jugendlichen regionalen linken Lagers eine gewisse Plattform darstellte, auf der Erfahrungen mit der als reaktionär verstandenen Gesellschaft auf lokaler Ebene kollektiviert wurden. Dabei bildeten nicht nur jugendkulturelle Themen eine Basis der DKP-Zuwendung, auch die klassische Betriebsarbeit bildete einen Schwerpunkt, der für Jugendliche attraktiv war. Die Aufklärung etwa der Auszubildenden über ihre Rechte und die wiederholte Kritik an auch in Nordhorn dokumentierten „spätfeudalen Umgangsformen" in den Betrieben lässt sich der „Lehrlingsbewegung" zuordnen.[230] Vielmehr aber noch waren DKP und SDAJ durch Organisation und Ankündigung von Musikveranstaltungen, seien es Auftritte von Franz Josef Degenhardt oder regelmäßige Konzerte der Politband „Floh de Cologne", an der Herausbildung eines jugendlichen Gegenmilieus beteiligt. Vergleichbar zur Landeshauptstadt Hannover waren es so vor allem Freizeitangebote, die eine gewisse „Magnetfunktion"[231] erfüllten und in Nordhorn – wohlgemerkt nach Angaben der *Roten Spindel* – bis zu „3000 junge Menschen" zu entsprechenden DKP-Veranstaltungen lockten.[232] Ihr lokales Engagement ist folglich auch in die Jugendzentrumsbewegung einzureihen.

In den Jahren 1976 und 1977 zahlte sich das jahrelange Engagement tatsächlich mit den ersten parlamentarischen Erfolgen aus: DKP-Ortsvorsitzender Heinz Deymann zog zunächst in den Stadtrat ein und erhielt dann sogar ein Mandat im Kreistag. Im Bewusstsein, dass bei der letzten Kommunalwahl nur wenige Stimmen fehlten, bündelte die Partei zuvor weitere Ressourcen und installierte etwa einen kostenlosen Nachhilfeunterricht für „Arbeiterkinder". Entsprechend marxistisch begründete die *Rote Spindel* ihr Angebot: „Entscheidend ist nicht, was ‚angeboren' ist, entscheidend sind die sozialen Verhältnisse, in die man hineingeboren wird."[233]

Auch in Bezug auf die Verhältnisse in den Betrieben selbst versuchte die DKP in nahezu jeder Ausgabe Glaubwürdigkeit bei den Stimmberechtigten zu gewinnen. Neben allgemeiner Kritik an Kündigungswellen und Drohungen gegen die Arbeiter:innen beim Textilbetrieb NINO erfolgten Aufrufe zu mehr gewerkschaftlichem Zusammenhalt. In dieser Zeit schien kein Vorfall zu klein, sofern seine Abhandlung in der *Roten Spindel* den proletarischen Klassenstandpunkt der DKP unterstrich. Skandalös und empörend sei etwa, dass einem krankgemeldeten Arbeiter gekündigt wurde, nachdem sein Meister ihn am Steuer eines Autos erwischte,[234] dass der Textilbetrieb Povel seinen Arbeiter:innen das Kaffeekochen aus Brandschutzgründen verbot oder dass die *Grafschafter Nachrichten* das Passieren eines Zebrastreifens durch Arbeiter:innen zum Feierabend als „Gänsemarsch" verunglimpften.[235] In der Summe bündelten ihre Positionen zu Arbeit, Jugend und Nordhorn-Range eine gewisse Anhängerschaft, aus der heraus die DKP an den Wahlurnen 1976 erstmalig reüssierte.

Nachdem die *Rote Spindel* bereits mit exklusiven Informationen aus den Textilbetrieben und über den Truppenübungsplatz auf-

in: ebd.].

229 Vgl. Horst, Karl W. ter: Erklärung von Karl W. ter Horst zu den Vorgängen im Jugendzentrum Nordhorn, in: Die Rote Spindel (Nr. 40), 18.11.1974, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

230 Zit. nach Herrenknecht, Albert: „Kleinstadt 1968". Die politischen Jugendbewegungen in der Provinz von den 1950er bis 1970er Jahren, in: PRO-REGIO-ONLINE – Zeitschrift für den Ländlichen Raum, H.5/2008, S. 128 ff.

231 Scharf/Schenke/Tappé: Konstitutionsfaktoren, S. 59.

232 Zit. nach O. A: 3000 kamen zur DKP, in: Die Rote Spindel (Nr. 17), 1972, S. 3 [eingesehen in: ebd.].

233 Zit. nach O. A: DER AMTLICHE BLÖDSINN DES HERRN BUJ, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 16.02.1976, S. 2. [eingesehen in: ebd.].

234 Siehe O. A: DIE BEKANNTE MORAL DES HERRN J., in: Die Rote Spindel (Nr. 5), 02.02.1976, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

235 Siehe O. A: KALTER KAFFEE VON HERRN BUBBEL sowie DIE NORDTANGENTE – ODER DAS KOMMENDE CHAOS, in: Die Rote Spindel (Nr. 11), 15.03.1976, S. 1 f. [eingesehen in: ebd.].

warten konnte, gab es auch Erzählungen aus vertrauter Hand über die mauschelnden „Machenschaften" der etablierten Stadtratsparteien. Im Mai 1977, als der gewählte Heinz Deymann seinen ersten Antrag zur Lage der heimischen Textilindustrie in den Stadtrat einzubringen versuchte, sei dieser „ohne Nennung von Gründen [...] einfach abgeschmettert" worden.[236] Nach einem Jahr Mandatsträgerschaft bilanzierte die *Rote Spindel*, dass Deymann schon viele positive Impulse habe setzen können und ihm die „breite [...] Information der Nordhorner" gelungen sei.[237]

Unmittelbar bevor sich die DKP-Nordhorn mit dem Einzug in den Kreistag der Grafschaft Bentheim 1977 ihres zweiten politischen Mandats erfreuen durfte, geriet sie im sogenannten „Deutschen Herbst" als vermeintlich linksextremistisches und verfassungsfeindliches Beobachtungsobjekt, unter welchem sie schon seit ihrer Gründung 1968 beim Verfassungsschutz firmierte, in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Im zeitlichen Kontext der Verfolgung der Roten Armee Fraktion (RAF) und Schleyer-Entführung verurteilte die *Rote Spindel* zunächst eine polizeiliche Hausdurchsuchung, bei welcher DKP-Mitglied Hartmut Sychla „mit vorgehaltener Maschinenpistole aus dem Schlaf geholt" worden sei.[238] Zudem äußerte sie ihre strikte Ablehnung der RAF, da, ihren Vorsitzenden Herbert Mies zitierend, „anarchistische Terroraktionen [nichts] mit der revolutionären Arbeiterbewegung" gemein hätten und derlei verwerfliche Einzelaktionen nur zu gern durch die herrschende Klasse für einen „Kreuzzug gegen links" instrumentalisiert würden.[239] Gemäß Parteistatut dürfte diese Verurteilung der RAF durch die DKP nicht bloß ein der Ausnahmesituation geschuldetes Distanzierungserfordernis darstellen, sondern durchaus ideologische Differenzen innerhalb des linksradikalen Spektrums markieren. Ähnlich verhielten sich die Grafschafter Kommunist:innen als vermeintlich zugereiste Personen im Zuge der Proteste um Nordhorn-Range die Konfrontation mit der Polizei suchten, der SDAJ-Vorsitzende Drendel stellt klar:

„Dann reisten linksopportunistische und anarchistische Grüppchen aus Bochum, Dortmund, Münster, Frankfurt und Westberlin an. Ihr blinder Aktionismus stand in krassem Gegensatz zu den einheitlichen Aktionen der Bevölkerung [...]."[240]

Einige Jahre später schien jedoch auch der Ortsverband Nordhorn selbst seine Erfahrungen mit der leninschen „Kinderkrankheit im Kommunismus" zu machen, als sich einige der jungen Mitglieder über die Parteidisziplin hinwegsetzten und öffentlich die Ausbürgerung Wolf Biermanns und folglich das DDR-Regime kritisierten. Obwohl gerade die namentlich Bekannten jahrelang den politischen Erfolg der DKP miterarbeitet und den Vorsitzenden Heinz Deymann auch „intellektuell" unterstützt hatten,[241] schalt die *Rote Spindel* sie nun als die „Labilsten und charakterlich Schwächsten"[242] und bezichtigte sie der gemeinsamen Sache mit reaktionären Kräften. Unmittelbar nach diesem Vorfall übernahm der zugezogene DKP-Funktionär Friedhelm Farin die Redaktionsleitung der *Roten Spindel*.[243]

Wie zuvor gerierte sich die *Rote Spindel* in den Jahren nach dem „heißen Herbst" 1977 als

236 Zit. nach O. A: 300 UNTERZEICHNER FORDERN: Probleme der Bürger Nordhorns gehören in den Stadtrat!, in: Die Rote Spindel (Nr. 3), Mai 1977, S. 1 [eingesehen in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Aktenzeichen: VVP 70, Nr. 174].

237 Zit. nach O. A: Im Kreistag fehlt was: Kommunisten, in: Die Rote Spindel, September 1977, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

238 Zit. nach O. A: Wahlbehinderung = Zweck des Polizeiüberfalls – Scharfer Protest der DKP Niedersachsen, in: Die Rote Spindel, Oktober 1977, S. 3 [eingesehen in: ebd.].

239 Zit. nach Mies, Herbert: ZUM KÖLNER ÜBERFALL, in: Die Rote Spindel, Oktober 1977 [eingesehen in: ebd.].

240 Zit. nach Drendel, Gert: Anarchisten sind in Nordhorn abgeblitzt, in: Die Rote Spindel (Nr. 44), 02.07.1973, S. 2 [eingesehen in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Aktenzeichen: VVP 70, Nr. 173].

241 Zit. nach ebd., S. 38.

242 Zit. nach O. A: In eigener Sache, 1977.

243 Vgl. Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 38.

leidenschaftliche Anklägerin der erodierenden Textilindustrie. Hinzu kommt, dass sie nun vermehrt als Fürsprecherin des von „bürgerlichen" Kräften getragenen Umweltprotests auftrat und auch die DKP selbst mit humorigen Aktionen zivilen Ungehorsam leistete. Vielerorts stellten sich Parteimitglieder Anfang der 1980er-Jahre durch „aktive Mitarbeit" in den Dienst der Umwelt- und Friedensbewegung.[244] In Nordhorn warb sie nun für Fahrraddemos,[245] plante Aktionstage gegen „Nordhorn-Range und ein atomares Emsland",[246] veranstaltete kurzerhand ein Kinderfest auf der brachliegenden Fläche einer geplanten Stichstraße und installierte eigens kreierte Spielstraßenschilder.[247] DKP-Funktionär Farin räumte nun selbst mit jugendlichen Aktivist:innen die Straßensperre der Brücke zum Truppenübungsplatz.[248] Später versah man noch den Asphalt in der Blumenstraße mit einem selbstaufgemalten Zebrastreifen.[249]

Angesichts der sich immer mehr abzeichnenden Pleite der Textilfabrik Povel und der allgemein desaströsen Situation in der Industrie gab sich Deymann im Stadtrat als letzter Kämpfer für die Erhaltung der Arbeitsplätze. Tausende seien ohne Regung des Stadtrates schon verloren gegangen und durch den endgültigen Bankrott von Povel nun weitere 1.500.[250] Empört konstatierte die *Rote Spindel* Anfang 1982 eine gescheiterte Wirtschaftspolitik der Ratsfraktionen und monierte angesichts ihrer ungehört gebliebenen Vorschläge:

> „12,7 Prozent Arbeitslose in der Grafschaft, ganze 275 offene Stellen für über 10.000 Arbeitslose im Arbeitsamtsbezirk, also ein Stellenangebot für 39 Arbeitssuchende, das alles beeindruckt CDU, FDP und SPD im Rat der Stadt Nordhorn scheinbar wenig. Vier Anträge der DKP-Fraktion für Sofortmaßnahmen der Stadt zur Solidarität mit den in Not geratenen Arbeitslosen setzte der CDU-Bürgermeister gar nicht erst auf die Tagesordnung […]."[251]

Auch ein zwischen Solidarität und Sarkasmus schwankender Brandbrief an den Textilindustriellen van Delden kann nicht mehr viel für die entlassenen Textilarbeiter:innen ausrichten.[252] Bei den verbleibenden großen Textilbetrieben Rawe und NINO wurden ebenso „Rationalisierungskonzepte" beklagt, die abermals ohne Gegenlenken der Stadt zu mehr Arbeitsplatzabbau führten.[253] Darüber hinaus verzeichnete die *Rote Spindel*, dass Auszubildende von den Textilbetrieben nicht länger übernommen würden und über 700 Grafschafter Jugendliche keinen Ausbildungsplatz fänden.[254] Angesichts steigender Arbeits- und Perspektivlosigkeit dürfte die DKP-Nordhorn in dieser Zeit mit ihren Sofortprogrammen und ihrer kompromisslosen Kritik an Attraktivität gewonnen haben. Ihr höchstes Wahlergebnis von 12,2 Prozent im Jahr 1986, entspricht knapp der regionalen Arbeitslosenquote jener Jahre.

244 Vgl. Fülberth, S.160 f.

245 Vgl. O. A: Weg mit Nordhorn Range, in: Die Rote Spindel (Nr. 36), 13.10.1980, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

246 Zit. nach O. A: MIT DER FIETZE ZUR RANGE, in: Die Rote Spindel (Nr. 37), 20.10.1980, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

247 Vgl. O. A: STRENG: KINDERFEST BESSER ALS STICHSTRASSE, in: Die Rote Spindel (Nr. 25), 15.06.1981, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

248 Vgl.: O. A: Friedensaktion zu Ostern: BRÜCKE ZUR RANGE WIEDER FREI!, in: Die Rote Spindel (Nr. 17), 21.04.1981, S. 1. [eingesehen in: ebd.].

249 Zit. nach O. A: DKP-Aktion: Zebrastreifen in der Blumenstraße, in: Die Rote Spindel (Nr. 33), 23.10.1989, S. 2 [eingesehen in: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim]. Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung.

250 Vgl. O. A: ABMAGERUNGSKUR, in: Die Rote Spindel (Nr. 36), 13.10.1980, S. 1 [eingesehen in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Aktenzeichen: VVP 70, Nr. 174].

251 Zit. nach O. A: HILFE FÜR ARBEITSLOSE, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 05.02.1982, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

252 Vgl. Sychla, Hartmut: Die Frechheit des Delden-Clans kennt keine Grenzen, in: Die Rote Spindel (Nr. 32), 05.09.1982, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

253 Zit. nach O. A: RAWE: AUSRÜSTUNG SOLL PERSONELL ABGERÜSTET WERDEN, in: Die Rote Spindel (Nr. 5), 30.01.1983, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

254 Vgl. O. A: ÜBER 700 JUGENDLICHE NOCH OHNE LEHRSTELLE, in: Die Rote Spindel (Nr. 21), 30.05.1983, S. [eingesehen in: ebd.].

Auch wenn zu diesem Kulminationspunkt nahezu jede achte Nordhorner Wahlstimme auf die DKP fiel, was bundesweit als Sensation aufgefasst wurde,[255] sollte sie kein halbes Jahrzehnt später durch den unaufhaltsamen Niedergang von Sowjetunion und DDR-Regime einerseits sowie den Untergang der ortsansässigen Textilindustrie andererseits mit ihrer Programmatik praktisch bedeutungslos werden. Nachdem man sich ziemlich genau 30 Jahre in der *Roten Spindel*, bis auf die erwähnte Ausnahme, jeglicher DDR-Kritik verwehrt hatte, wurde Ende 1989 zwar der Ausschluss „hochrangige[r] Parteifunktionäre bis hin zu Erich Honecker" quittiert, jedoch nun „der mündige Bürger im Sozialismus" gelobt, den dieses System hervorgebracht hätte.[256] Folgende Sentenzen erscheinen rückblickend nahezu selbstkarikierend:

> „Was jetzt zum Vorschein kommt, ist für einen Kommunisten wahrlich nicht begeisternd. Wichtiger aber ist, daß mit Schönfärberei in der DDR jetzt endgültig Schluß gemacht wurde. [...] Der frische Wind, der heute in der DDR geblasen wird, wäre auch in unserer nicht gerade korruptionsfreien Republik genau das Nötige."[257]

Doch diese Positionierung folgte alles andere als einem Einstimmigkeitsbeschluss, da drei der fünf Ratsmitglieder der DKP bereits aus der Partei ausgetreten waren. Zwar versicherte die *Rote Spindel*, dass man hinsichtlich lokalpolitischer Anliegen mit den Ausgetretenen weiterhin an einem Strang ziehe, da die Austritte auf Meinungsunterschiede zur generellen Ausrichtung der Partei zurückzuführen seien. Jedoch wirkte es nicht bloß konfus, sondern schlichtweg unglaubwürdig, dass man plötzlich von einem „Meinungspluralismus, der seit geraumer Zeit in der DKP und auch in anderen kommunistischen Parteien als nützlich bei der Entscheidungsfindung betrachtet wird"[258], sprach, wo man doch jahrelang die von der Parteidoktrin Abweichenden persönlich gescholten hatte. Folglich traten viele Jungmitglieder und Intellektuelle aus der DKP aus und es kam zum „faktischen Zusammenbruch"[259].

Je mehr sich die *Rote Spindel* über die Ausschlachtung der volkseigenen Betriebe und die Übernahme luxuriöser Immobilien durch „die neuen Bonzen" empörte,[260] desto häufiger wurden auch die verbalen Attacken gegen die DKP-Nordhorn aus der Stadtgesellschaft.[261] In den *GN* wurden nun auch „Stasi- und Terrorismusvorwürfe"[262] an die DKP laut. Ihrerseits echauffierte sich die Spindel-Redaktion über die Inbrunst, mit welcher nun ehemaligen SED-Funktionär:innen Stasi-Verbindungen angelastet wurden und verwies auf die erschreckende Gleichgültigkeit, mit der ehemalige Nationalsozialist:innen bis heute gedeckt würden.[263] Eine Aufarbeitung der Verbrechen des DDR-Regimes war in keiner der uns vorliegenden Ausgaben zu finden.

Der erodierenden Textilindustrie konnte die DKP mit ihrer *Roten Spindel* auch nur noch als Zeitzeugin beiwohnen: „Die Entlassungswelle rollt und rollt und rollt"[264], heißt es in einem

255 Vgl. Rohr: Die DKP in Nordhorn, S. 40.

256 Zit. nach O. A: Im Osten viel Neues und im Westen?, in: Die Rote Spindel (Nr. 39), 04.12.1989, S. 1 [eingesehen in: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim].

257 Zit. nach ebd.

258 Zit. nach ebd., S. 2.

259 Zit. nach Fülberth, S. 164.

260 Zit. nach O. A: Deutsch-Deutsches. Die alten und die neuen Bonzen, in: Die Rote Spindel (Nr. 36), 05.11.1990, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

261 Vgl. O. A: SPINDEL-KRITIK. In eigener Sache: Pressefreiheit wird großgeschrieben!, in: Die Rote Spindel (Nr. 14), 13.05.1991, S. 2 [eingesehen in: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim, „Rote Spindel 1991"].

262 Zit. nach O. A: GN. GEDRUCKT WIRD, WAS (DER REDAKTION) GEFÄLLT, in: Die Rote Spindel (Nr. 38), 16.12.1991, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

263 Vgl. O. V.: Vergangenheitsbewältigung. De Maizière und Langemarck, in: Die Rote Spindel (Nr. 42), 17.12.1990, S. 2 [eingesehen in: ebd.].

264 Zit. nach O. A: NINO. DIE ENTLASSUNGSWELLE ROLLT UND ROLLT UND ROLLT, in: Die Rote Spindel (Nr. 30), 14.09.1992, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

Bericht über den Textilbetrieb NINO. Und auch bei Rawe beobachtete man „kreisende Abrissbirnen" über den noch verbliebenen Arbeitsplätzen.[265] Wo einst noch die Genoss:innen auf den Klassenkampf eingeschworen wurden, überwog nun die Resignation angesichts umfassender Kapitalexporte.[266] Im September 1994 wurde schließlich die Insolvenz des Textilbetriebs NINO bekannt und in der *Roten Spindel* endgültig mit dem GTB-Funktionär Willi Arens abgerechnet.[267] Einige Jahre später scheint auch der Textilbetrieb Rawe kurz vor dem Aus und es wird erinnert, dass die Warnungen der *Roten Spindel* jahrelang als „kommunistische Panikmache" abgetan wurden.[268] Nichtsdestotrotz galt der Untergang der Textilindustrie als besiegelt, sodass das zentrale Narrativ der *Roten Spindel*, die ortsansässige Textilindustrie mit einer starken DKP im Stadtrat retten zu können, ebenso aufgegeben werden musste.

Im Jahr 1991 beschloss der Bund: „Der Schieß- und Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range bleibt"[269]. Dies dürfte für die Notgemeinschaft, die seit Jahrzehnten für eine Beseitigung des Truppenübungsplatzes gekämpft hatte, eine kaum verdauliche Nachricht gewesen sein und die Motivation für weiteres Engagement erstickt haben. Die *Rote Spindel* ließ ihren Unmut an der noch immer als Klassenfeind stilisierten CDU aus:

> „Mit Krokodilstränen in den Augen jammerten die beiden Schwarzen unisono von den Fluglärm-Belastungen für die Grafschafter Bevölkerung und von möglichen Änderungen bezüglich der Range. Kethorn [CDU-Landtagsabgeordneter] trat auf, als sei er die Friedensbewegung persönlich: dabei ist er [...] nur mit Mühe in der Lage auf schon längst angefahrene Züge im letzten Moment aufzuspringen. [...] Herausgekommen ist dabei eine bodenlose Wählertäuschung, die brutaler nicht hätte veranstaltet werden können. [...] Er selbst war bei Demonstrationen der aufgebrachten Bürger gegen den Schießplatz immer erst dann zu sehen, wenn die Kameras klickten und die Pressebleistifte über den Notizblock huschten."[270]

Neben der engagierten Jugend und der umkämpften Textilindustrie war somit auch die Hoffnung auf eine baldige Beseitigung der Nordhorn-Range passé. Deymann, dessen Führungsfunktion im Kreisverband längst durch Herbert Ranter und Lübbertus Rehwinkel übernommen worden war, meldete sich auch im neuen Jahrtausend gelegentlich als das mandatslose moralische Gewissen Nordhorns zu Wort: Mittlerweile vierundachtzigjährig kritisierte er die Agenda2010 der rot-grünen Koalition und zeigte sich schockiert über eine allgemeine Untätigkeit der Gewerkschaft wie Bevölkerung.[271] Im Februar 2003 vermeldete die *Rote Spindel* den Tod des langjährigen Lokalmatadoren und würdigte dessen politische Biographie: „EIN KÄMPFERHERZ HAT AUFGEHÖRT ZU SCHLAGEN!"[272] Die Spindel erschien zu diesem Zeitpunkt nur noch sporadisch und war bereits ein Schatten ihrer selbst.

Die hier vollzogene Tiefenbohrung ermöglichte eine Präzisierung der Politikinhalte, für

265 Zit. nach O. A: NINO/RAWE. KREISENDE ABRISSBIRNEN: WEBEREIEN IN GEFAHR!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 25), 10.08.1992, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

266 Zit. nach O. A: Nordhorner Textilindustrie. MACHT EUCH BLOSS NICHTS VOR!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 19), 25.05.1992, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

267 Vgl. O. A: NINO. MIT LAUTEM KNALL ZERPLATZT, in: Die Rote Spindel (Nr. 31), 26.09.1994, S. 1 [eingesehen in ebd., „Rote Spindel 1994"].

268 Vgl. O. A: Rawe. (FAST) KOMPLETTE BETRIEBSSCHLIESSUNG UND JETZT NOCH ERPRESSUNG!, in: Die Rote Spindel (Nr. 20), 30.09.2000, S. 1 [eingesehen in: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim].

269 Zit. nach O. A: Nordhorn-Range. Jetzt erst recht: Bürgerprotest gegen schwarzen Zauber!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 12), 22.04.1991, S. 1 f. [eingesehen in: ebd.].

270 Zit. nach ebd.

271 Vgl. O. A: Heinz Deymann. 70 JAHRE AKTIV UND KEIN BISSCHEN LEISE, in: Die Rote Spindel (Nr. 18), 02.09.2000, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

272 Vgl. O. A: Heinz Deymann ist tot. EIN KÄMPFERHERZ HAT AUFGEHÖRT ZU SCHLAGEN, in: Die Rote Spindel (Nr. 4), 15.02.2003, S. 1 [eingesehen in: ebd.].

die die DKP eintrat. Grundsätzlich war die Zeitung insbesondere durch einen agitatorischen Dauerwahlkampf geprägt, in dem die fabrikbezogenen Themen großen Raum einnahmen. Hier konnte früh der eigene Standpunkt gefestigt werden; der Fokus auf Fragen der Arbeitsumstände – und stets mitgedacht auch: der Klassenfrage – stellte somit gewissermaßen das politische Standbein der Partei dar. Auf der Grundlage dieser festen ideologischen Verwurzelung konnten nun weniger identitär aufgeladene Themen, wie etwa der Range-Protest, andere Umweltproteste oder jugendpolitische Themen adressiert werden. Damit griff die Partei strategisch über die eigenen Milieugrenzen hinaus und schaffte die gesellschaftliche Vernetzung. Dass in einem polemisierenden Tonfall oftmals die akzeptierten politischen Umgangsformen verletzt wurden, wurde den kommunistischen Zeitungsmacher:innen in ihrer Außenseiterrolle offenbar verziehen. Im Gegenteil: Die Skandalisierung war Teil der gewählten Strategie. Das Parteiorgan changierte während ihres gesamten Bestehens zwischen Eigenwerbung und Skandalisierung, zwischen Selbstinszenierung und Moralisierung. Um eingespielte politische Gewissheiten und routinierte Erzählungen aufzubrechen, schien dies ein angemessenes Werkzeug.

3 Die antiautoritäre Volte?

Gleich ob das Jahr 1968, das sich in das bundesdeutsche Protestgedächtnis eingegraben hat, als „Mythos, Chiffre“ oder „Zäsur“[273] gedeutet wird, bezieht sich diese Interpretation doch zumeist auf die Zentren des studentischen Protests: Die „Aktionshauptstadt an der Spree“ oder den „Theorietank am Main“[274]. Doch auch in der westniedersächsischen Provinz finden die globalen Protestereignisse und die sich wandelnden Mentalitätsströme – zumeist getragen durch jugendliches gegenkulturelles Engagement – einen ersten „Widerhall“[275]. Das sich verändernde politische Klima, das auch neue Vorstellungen zur politischen Repräsentation und Teilhabe inkludiert, beschreibt der Aufsatz des späteren Bürgermeisters Meinhard Hüsemann. Dieser schrieb unter der Überschrift „Unruhe ist die erste Bürgerpflicht“[276] ein leidenschaftliches Plädoyer für eine konfliktorientierte Politikvorstellung, in der insbesondere junge Menschen zum politisch-moralischen Korrektiv werden sollten und ihre Anliegen und Bedenken lautstark durch Proteste artikulieren sollten. Obwohl die demographische Struktur Nordhorns ein starkes Übergewicht junger Menschen anzeigt – fünfzig Prozent der Einwohner:innen Nordhorns sind 1968 unter 30 Jahre alt[277] –, finden Jugendliche und junge Erwachsene im städtischen Umfeld „selten Gehör“[278].

Die späten 1960er- und 1970er-Jahre stellten damit auch in Nordhorn eine gewisse Sattelzeit dar, die den – mindestens kurzzeitigen – Übergang zu einer antiautoritär orientierten Phase der Bundesrepublik, dem was der Historiker Gerd Koenen einst als das „rote Jahrzehnt“[279] bezeichnete, markierte. Doch spätestens mit der Aufspaltung der 68er-Bewegung in verschiedene „Entmischungsprodukte“[280], kam es in Gestalt verschiedener K-Gruppen und kommunistischer Klein- bis Kleinstparteien zugleich zu einer Renaissance des parteiorthodoxen Marxismus. Diese Auffächerung führte zu einer immensen Erweiterung der politischen Angebotsseite innerhalb des linken bis linksradikalen Spektrums, die nicht immer konsensual verlief. Auch in Nordhorn vollzog sich diese Transitionsphase zumeist konflikthaft; Ziel dieses Kapitels ist es, die grundierenden Mechanismen dieser Prozesse zu rekonstruieren.

273 Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.

274 Jeweils: Leggewie, Claus: 50 Jahre ’68. Köln und seine Protestgeschichte, Köln 2018, S. 13.

275 Straukamp, Werner: Eine Jugend im Aufbruch? GN-Serie „Nordhorn 1968“/Folge 2: Die Protestbewegung besteht aus mehreren Gruppen, in: Grafschafter Nachrichten, 19.11.2018, S. 20. Aus: Privatarchiv Straukamp.

276 Zit. nach Straukamp: Nordhorn 1968.

277 Vgl. ebd.

278 Straukamp: Jugend im Aufbruch?

279 Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

280 Kraushaar: 1968, S. 144.

Hierfür müssen wir zunächst auf die Ausgangsbedingungen des politischen Engagements eingehen. Eingangs wurde bereits erwähnt, dass das kleinstädtische Umfeld das politische Denken und Handeln prägt, hierauf soll nun konkreter Bezug genommen werden. Zunächst spielt das individuelle Erleben eine entscheidende Rolle für die Art und Weise, in der sich Menschen politisch engagieren. Dabei scheint es ein wiederkehrendes Muster zu sein, dass Jugendliche ländliche Regionen als „‚provinziell', als eng und fern jeglicher Modernität"[281] erleben und folglich in ihrem persönlichen Nahumfeld versuchen, eskapistische Strukturen und Strategien zu implementieren. Zugleich sollte über die alltagsnahen Kämpfe der Anschluss an die globalen Befreiungsbewegungen hergestellt werden: „Auch im Hinterland sollte der frische Wind der neuen Zeit spürbar sein, war die Durchlüftung der abgestandenen Provinz angesagt […]."[282] Eine Oberschülerin aus der Region Lippe, die im Rahmen eines anderen Forschungsprojektes befragt wurde, beschreibt dies so: „Das war eine enge Welt. Immer die gleichen Handelnden, die gleichen Sicheinmischenden und Bestimmenden. Blöd, daß man als Vierzehnjährige nirgendwo hinkam."[283]

Mittlerweile hat sich die Sichtweise durchgesetzt, dass einzelne Daten, an denen sich verschiedene Entwicklungen idealtypisch verdichten, wie etwa „68", in einen größeren Interaktionszusammenhang eingeordnet werden müssen. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum, da hier die „kritische Masse" für viele politische Aktionsformen fehlte, wohingegen „diverse Formen des kulturellen Andersseins"[284] niedrigschwellig praktiziert werden könnten, so der Zeithistoriker Detlef Siegfried. So setzt erst mit dem Jahr 1978 ein Abebben der Jugendbewegungen auf dem Lande ein und der Zwang sich „in den nächsten Jahren politisch in und auf die Provinz einzurichten und biographisch einzulassen wurde immer deutlicher."[285] Am Ende dieser Transformationsphase sollte schließlich die „Entprovinzialisierung der Provinz"[286] stehen.

3.1 Jugendliche Provokation oder gegenkulturelle Wandlung?

Der sozialliberale Stimmungswandel, der sich auf bundesrepublikanischer Ebene durch die Bildung der Koalition aus SPD und FDP 1969 manifestierte, vollzieht sich auch in Nordhorn:

> „Sie ging einher mit Forderungen nach einer tiefgreifenden ‚progressiven' Umgestaltung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, die von vielen als muffig, erstarrt, hinterwäldlerisch oder ganz einfach langweilig empfunden wurde. Dass sich die Rufer nach radikalen Veränderungen die verschiedensten ideologischen Mäntelchen dafür umhingen, gehörte zu den Eigenheiten jener Jahre."[287]

Auf lokaler Ebene schlägt sich dieser Wertewandel in Forderungen nach mehr Mitbestimmung und Autonomie in Schule und Betrieb nieder; insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wurden zu Träger:innen des Protestpotenzials.[288] Dabei richtete sich der jugendliche Einspruch in typisch zeitgemäßer Manier „gegen die Autorität der Gesellschaft", so Karl-Wilhelm ter Horst. Ter Horst war somit ein wichtiges Bindeglied zwischen (antiautoritärer) Jugendbewegung und ortho-

281 Schmidt, S. 71.

282 Herrenknecht/Wohlfahrt, S. 22.

283 Zit. nach Schmidt, S. 71.

284 Siegfried, Detlef: „1968" in der ländlichen Gesellschaft. Revolte, Flucht und skeptische Neuaneignung, in: Seegers, Lu (Hrsg.): 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande, Göttingen 2020, S. 59–74, jeweils S. 59.

285 Herrenknecht/Wohlfahrt, S. 26.

286 Schmidt, S. 72.

287 Straukamp/Gerlach, S. 161.

288 Vgl. Schönroch, Jonas: Sehnsucht nach neuem Protest. GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 7: Was wir aus jenem Jahr lernen können/Protagonisten von damals im Gespräch, in: Grafschafter Nachrichten, 24.12.2018, S. 24. Aus: Privatarchiv Straukamp.

dox-marxistischem Parteikommunismus; er träumte von einer „roten Stadt"[289] und verschob die politische Tektonik der Kleinstadt. Ausdruck des sich abzeichnenden Generationenkonfliktes ist eine in der Lokalzeitung *GN* abgedruckte Diskussion zwischen jeweils zwei Schülern und Lehrern des örtlichen Gymnasiums, bei dem ter Horst tiefe Einblicke in seine politische Sozialisation gewährt. Schüler und Lehrer kritisieren unisono den aus ihrer Perspektive degenerierten Zustand der „Bequemlichkeitsdemokratie".[290] Auf Rudi Dutschke Bezug nehmend führt ter Horst aus, dass das bestehende System sich repressiv gegen die Individualität der Menschen wende und somit schließlich ihre „Verdinglichung" [291] vorantreibe. Das kapitalistische System produziere keine Citoyens, sondern bloße Konsumenten: „D.h. also, um es ganz kraß auszudrücken: eine dumme Masse hilft dem kapitalistischen System ja eigentlich." Weiterhin habe sich die Marxsche Prophezeiung über die revolutionäre Bewusstseinswerdung der Arbeiterklasse nicht bewahrheitet, weswegen die primäre politische Aufgabe darin liege, dass „im Rahmen eines tiefgreifenden Prozesses der Bewußtseinswerdung jeder seine Situation erkennt und die Konsequenzen zieht." Zwar glaube er selbst kaum an die Möglichkeit einer radikalen Systemveränderung, fragt jedoch abschließend rhetorisch: „Aber dennoch – ist das ein Grund, daß wir jetzt verzagen sollen, daß wir aufhören sollen, daß wir uns in den Hintergrund schieben lassen?"

Wohl auch in der Auseinandersetzung und durch die politische Prägung durch den „politischen Ziehvater"[292] Heinz Deymann fand in dem Zeitraum nach 1968 eine – wenngleich auch eher partielle und die kritische Distanz wahrende[293] – Hinwendung zu einer eher klassenkämpferischen Rhetorik, der ideologischen Wiederentdeckung des Proletariats, statt. Diese Entwicklung korrespondiert mit der „proletarischen Wende"[294] in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre. Auf bundesrepublikanischer Ebene zeichnete sich diese Kehrtwendung durch einen Niedergang der Studierendenbewegung und des SDS, eine – auch lebensweltliche – Zuwendung zum Arbeitermilieu, eine Abkehr von der akademisierten Sprache sowie eine Aufmerksamkeitszuwendung zu den Ländern des realexistierenden Kommunismus aus.[295] Als Selbstvergewisserung wurde „die Geschichte der institutionalisierten Arbeiterbewegung als historische Rückversicherung eines ‚richtigen Weges' zum Sozialismus zunehmend interessant."[296] Diese Prozesse können wir im Kleinen auch in Nordhorn beobachten.

Das bürgerliche Echo auf diese mitunter klassenkämpferische Rhetorik – größere Protestaktionen gegen das verstaubte Establishment hatte es zu diesem Zeitpunkt seit dem Textilarbeiterstreik 1953 nicht gegeben – blieb indes nicht aus. Zahlreiche Leserbriefe zeugen von der Diskussionsbereitschaft, aber auch der Sorge der Bürger:innen Nordhorns; der Tenor ist dabei zunächst eindeutig: Demokratisches Engagement der Jugend ist wünschenswert, darf jedoch die Grenzen der Legalität keinesfalls überschreiten – dies betrifft sowohl die gewählten Protestmittel als auch die Fernziele der Demonstrierenden. Die Zuschrift von Reinhold Volken, Vorsitzender der Jungen Union, steht exemplarisch für diese Position: „Ein kleiner Kreis von Randalierern will unser gesamtes Gesellschaftssystem durch gewaltsame Revolution abschaffen. Das ist abzulehnen und die Rädelsführer müssen mit Mitteln des Rechtsstaates in ihre Schranken verwiesen werden."[297] Insgesamt polarisiert sich die Debatte zusehends, bald wird polemisierend von

289 Jeweils ter Horst, Karl-Wilhelm zit. nach ebd.

290 Hölscher, Gerhard: zit. nach: O. A.: „Dumme Masse ist vielleicht ein bißchen kraß gesagt", in: Grafschafter Nachrichten, 13.07.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

291 Hier und im Folgenden: Horst, Karl-Wilhelm ter, zit. nach ebd.

292 Horst, Karl-Wilhelm ter zitiert nach Schulz, S. 86.

293 Vgl. ebd., S. 85.

294 Gringmuth: Proletarische Wende.

295 Vgl. Ebd., S. 8–12.

296 Ebd., S. 12.

297 Volken, Reinhold: In die Schranken verweisen, in: Grafschafter Nachrichten, 10.02.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

„Radaubrüdern"[298] gesprochen und „Zustände wie vor 1933"[299] beschworen.

Doch auch Sympathie- und Solidaritätsbekundungen werden in den *GN* ausgedrückt. Gerhard Tersteegen etwa weist darauf hin, dass durch die provokanten Aktionsformen – sei es der Anti-Vietnamkrieg-Protest Dutschkes in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche[300] oder die Anti-Schah-Demonstration – „diejenigen, die bestehende Mißstände anprangern, mehr zu fürchten haben als die Urheber der Mißstände."[301] Tersteegen verweist auf den mangelhaften Umgang mit „sozialistischer Opposition" in Westdeutschland, die stets mit Verweis auf die SED-Diktatur diskreditiert werde und das bestehende System gegen Kritik immunisiere, weswegen er noch einmal den sozialmoralischen Impetus der prostierenden Studierenden unterstrich: „Wenn wir die Ordnung gestört haben, dann taten wir das, weil diese Ordnung heuchlerisch ist und sie aufrechtzuerhalten allein im Interesse derer liegt, die von ihr profitieren."[302]

Die niedersächsische Kleinstadt blieb jedoch, anders als diese durch bundesdeutsche Entwicklungen angestoßene Kontroverse glauben lassen mag, zunächst von größeren – und vor allem auch: militant vorgetragenen – Jugendprotesten verschont. Zu einer ersten Demonstration kam es am 29. März 1969 als Mitglieder des Republikanischen Clubs[303] zu einer „Osterdemonstration für Demokratie und Abrüstung" aufriefen und etwa 200 Personen „mit Transparenten und roten Fahnen"[304] durch Nordhorn zogen und den Straßenverkehr blockierten. Ziel des Republikanischen Clubs, so ein ehemaliges Mitglied, war es

> „einen Beitrag zur allgemeine politischen Theoriebildung auf dem ideologischen Hintergrund der Lehre des ‚wissenschaftlichen Sozialismus' zu leisten. Im RCN [Republikanischer Club Nordhorn] kann man relativ unbelastet an Fragestellungen innerhalb der marxistischen Lehre und der sozialistischen Politpraxis, wie auch an Probleme sexualökonomischer Natur herangehen, da nicht von vornherein eine Fixierung auf bestimmte Sozialismus-Modelle vorgegeben ist."[305]

Dieses Ereignis fand jedoch insgesamt wenig Beachtung. Der Artikel, der in der Lokalzeitung von dem Ereignis berichtete, offenbarte eine Haltung, die geprägt war von Unverständnis und Hohn über die jungen Demonstrant:innen. Diese werden wahlweise dargestellt als „überwiegend Schüler und zum Teil noch Kinder" oder „ungepflegt aussehende Jugendliche"[306], ihre politischen Ziele – die überdies kaum benannt wurden – wurden damit entpolitisiert. Damit fügte sich die Berichterstattung ein in eine konservative Abwehrhaltung, der jegli-

298 Becker, A.: Gegen Radaubrüder, in: Grafschafter Nachrichten, 13.02.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

299 Herfort, Johann: Wehret den Anfängen!, in: Grafschafter Nachrichten, 15.02.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

300 An Heiligabend haben in verschiedenen deutschen Städten SDS-Aktivist:innen gegen den Vietnamkrieg protestiert. Dabei drangen sie unter anderem in Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ein und zeigten ein Foto von einem gefolterten Vietcong, das sie mit dem Bibelvers Matthäus 25, 40: „Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan" beschrifteten. Der an der Aktion unbeteiligte Dutschke, der sich an die Gemeinde wenden wollte, wurde angegriffen und erlitt eine Platzwunde im Gesicht. Der „ungehobelte Appell" löste scharfe Kritik aus. (O. A.: Sache der Elenden, in: Der Spiegel 1/1968, 31.12.1967, URL: https://www.spiegel.de/politik/sache-der-elenden-a-e66addbc-0002-0001-0000-000045522441 [eingesehen am 17.10.2022]).

301 Tersteegen, Gerhard: Unruhe als Pflicht des Demokraten, in: Grafschafter Nachrichten, 03.01.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

302 Tersteegen, Gerhard: Warum wir die Ordnung störten, in: Grafschafter Nachrichten, 06.03.1968. Aus: Privatarchiv Straukamp.

303 Der Republikanische Club war ursprünglich ein West-Berliner Verein, der der APO nahestand. Nach und nach wurden weitere Clubs in anderen Orten Deutschlands gegründet.

304 Straukamp: Eine Jugend im Aufbruch?

305 Gerald Munier, zit. nach: Straukamp/Gerlach, S. 215.

306 Appelbaum, Claus P.: Demonstration ohne Resonanz, in: Grafschafter Nachrichten, 31.03.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

ches jugendpolitische Engagement suspekt und tendenziell ein Dorn im Auge war.

Die derart patriarchal zurechtgewiesenen Protestierenden nutzten sogleich die Gelegenheit, um ihr Anliegen zu verdeutlichen und der großväterlichen Kritik entschieden zu widersprechen:

> „Nicht das Abreagieren von Aggressionstrieben oder der Spaß am Demonstrieren waren die Gründe für den Protestmarsch am Sonnabend, sondern die Einsicht, daß Rüstung und Hetzpolitik sich nicht mit Friedenspolitik vertragen können."[307]

Weiterhin forderten sie eine Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags sowie die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR. Dies mag jenen Teilen des protestskeptischen, konservativen ortsansässigen Bürgertums erneut ein Dorn im Auge gewesen sein, waren dies doch Positionen, die auch die DKP und ihr nahestehende Organisationen nutzten. Auf der anderen Seite jedoch nahmen die Nordhorner Protestler:innen die Brandtsche Annäherungspolitik gegenüber der DDR vorweg.[308] Auch die im Nachgang abgedruckten Zuschriften der Leser:innen zeigten, dass die Stadtbevölkerung den Jugendlichen weniger ablehnend gegenüberstand als dies der Autor des Artikels offensichtlich vermutete.[309] In diesem forschen Umgang mit abweichendem jugendlichen Verhalten offenbart sich ein im Kern konservatives Bürgertum, das den linkspolitisierten Ruhestörer:innen durchaus feindselig gesonnen war. Diese – oft auch provozierte und instrumentalisierte – Ablehnung sollte einer der Faktoren der Konstitution eines linken Lagers werden.

Insbesondere fernab urbaner Strukturen, welche „großstadttypische ideologische Fraktionskämpfe"[310] befördern und somit vielfach zu einer innerlinken Spaltung führen, gilt es in ländlichen oder kleinstädtischen Umgebungen, die personelle wie ideologische Geschlossenheit zu wahren. Zentrales Merkmal ist daher die antifaschistische Arbeit, gewissermaßen die Konzentration auf den äußeren Feind. Auch in Nordhorn prägte die Auseinandersetzung zwischen rechts und links das Stadtbild der späten 1960er-Jahre.

Entsprechend handfester verlief die Demonstration gegen einen Wahlkampfauftritt des NPD-Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden am 15. August 1969. Die rechtsextreme Partei machte sich in diesem Bundestagswahlkampf berechtigte Hoffnungen, in das oberste deutsche Parlament einzuziehen. Auch in Nordhorn reüssierten die Nationaldemokrat:innen, gewannen bei den Kommunalwahlen 1967 gar zwei Sitze im Stadtrat.[311] Neben dem „Kampf um das Parlament" fand im Nordhorn jener Jahre auch der „Kampf um die Köpfe" statt.[312] Immer wieder kam es zu gewalttätigen Angriffen der in Nordhorn sehr aktiven „Jungen Nationaldemokraten" (JN), der Jugendorganisation der NPD, sodass die Verfassungs-

307 König, R./Horst, Karl-Wilhelm ter: Grundsätzlich die Abrüstung, in: Grafschafter Nachrichten, 02.04.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

308 So wurde der „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" am 21. Dezember 1972 beschlossen und am 11. Mai 1973 in der Bundesrepublik ratifiziert. Er markierte die endgültige Abkehr von der sog. Hallstein-Doktrin, welche den deutschen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik begründete und diplomatische Beziehungen zum sozialistischen Schwesterstaat untersagte.

309 Neben den Initiator:innen des Protests, die gegen die Darstellung protestierten, fragt beispielsweise ein Leser: „Oder war es Ihre Absicht, eine ganze Seite lang lediglich Ihre und die Vorurteile Ihrer zitierten Bevölkerung zu bestärken?" (Stützbecher, Volkhard: Nur das Negative aufgezählt, in: Grafschafter Nachrichten, 02.04.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp).

310 Deycke/Isele, S. 24.

311 Vgl. Straukamp, Werner: Streit um die „Synagogenstraße". GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 4: Die NS-Vergangenheit wird zur Herausforderung für die Gegenwart, in: Grafschafter Nachrichten, 03.12.2018, S. 20. Aus: Privatarchiv Straukamp.

312 Radke, Johannes: Der rechtsextreme „Kampf um die Straße", in: bpb.de, 14-05-2014, URL: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/184385/der-rechtsextreme-kampf-um-die-strasse/ [eingesehen am 19.08.2022].

schutzgebiete dieser Jahre die Kleinstadt als Zentrum rechtsradikaler Mobilisierung charakterisierten.[313] Ein:e von uns interviewte:r Aktivist:in aus dem Umfeld des Jugendzentrums erinnert sich daran, dass nach Veranstaltungsabenden die anwesenden Jugendlichen oft in Gruppen nach Hause gingen, um sich vor Angriffen zu schützen. Gegen die im Theater stattfindende Veranstaltung mobilisierten indes der Republikanische Club und Die Aktion Demokratischer Fortschritt, eine kurzlebige linksradikale Partei, die auch in Nordhorn eine Übergangsorganisation für die DKP darstellte. Insgesamt erschienen 1.000 Demonstrant:innen, Heinz Deymann trat als Redner auf. Gegen 20 Uhr versuchten einige Anwesende die Polizeisperre zu durchbrechen, einem Jugendlichen mit roter Fahne gelang dies sogar. Die *Grafschafter Nachrichten* schrieben über den weiteren Verlauf besorgt:

> „Zu diesem Zeitpunkt erkennen die Veranstalter der Demonstration, daß sich die Aktionen ihrer Kontrolle entziehen und daß radikale Elemente die Oberhand gewinnen. Ho-Tschi-Minh-Rufe ertönen und das große Kiesinger-Plakat, das die CDU in der Nähe des Theaters als Kontrastdekoration aufgebaut hat, wird mit einem NPD Plakat entstellt."[314]

Den anwesenden Veranstalter:innen gelang es jedoch, die Situation schnell zu beruhigen, im Inneren des Theaters konnte die Veranstaltung ungestört stattfinden und von Thadden das Gebäude ungehindert durch einen Seiteneingang verlassen.[315] Die *GN* urteilten, dass es der Republikanische Club war, der es schaffte, „sich die Demonstration nicht aus der Hand nehmen zu lassen [...]."[316] Auch am Tag nach den Ereignissen waren die Gemüter noch nicht vollständig abgekühlt. So appellierte Heinz Deymann an das antifaschistische Bewusstsein der Bevölkerung: „Versperren wir denen rechtzeitig den Weg, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben."[317] Einerseits, so die Interpretation eines Kommentators, habe die „Nordhorner Demonstrationsdisziplin"[318] einen härteren Zusammenstoß zwischen demokratischen Kräften, den Demonstrant:innen und der Polizei verhindert. Andererseits, so schreiben es ter Horst und Jan Holthuis, die beide einen Leserbrief als Mitglieder des Republikanischen Clubs verfassten, hätten es die demokratischen Parteien aus SPD, FDP und CDU sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund trotz mehrmaliger Anfrage versäumt, an der Bürgerinitiative gegen die NPD-Veranstaltung teilzunehmen.[319] Auch die aus ihrer Sicht protestfeindliche Haltung der *Grafschafter Nachrichten* kritisieren die Autoren:

> „Daß trotz allem über 4000 Demonstranten (nach Angaben der Polizei) an dieser Aktion teilgenommen haben, war ein großer Erfolg der Demokratie. Daß die GN diese Zahl nicht angaben und viel mehr über die den ruhigen Verlauf der Demonstration gewährleistende Polizei als über den Sinn der Aktion selbst berichteten, spricht mal wieder für sich."[320]

313 Vgl. Straukamp: Jugend im Aufbruch.

314 O. A.: „Adolf" kam durch den Gang für Requisiten, in: Grafschafter Nachrichten, 15.08.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

315 Vgl. ebd.

316 CDW: Protest gegen die NPD, in: Grafschafter Nachrichten, 15.08.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

317 Heinz Deymann, zit. nach: O. A.: Protest gegen die NPD, in: Grafschafter Nachrichten, 15.08.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

318 Haustein, Hans: Knüppel bei Fuß, in: Grafschafter Nachrichten, 28.08.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

319 Vgl. Horst, Karl-Wilhelm ter/Holthuis, Jan: Protest gegen die NPD, in: Grafschafter Nachrichten, 30.08.1969. Aus: Privatarchiv Straukamp.

320 Ebd.

3.2 Das Jugendzentrum Nordhorn – Das „zweite Zuhause" gegenkulturellen Engagements

Das gegenkulturelle Potenzial, das die Jugendlichen verkörperten, drängte bald auf eine Institutionalisierung in Form von (weitgehend) autonomen Räumen, die der Beeinflussung durch Autoritäten widerstanden. Nach einem durch Schüler:innen organisierten Konzert im Berufsschulzentrum Bölt am 17. November 1970, bei dem anstatt 350 etwa 1.000 Besucher:innen kamen, gründete sich eine von Schüler:innen, dem Stadtjugendring, dem Republikanischen Club und dem SDAJ getragene Initiative für ein Stadtjugendzentrum. Unterstützt wurde die Initiative also von einem breiten Bündnis, hier war auch die Sozialistische Arbeiterjugend ein akzeptierter und aktiver Bündnispartner.[321] Dieses Konzert steht damit stellvertretend für weitere vergleichbare Ereignisse in dieser Phase; die rege Veranstaltungsaktivität, die sowohl in Quantität als auch Qualität zunahm, sorgte auf Seiten der Jugendlichen für den Wunsch nach einem Jugendzentrum.[322] In den zeittypischen Auseinandersetzungen um die Einrichtung lokaler Jugendzentren ging es indes nur vordergründig um die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Vielmehr waren die Auseinandersetzungen „generationell wie kulturell aufgeladen und verwiesen auf die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit einer als nonkonform wahrgenommenen Jugend."[323]

Zunächst mussten allerdings einige Widerstände ausgeräumt werden. Der im Volksmund sogenannte „Popbeschluß"[324] zielte anstatt auf Autonomie und Selbstverantwortung auf die Einschränkung der jugendlichen Organisations- und Freizeitgestaltung. Der Verwaltungsausschuss der Stadt Nordhorn hatte mit dem Beschluss veranlasst, dass „Beat- und Popveranstaltungen", die wohl vornehmlich ein jüngeres Publikum ansprechen dürften, im stadteigenen Konzert- und Theatersaal untersagt wurden. Wütende Proteste waren die Folge, die SDAJ sah hiermit „bestimmte politische Meinungen"[325] diskreditiert, bezweifelte gar die Verfassungsmäßigkeit der Verwaltungsmaßnahme und drohte den regierenden Parteien mit Konsequenzen für die nächste Kommunalwahl. Dem Ausschuss wurde – auch von Seiten der Lokalpolitik – eine „jugendfeindliche"[326] Einstellung unterstellt. Was folgte, waren mit „Feuer" und „Power" geführte „Auseinandersetzungen der Nordhorner Jugend um Durchsetzung eines Freiraums für ein Leben gemäß ihrer Interessen und Bedürfnisse"[327]. Das Jugendzentrum wurde damit „zum wichtigsten jugendpolitischen Thema und beherrschte über Jahre die Schlagzeilen in den GN."[328]

Die Forderung nach einer Begegnungs- und Experimentierstätte für die Jugendlichen der Textilstadt war jedoch keineswegs neu. Bereits in den 1950er-Jahren berichtet die Lokalpresse von Überlegungen, ein Jugendzentrum zu errichten und fragt schließlich rhetorisch, ob dies nicht bereits „eine dringende Notwendigkeit"[329] innerhalb der Kleinstadt sei. Die unbekannte Autorin dieses Artikels unterstreicht die integrative Funktion eines Jugendzentrums, das ebenso der jeweiligen Persönlichkeitsentfaltung diene. Zugleich werden die Jugendlichen jedoch auch als schutzbedürftig dargestellt, sodass der Bericht mit dem eindringlichen Appell endet: „Sie [die Jugendlichen] auf keinen Fall der Straße zu überlassen,

321 Vgl. Straukamp, Werner: 10 Jahre Jugendzentrum Nordhorn, [vmtl. Nordhorn 1984], S. 69. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn, S. 7–11.

322 Vgl. etwa Appelbaum, Claus P.: Vollendeter Beat in unvollendeter Halle, in: Grafschafter Nachrichten, 25.09.1971. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

323 Templin: Kulturelle Aufbrüche, S. 235.

324 Appelbaum, Claus P.: Rat will „Popbeschluß" eventuell revidieren, in: Grafschafter Nachrichten, 03.12.1971. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

325 M. Peters: Wir Jungwähler werden quittieren, in: Grafschafter Nachrichten, 20.12.1971. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

326 Appelbaum: „Popbeschluß".

327 Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 1.

328 Straukamp/Gerlach, S. 168.

329 O. A.: Nordhorn braucht ein Jugendheim!, in: Grafschafter Tagespost, Nr. 36, 12.02.1957. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

darum geht es!"[330] Dass die Errichtung eines solchen Jugendzentrums nicht zu den größten Prioritäten der Lokalpolitik gehört, muss einige Jahre später auch der Stadtjugendring erfahren, dessen Rufe nach einem „Haus der Jugend" gleichsam ungehört verhallen.[331]

In der Post-„68"-Ära flammte der Konflikt jedoch mit einer Vehemenz auf, die nun ein städtisches Handeln erforderte; der Konflikt konnte nicht mehr ignoriert werden. Ein:e Aktivist:in beschreibt die politische Kultur der Stadt als historisch „diskussionsfreudig", beklagt aber einen Verfall dieser Diskussionskultur, von dem nicht nur Nordhorn, sondern die gesamte Bundesrepublik betroffen sei. Für den Nordhorner Fall bringt die Person diesen Verfall zeitlich in Zusammenhang mit dem einsetzenden Niedergang der Textilindustrie, gewissermaßen dem offiziellen Ende der zuvor diskutierten Frontlinie. Damit einher geht auch ein Konflikt, der sich um einen Widerspruch von Verwaltung und Autonomie dreht: Gemeint ist eine undemokratische Tendenz des Verwaltens gegenüber der Garantie autonomer – sprich: städtisch unverwalteter – Räume. Die Konsequenz sei eine zunehmend entpolitisierte Stadtgemeinde. Es ist nicht zufällig, dass die Person ihrerzeit Teil der Jugendbewegung war, die sich für ein in Eigenregie geführtes Jugendzentrum einsetzte. Die Auseinandersetzung um die Gründung und Führung des Jugendzentrums involvierte verschiedene Akteur:innen und Konflikte. Die benannte Person zeichnet nach, dass Schulfeste und Konzertveranstaltungen die Forderung nach einem freien Jugendzentrum inspiriert hatten. Gleichzeitig habe sich die Jugendinitiative dann an die Range-Proteste angeschlossen und mit der DKP Diskussionsabende veranstaltet. Begleitet war dies vom Eintritt in „die Gewerkschaft" und „Infoabenden" mit Lehrlingen der Textilfirmen. Während sich verschiedene gegenkulturelle Lager auf der einen Seite zusammentaten, gab es durchaus Resistenz seitens der etablierten Politik. Bereits vor der Forderung nach einem eigenen Zentrum organisierte die Jugendinitiative im Nordhorner Veranstaltungssaal Konzerte. Als die Stadtverwaltung den Saal der Initiative nicht mehr zur Verfügung stellen wollte, entstand laut der Erinnerung des:der Aktivist:in folgende Szene:

> „[...] dann sind wir hingegangen und haben an einem Tag, an einem Mittwoch, tagte der Verwaltungsausschuss und dann haben wir mal Jugendliche zusammengetrommelt und haben das Rathaus besetzt [...]. Und dann hatten die Leute so viel Schiss, also der Rat, dass keiner rauskommen wollte, die hatten Angst. Nachher ist Friedel Witte, der spätere Bürgermeister, rausgekommen, hat mit uns gesprochen und dann sollten wir uns angliedern an den Stadtjugendring [...]."

Der Wille zum Konflikt entspringt bei einigen interviewten Aktivist:innen auch einer religiösen „Einengung", die ihre Kindheit und Jugend geprägt hat. Eine Person schildert den Weg in die Jugendinitiative als Ausbruch aus der hierarchisch geprägten Arbeit beim Christlichen Verband Junger Menschen (CVJM):

> „[...] in der Zeit [ca. 1970] haben wir angefangen, im CVJM stärker nachzufragen und nachzuhaken, wie es denn mit mehr Mitbestimmung in unserem Verband also sei. Und ich kann mich gut daran erinnern, dass der damalige Leiter des CVJM [...] durchaus sehr wohlbeleibt, immer mit einer dampfenden Zigarre dasaß und sagte, er sei der Leiter, und hier würde das gemacht werden, was er wollte. Das hat letzten Endes dazu geführt, dass ich [...] aber auch mal Besuch hatte, von anderen jüngeren Menschen, die also schon im Beruf standen oder aber Studenten waren, die auch aus Nordhorn, aus Bentheim kamen und die Orte suchten, wo

330 Ebd.

331 Dem eigenen Selbstverständnis nach ist der Stadtjugendring eine freiwillige und föderalistische Arbeitsgemeinschaft, welche die Selbstständigkeit der einzelnen Jugendverbände unterstützt. Vgl. Stadtjugendring Nordhorn. Der Schriftführer: Warum der Stadtjugendring ein „Haus der Jugend" fordert, in: Grafschafter Nachrichten, 17.04.1965. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

> sie sich mit anderen Jugendlichen treffen könnten, wo die Möglichkeit bestand, sich auch politisch mal auseinanderzusetzen. Und im Laufe der Gespräche stellte sich heraus, dass das auch Leute waren, die linksorientiert waren. Gut. Es hat dazu geführt, dass ich natürlich noch aufmüpfiger wurde, und letzten Endes ist mir meine Gruppe [im CVJM] weggenommen worden, weil ich zu aufmüpfig war."

Die lose um die Jugendinitiative gruppierten Jungbürger:innen Nordhorns bewerkstelligten mit ihren Emanzipationskämpfen die Schaffung eines „typischen Ortes"[332], an dem sich „zu typischen Zeiten"[333] ihr Netzwerk als Szene etablieren konnte. Ideell war ihre Szene geprägt von einer „linksorientierten" Grundhaltung und einem gegenkulturellen Engagement, mit dem sie den Grundsatzkonflikt, Verwaltung versus Autonomie, sowie den seinerzeit dominanten Generationenkonflikt austrugen. Für viele Aktivist:innen sollte das Jugendzentrum in den ersten Jahren das „zweite Zuhause" werden.

Gewiss ist es vor dem Eindruck der bisher beschriebenen lokalpolitischen Vorgänge und dem sich grundsätzlich wandelnden Zeitgeist kein Zufall, dass Anfang der 1970er-Jahre die Debatte erneut aufflammt. „Jugendzentren", so der Historiker Gunter Mahlerwein, sind schließlich „als Spiegel von Beharrungs- und Wandlungsprozessen ländlicher Gesellschaften in den 1960er und 1970er Jahren"[334] zu betrachten. Jugendzentren waren zentrale Orte der Vernetzung, der Zusammenkunft und des Austauschs; einerseits bildeten sie „Keimzellen künftigen politischen Engagements", andererseits stellten sie unverzichtbare „Schutz- und Ruhezonen"[335] dar. Historisch fällt die Emergenz der Jugendzentrumsbewegung mit gesellschaftlicher Liberation und sozialem Aufstieg, aber auch mit einer Krise der bewährten pädagogischen Konzepte zusammen – die gesteigerte Verfügbarkeit von sowie die veränderten Ansprüche an Freizeit sorgten für den Ruf nach selbstverwalteten Jugendzentren. Der Ruf nach mehr Selbstentfaltung wurde indes nicht nur in den Großstädten laut:[336] „Mit ihrer gesellschaftspolitischen Programmatik setzten sich die Initiativen von den als unkritisch und unpolitisch erachteten Angeboten in den bestehenden Jugendheimen ab."[337]

Zusätzlich zu dem insgesamt wenig entwickelten Kultur- und Freizeitprogramm in ländlichen Regionen tritt hier der Bedarf nach subkulturellen Angeboten zutage; linke Zeitschriftenprojekte, Kneipen, Cafés oder politische Organisationen inklusive eigener Infrastruktur sucht man oft vergebens.[338] Deswegen war die Jugendzentrumsbewegung in kleinstädtischen Szenetreffs besonders vital, da sich so „die in der Gegenkultur virulente Kombination eines anderen Lebens mit politischer Interventionsbereitschaft besonders eindringlich [zeigte], weil sie unter einem Dach stattfand."[339] Diese Institutionalisierung war elementar für die Ausbildung intakter gegenkultureller Szenen.[340] Aktivierend dürfte zudem der Umstand gewirkt haben, dass die ökonomische „Monostruktur" der Kleinstadt, „Großvaters verlässlicher Brötchengeber", auf junge Menschen zunehmend unattraktiv wirkte – und diese Unterstellung auch von der Elterngeneration bestätigt wurde. So kam eine Umfrage zu den Lebensverhältnissen Nordhorns 1971 zu dem Ergebnis: „41 Prozent der Befragten geben der

332 Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute, Opladen 2001, S. 13–14.

333 Ebd.

334 Mahlerwein, Gunter: Revolte im Dorf? Innovationspotenziale und Traditionsbezüge ländlicher Jugendzentren in Rheinhessen, in: Paulus, Julia (Hrsg.): ‚Bewegte Dörfer'. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990, Paderborn 2018, S. 177–186, hier S. 178.

335 Deycke/Isele, S. 23.

336 Vgl. Templin, David: Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015, S. 40.

337 Ebd., S. 79.

338 Vgl. Siegfried: „1968", S. 68.

339 Ebd., S. 68.

340 Vgl. Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S. 645.

Jugend den Rat: Haut ab! Nur 35 Prozent sehen für die nachfolgende Generation eine Lebens- und Arbeitsplatzchance in Nordhorn."[341] Ein weiterer Aktivist warf den Stadtoberen vor, nicht ernsthaft an der Verwirklichung eines Jugendzentrums interessiert zu sein; er identifizierte eine Verschleppungspolitik, „eine Politik des Hinhaltens und des Hinauszögerns"[342] seitens der Stadtverwaltung.

Im Juli 1972 schließlich, also fast zwei Jahre nach dem Konzert, das die beschriebenen Prozesse anstieß, stimmte der Stadtrat einstimmig, bei zwei Enthaltungen, für die Einrichtung eines freien Jugendzentrums – jedoch unter fachlicher Leitung. Anders als in anderen niedersächsischen Städten, wie etwa Hannover oder Göttingen, handelte es sich hier also nicht um ein autonomes Jugendzentrum, frei von lokalpolitischen Einflussnahmen. Jedoch blieben Art und Ausmaß dieser Beeinflussung ebenso wie die Satzung, welche diese Beziehung regelt, zu diesem Zeitpunkt noch unklar und damit ein ständiger Konfliktpunkt zwischen den Vertreter:innen der Stadt und den Jugendlichen, aber auch innerhalb der Jugendzentrumsbewegung selbst.[343] Die Frage nach dem Grad der politischen Autonomie ist keinesfalls auf einen rein verwaltungstechnischen Akt zu reduzieren, hier wird vielmehr Grundsätzliches verhandelt, sehen viele Aktivist:innen doch die „Zauberformel"[344] Selbstverwaltung als Ausgangspunkt für gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse.[345] Neben dem bis hierhin in Nordhorn präzedenzlosen Aspekt der Selbstverwaltung von Jugendeinrichtungen nahmen diese auch dadurch eine wichtige Rolle ein, „[…] weil in der Auseinandersetzung um ihre Einrichtung viele Jugendliche politisch mobilisiert wurden."[346]

Das jugendliche Streben nach Selbstständigkeit blieb damit ein Zankapfel, da keinesfalls nur linke bis linksradikale Gruppen in der Bewegung versammelt waren, sondern auch gemäßigte und konservative dort ihre Interessen verfolgten und dabei den Positionen der Stadt mitunter näherstanden.[347] Die lokale Jugendzentrumsbewegung war damit eine diverse Gruppe und kein monadischer Block, in der es galt, interne Widersprüche zu moderieren. Einig waren sich die Aktivist:innen hingegen in der die Bewegung konstituierenden Forderung nach einem freien Jugendzentrum, dem Protest gegen die Nordhorn-Range sowie der Ablehnung des Vietnamkriegs.[348] Der grundsätzliche Erfolg der Jugendzentrumsbewegung konnte nur gelingen, da sich auf diese Kernanliegen geeinigt werden konnte.[349] Ob das Jugendzentrum jedoch tatsächlich jemals als ein „herrschaftsfreier Raum"[350] konzipiert werden sollte, bleibt zu bezweifeln.

Bereits der Einstellungsprozess für eine:n hauptamtlich im Jugendzentrum beschäftigte:n Sozialpädagog:in geriet unter diesen Vorzeichen zum Konflikt. Vonseiten der Stadtverwaltung wurde die Pädagogin Marlis Engels bevorzugt, während sich die Jugendinitiative für den bereits aus anderen Jugendbewegungen

341 Jeweils: Appelbaum, Claus P.: Keine Zukunft für die Jugend, in: Grafschafter Nachrichten, 18.12.1971. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

342 Bonke, Jürgen: Politik des Hinhaltens, in: Grafschafter Nachrichten, 16.02.1972. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

343 Vgl. Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 16.

344 Siegfried: Time Is on My Side, S. 660.

345 Vgl. Templin: Freizeit, S. 84.

346 Siegfried: Time Is on My Side, S. 656.

347 So betont die Junge Union etwa, dass sie zu Selbstbestimmungseinschränkungen durchaus bereit wäre. Die Forderungen nach ausgebildeten Fachkräften und einer „weitestgehenden" Selbstbestimmung, die keine sozio-politischen „Cliquen" – gemeint sind sicherlich die linken Lautsprecher:innen der Bewegung – befördern solle, konvergieren mit der Position des Stadtrats (vgl.: O. A.: JU: Jugend braucht Stätte der Begegnung, in: Grafschafter Nachrichten, 24.07.1972. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn).

348 Vgl. Straukamp/Gerlach, S. 218.

349 Vgl. Straukamp, Werner: Diskotheken und Jugendkultur entlang der Bundesstraße B213 1965 bis 1989. Forschungsbericht zu dem Projekt „Eine Disco kommt ins Museum. Diskothek ‚zum Sonnenstein'" im Niedersächsischen Freilichtmuseum – Museumsdorf Cloppenburg, Cloppenburg 2021, S. 91.

350 Straukamp/Gerlach, S. 208.

bekannten Karl-Wilhelm ter Horst aussprach.[351] Ter Horst wurde durch seinen DKP-Aktivismus allerdings „das rote Tuch für alle Nordhorner rechts von der DKP – also fast alle“[352]. Doch auch unter den Jugendlichen war der Rückhalt für die Person ter Horst nicht ungebrochen und drohte, eine Spaltung zu provozieren. So äußert sich etwa die evangelisch-lutherische Jugend, die dem Stadtjugendring angehörte:

> „… ein freies Jugendzentrum kann nur im Geist der Freiheit geleitet werden, dort hat Intoleranz keinen Platz. Wer Freiheit meint, muß Freiheit praktizieren, und diese Freiheit ist von kommunistischer Seite noch nie praktiziert worden.“[353]

Und weiter heißt es mit einem deutlichen Verweis auf weltpolitische sowie deutsch-deutsche Angelegenheiten:

> „Wenn uns Kommunisten beweisen, daß unter deren Leitung oder Herrschaft Freiheit möglich ist, Freiheit im Hinblick auf die zwischenmenschlichen Beziehungen und im Hinblick auf den Humanismus, lassen wir uns belehren. Bisher sehen wir aber nur Intoleranz, zerrissene Menschen im Stacheldraht, vergewaltigte Jugend und gedemütigte Alte. […] Wir sprechen hier nicht von der Person ter Horst, sondern, wir treffen dieses als allgemeine Feststellung bei der Frage der Besetzung der Leitung des freien Jugendzentrums …“[354]

Insgesamt zeigt sich, dass insbesondere die Person ter Horst, die stellvertretend für die DKP und auf sie projizierte antikommunistische Stimmungen steht, das größte Empörungspotenzial darstellt. Während die Jugendinitiative betont, dass er der „einzige geeignete Bewerber“[355] sei, wenden Kritiker:innen ein, dass die Petition der 120 Jugendlichen aus der Jugendinitiative nicht für die Gesamtheit der Jugendlichen spreche, die Initiative zudem nur durch die Unterstützung der Jungsozialist:innen und der Jungen Union erfolgreich werden konnte. Zudem solle sich das geplante Zentrum in seiner Arbeit nicht auf „Bastelgruppen“ beschränken; zugleich wurde aber auch die politische wie charakterliche Eignung ter Horsts infrage gestellt:

> „Es sei uns noch die Frage an Karl-Wilhelm ter Horst persönlich gestattet, wie er als engagiertes DKP-Mitglied seine Jugendarbeit ohne jegliches politisches Einwirken im Sinne der DKP durchführen will. Wie er selber gesagt hat, will er jede politische Aktivität aus dem Stadtjugendzentrum fernhalten. Damit erscheint seine Qualifikation als Sozialpädagoge mehr als zweifelhaft.“[356]

Ter Horst wird eine Instrumentalisierung der nichtsahnenden Jugendlichen für persönliche Zwecke nach „Rattenfängerart“ vorgeworfen, wobei „ein Blick gen Osten“ genüge, um seine politische Gesinnung als „Rückfall in die Unfreiheit und Barbarei“[357] zu enttarnen. Ein Blick auf die öffentlichen Aussagen ter Horsts, der sich in einem Zeitungsgespräch bereits 1969 kritisch zum DDR-Regime äußerte, hätte diese Aussagen bereits damals stark in Zweifel gezogen. Auch der Rauswurf aus der DKP bestätigt die Ansicht, dass ter Horst kein kritikunempfänglicher Parteisoldat gewesen sein kann. Der Zuschlag fiel trotz dessen schnell auf Engels, die zwischenzeitlich jedoch von ihrer Bewerbung zurücktrat. Um nun die „kommunistische Gefahr“[358] zu bannen und die grund-

351 Vgl. ebd., S. 210.

352 Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 17.

353 Zit. nach ebd., S. 17.

354 Zit. nach ebd., S. 17.

355 Ausschuss der Jinoh: Entscheidung vertagen, in: Grafschafter Nachrichten, 19.01.1973. Verfügbar in: Privatarchiv Straukamp.

356 Tewes, Karla et al.: Qualifikation mehr als zweifelhaft, in: Grafschafter Nachrichten, 19.01.1973. In: Privatarchiv Straukamp.

357 Hinze, Gerhard: Rattenfängerart, in: Grafschafter Nachrichten, 25.01.1973. In: Privatarchiv Straukamp.

358 Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 20.

sätzlich angespannte Situation zu beruhigen, appellierten Offizielle an Engels, die Stelle doch anzunehmen. Dabei wurden sie auch von Jugendzentrumsaktivist:innen unterstützt; Engels nahm das Angebot an und unterzeichnete Anfang 1973 schlussendlich den Arbeitsvertrag.[359]

Ein:e von uns interviewte:r Zeitzeug:in erinnert sich:

> „Karl-Wilhelm [ter Horst] war damals, als das alles anfing, war, Schulsprecher […] und war damals auch schon sehr weit links […] und mit dem wir dann auch sehr viel zu tun hatten und weil wir ein freies Jugendzentrum haben wollten, das wir dann ja nicht gekriegt haben, wollten wir, dass [er] da Mitarbeiter wird und Gert Drendel, […] und das wollte die Stadt partout nicht, sie wollten niemanden von der DKP da drin haben. […] Gert Drendel […] haben wir dann ins Jugendzentrum bekommen, 1983, es war so lustig, Gert Drendel war auch in der DKP, war dann nach den Biermann-Sachen, genau wie Karl-Wilhelm ter Horst, aus der DKP rausgeflogen und dann wollte man Gert Drendel […] trotzdem nicht ins Jugendzentrum lassen, und dann kam es so, dass man mich angesprochen hatte, […] ob ich da nicht vermitteln konnte, und dann hab ich Friedel Witte, den Bürgermeister angesprochen und […] dieses Gespräch vermittelt bei uns hier zuhause, das war noch so lustig, beide haben sehr weit ihre Autos weggesetzt, sind dann im Halbdunkel hier ins Haus reingeschlichen und haben zwei Stunden miteinander gesprochen, danach hat Friedel Witte dann durchgesetzt, dass Gert Drendel noch Mitarbeiter im Jugendzentrum wurde."

Auch der politische Gegner, die Jungen Nationaldemokraten, versuchten in der Auseinandersetzung um die politische Ausrichtung des Jugendzentrums den „Nationalen Freiheitskampf" auszurufen und den „Bolschewismus" in Nordhorn zu bekämpfen. Die Rechten sahen sich als „einzig wahre Opposition" gegen die „Kommunisten-Häuptlinge"[360] ter Horst und Drendel. Um denen entgegenzustehen, verteilten sie unter anderem Flugblätter im Jugendzentrum.[361] Die Jungnationalist:innen waren agitatorisch durchaus wahrnehmbar und aggressiv in ihren Forderungen. Ein:e von uns interviewte:r Jugendzentrumsaktivist:in erinnert sich daran, dass die Jungnationalist:innen zwar ein „national-europäisches Jugendzentrum" besaßen, es dennoch vermehrt zu Vereinnahmungsversuchen des freien Jugendzentrums kam; sie hätten „versucht im Jugendzentrum Fuß zu fassen, aber das haben sie zum Glück nicht geschafft", auch weil die basisdemokratische Struktur dies verhinderte und die Rechtsradikalen nicht in den Rat gewählt wurden. Letztlich fehlte „die breite Basis", was nicht bedeutete, so die Erinnerung, dass es nicht zu vereinzelten Veranstaltungen innerhalb der Räumlichkeiten kam.

Insgesamt versuchten also auch rechtsradikale Kräfte, ihren Einfluss unter den Nordhorner Jugendlichen auszubauen. So kursierte etwa ein Flugblatt, auf dem ein Deutschland gezeigt wird, das den Anschluss Österreichs sowie polnischer und tschechischer Gebiete fordert.[362] Auch Veranstaltungen des konkurrierenden Jugendzentrums, etwa eine Veranstaltung unter dem Titel „Freiheit für Heß",[363] können als Versuch der Vereinnahmung der Nordhorner Jugend gewertet werden – der Reichsminister war 1941 nach Schottland geflogen, um mutmaßlich eigenmächtig Friedensverhandlungen zwischen Großbritannien und dem Dritten Reich zu leiten und war bis Kriegsende in Kriegsgefangenschaft, anschließend wurde er in den Nürnberger Prozessen zu lebenslanger Haft verurteilt. Insgesamt schie-

359 Vgl. ebd., S.18–21.

360 Knappert, Helmut/Reinhardt, Heinz/Sieghart, Udo: Kommunistische Aktivitäten, in: Grafschafter Nachrichten 17.04.1974. Aus privaten Beständen.

361 O. A.: Kampf dem Bolschewismus. Flugblatt verteilt im April 1974. Aus privaten Beständen.

362 Bund Volkstreuer Jugend – BvJ: Die Gesellschaftsordnung, o. J. Aus privaten Beständen.

363 O. A.: Rattenfänger!, vmtl. Juni 1974. Aus privaten Beständen.

nen die feste Verwurzelung der DKP vor Ort, ihre sich bereits verfestigende politische Einbindung sowie die personellen Netzwerke unter den Jugendlichen, die örtliche Jugend jedoch gegen rechtsradikale Einflüsterungen weitgehend zu immunisieren.

Doch nicht nur Gegenveranstaltungen und -institutionen wurden durch die Nationaldemokrat:innen abgehalten und gegründet, auch an Angebote des Jugendzentrums wurde der Anschluss gesucht. So wurde am 17. Juni 1973 eine Dokumentation anlässlich des zwanzigsten Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR im Jugendzentrum aufgeführt. Dass die Auseinandersetzung grundsätzlich stark aufgeladen war, zeigt die Stellungnahme der Jungen Nationaldemokraten: „Nach und nach aber wurden die roten Genossen und ihre ‚Frauen' sehr still und kleinlaut, denn die Bilder sprachen für sich." Und weiter: „Eine feige und verlogene Einheitsfront von der ‚Mitte' bis linksaußen [sic!] schwieg beharrlich."[364] Spannend ist an dieser Stelle die Wahrnehmung der Rechtsaußenorganisation, in Nordhorn gegen eine „Einheitsfront" zu kämpfen, die bis zur DKP reicht. Ob diese Deutungen tatsächlich der Realität entspricht, darf bezweifelt werden. Wahrscheinlicher scheint vielmehr die bewusste agitatorische Übertreibung und Verzerrung des Ereignisses. In einer ausführlichen Dokumentation, die zum zehnjährigen Bestehen des Jugendzentrums erschienen ist, findet diese Episode keinen Niederschlag, was weiter für eine Übertreibung durch die Nationaldemokrat:innen spricht.[365] Aus der Perspektive der Gegenseite freilich war es die „Duldung der Faschisten im Jugendzentrum", welche „die derzeitige Schwäche der demokratischen Kräfte"[366] symbolisierte – antifaschistisches Engagement wurde aus Sicht der linken Jugendlichen notwendig wie selten zuvor. Diese Episoden verdeutlichen, dass einerseits eine konfrontative Protestkultur und eine militante antifaschistische Tradition zu diesem Zeitpunkt nicht etabliert waren. Die bis hierhin angewandten Protestformen waren den bundesdeutschen Zentren zwar nachempfunden, jedoch selten mit Leben gefüllt. Wenn es zu verstärkten Konflikten mit den städtischen Honoratioren kam, wurden diese schnell im gegenseitigen Einverständnis beigelegt. Da die Jugendzentrumsbewegung eine Strategie der Institutionalisierung verfolgte, hätten handfeste Auseinandersetzungen mit den politischen Gegner:innen zudem nachteilige Auswirkungen haben können. Stattdessen schafften es die mit dem Jugendzentrum assoziierten Jugendlichen – moralisch wie demokratisch gefestigt – basisdemokratische Strukturen zu etablieren, welche eine Vereinnahmung ihrer Szenetreffs verhinderten.

Damit ist die turbulente Konstituierungsphase des Jugendzentrums keinesfalls abgeschlossen. Auch der Eröffnungstermin durch die Stadt birgt erstaunliches Konfliktpotenzial. Ursprünglich sollte das Jugendzentrum am 1. März 1973 eröffnet werden. Dieser Termin war aus Perspektive der Aktivist:innen nicht tragbar, da Schüler:innen und berufstätige Lehrlinge durch den vormittäglichen Termin ausgeschlossen würden. Was folgte, war eine angekündigte Hausbesetzung der vorgesehenen Örtlichkeiten am 24. Februar 1973. Die Situation ließ sich letztlich vergleichsweise einfach auflösen: SPD-Ratsherr Lamb bot auf einer Diskussion im strömenden Regen den 3. März als Ausweichtermin an, wodurch sich die Lage durch eine für alle Parteien zufriedenstellende Lösung entspannte. Letztlich erscheint diese Episode, so der Lokalhistoriker Werner Straukamp, als „Sturm im Wasserglas"[367]. In den Jugendzentrumsinitiativen überwog zwar zumeist der Anteil der Schüler:innen gegenüber Auszubildenden und Student:innen, die explizite Nennung der „Lehrlinge" unterstreicht jedoch die diverse soziale Zusammensetzung sowie den Anspruch gleichberechtigter Teilhabe.[368]

364 Junge Nationaldemokraten: 17. Juni. Nordhorner Jugendzentrum im Zwielicht, in: Signal, H. 2/1973. Aus privaten Beständen.

365 Vgl. Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 29.

366 O. A.: Rattenfänger!

367 Ebd., S. 21.

368 Vgl. Templin: Freizeit, S. 87–88.

Am 25. November desselben Jahres verabschiedete der Stadtrat schließlich die Satzung des Jugendzentrums und regelte damit abschließend das konflikthafte Verhältnis von Autonomie und Selbstbestimmung der Jugendlichen sowie die Zugriffs- und Verwaltungsmöglichkeiten durch offizielle Stellen. Zentrales Verwaltungsorgan wird somit der Rat des Jugendzentrums, welcher die inhaltliche Ausrichtung bestimmt und die eingesetzten Finanzmittel verwaltet.[369] Der Rat setzt sich aus acht Mitgliedern des Jugendzentrums, einer:einem Vertreter:in des Stadtjugendrings, zwei Vertreter:innen des Stadtrats, der:dem Stadtjugendpfleger:in sowie der:dem Leiter:in des Jugendzentrums zusammen.[370] Damit sind die im Jugendzentrum organisierten Jugendlichen deutlich in der Mehrzahl, wodurch in einem demokratischen Entscheidungsprozess ihre Selbstbestimmung weitgehend gewährleistet scheint. „In der Satzung sollte der Jugend ein Höchstmaß an Selbstbestimmung eingeräumt werden", forderte der SPD-Ratsherr Hans Hey, der weiterhin „keine Scheu vor Experimenten"[371] habe. Dieser Kompromiss geht wohl auf den Umstand zurück, dass die Jugendinitiative ihre Maximalforderung nach absoluter Autonomie nicht durchsetzen konnte, zugleich aber – aus dem Blickwinkel der Stadtgesellschaft – stets auch das Damoklesschwert der politischen Instrumentalisierung durch SDAJ und DKP über dem Jugendzentrum schwebte;[372] eine „rote Kaderschmiede"[373] sollte es in Nordhorn nicht geben.[374] Doch nicht nur (linker) Politaktivismus war von den konservativen Kräften Nordhorns ungern gesehen. Jugendliche aus dem Umfeld des Jugendzentrums waren typischen Vorurteilen und Stereotypisierungen ausgesetzt; der CDU-Politiker Hans Kutz Anfang 1974 dazu exemplarisch: „Alkoholkonsum, Haschverkauf und kommunistische Aktivitäten haben bedenkliche Ausmaße angenommen. Das Jugendzentrum entwickelt sich zu einer Räuberhöhle."[375]

Nach dieser heißen Gründungsperiode traf der „Provinzalltag"[376] das Jugendzentrum umso härter; ein Zustand „allgemeiner Lustlosigkeit mit Ausnahme der wohlbesuchten Disco-Abende"[377] machte sich breit. Eine entpolitisierte Fraktion gewann zusehends an Einfluss, die eine neue Ausgestaltung – oder zu mindestens eine Revitalisierung – der beliebten Wohlfühl- und Erlebniskultur forderten. „Die Antragsteller [...] forderten mehr Sauberkeit, mehr Feten, mehr Wohlfühlen und veränderte Öffnungszeiten."[378] Vermehrt kam es also nicht nur zwischen Jugendzentrum und Politik respektive Stadtöffentlichkeit zu Konflikten, auch innerhalb der Institution verschärften sich Auseinandersetzungen zwischen basisdemokratischen und moderaten Kräften.[379] Durch biografiespezifische hohe Fluktuation der Bewegung – auch in Nordhorn verließen viele führende Köpfe dauerhaft oder kurzzeitig die Stadt, um etwa ein Studium zu beginnen – konnte sich eine langfristige Stabilität nicht ausbilden; auch der Umstand, dass initiale Konflikte um die Etablierung des Jugendzentrums nun wegfielen, wirkte sich nachteilig auf Attraktivität und Anziehungskraft, auf die Mobilisierungsfähigkeit, aus. An ihre Stelle traten nun Professionalisierung und Institutionalisierung.

369 Vgl. Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 31.

370 Vgl. ebd., S. 104.

371 O. A.: Nordhorn richtet freies Jugendzentrum ein. Zunächst Provisorium in altem Bauernhaus, in: Grafschafter Nachrichten, 27.07.1972. Verfügbar in: Stadtmuseum Nordhorn.

372 Vgl. Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 112–117.

373 Ebd., S. 117.

374 Diese Befürchtung begleitete das Jugendzentrum und die hier versammelten Jugendlichen während der gesamten Konstitutionsphase. Noch 1977, also vier Jahre nach der Gründung des Zentrums, verweigerte die Stadt Geldmittel für einen Offsetdrucker, da sie befürchtete, dass dieser für linksradikale Politprojekte zweckentfremdet werden könnte. Ein gespendeter Drucker wurde aus dem Zentrum sogar entwendet und dem Spender zurückgegeben (vgl. ebd., S. 67).

375 Zit. nach: Straukamp/Gerlach, S. 212.

376 Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum., S. 69.

377 Ebd., S. 77.

378 Ebd., S. 33.

379 Vgl. Straukamp/Gerlach, S. 214.

Bezeichnend ist demnach auch, dass sich der letzte große Konflikt der Frühphase des Jugendzentrums anhand der Abendgestaltung der Jugendlichen entspinnt. Da sich zu den Discoabenden eine „harte Alkoholszene“ etablierte, war eine „Öffnung des Hauses sozialpädagogisch nicht mehr zu verantworten.“[380] Da nun auch nicht mehr zu Rockmusik getanzt werden konnte, bildete sich am 21. Januar 1981 eine Spontandemonstration, die vom Jugendzentrum zum Haus des Vizebürgermeisters Friedel Witte (SPD) zog. In den nachfolgenden Wochen bestimmte der Sachverhalt die Lokalpolitik, die Jugendlichen forderten nun mehr finanzielle Mittel sowie die Angliederung einer benachbarten Scheune an das Jugendzentrum. Schließlich erklärte sich die Stadt Nordhorn zu diesem Schritt bereit.[381]

Ausdruck einer weiterhin paternalistischen Sichtweise des politischen Widerparts ist die Rede von Bürgermeister Wilhelm Horstmeyer (CDU) zum zehnjährigen Bestehen des Zentrums. Hier verweist Horstmeyer auf lokalpolitische Notwendigkeiten bei der Verwaltung einer derartigen Einrichtung, die von den beteiligten Aktivist:innen oft nicht wahrgenommen würden und betont zugleich, dass das „Zugriffsrecht“ seitens der Stadt selten in Anspruch genommen wurde. Grundsätzlicher wendet er schließlich ein:

> „Die Jugendlichen haben ein Recht, anders zu denken als die ‚Alten'. Das müssen wir ihnen zugestehen. Die verantwortlichen Damen und Herren im politischen Bereich und in der Verwaltung müssen aber auch ihre Erfahrungen in die Arbeit des JZ einbringen. Das Alte ist noch lange nicht schlecht und das Neue noch lange nicht gut. Im Dialog, nicht in der Konfrontation ist noch immer eine Lösung gefunden worden.“[382]

Dennoch bleibt auch die Sehnsucht nach dem die Gesellschaft transzendierenden Moment, des Horts der Nordhorner „Gegenkultur“ und „Woodstock-Basislagers“[383]:

> „‚Wir wollten uns als junge Menschen kulturell und politisch abgrenzen von dem, wie sich die Gesellschaft entwickelt hatte. Wir wollten von Nordhorn aus die Welt verändern'. So beschrieben Gert Drendel und Karl-Wilhelm ter Horst […] Beweggründe und Ziele einer großen Zahl junger Leute im Nordhorn der 70er Jahre.“[384]

Wie so häufig in der Jugendzentrumsbewegung war auch das Nordhorner Beispiel mitunter beides: Kristallisationspunkt jugend- und gegenkultureller Strömungen sowie der Zankapfel, anhand dessen sich diese erst konstituierten.[385] Der initiale Konflikt um die Schaffung des Jugendzentrums konnte nur vor dem Hintergrund der bereits ablaufenden kulturellen Entwicklungen zum Funken werden, der das Feuer des – im nationalen Vergleich sicherlich gemäßigten – Nonkonformismus entzündete. Hier kamen die zentralen jugendkulturellen Akteur:innen von der DKP, über eher antiautoritär agierende Jugendliche, bis hin zu unpolitischen oder konservativ geprägten Verbänden zusammen. Seine Entstehungs- und Etablierungsphasen wurden damit zu einem Moment der, auch kritischen, Auseinandersetzung um jugendliche Politisierung, zu dem, was wir andernorts als einen „Verständigungsraum“[386] bezeichneten. Insgesamt jedoch gilt auch im Nordhorner Jugendzentrum:

> „Nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis erwiesen sich viele Jugendzentren als Orte mit relativ weit entwickelter Partizipation – auch wenn sich die ambitionierten Politisierungshoffnungen, die mit ihnen noch in der Ent-

380 Ebd., S. 80.
381 Vgl. ebd., S. 80–87.
382 Zit. nach ebd., S. 6.
383 Straukamp: Diskotheken und Jugendkultur, S. 92.
384 Straukamp/Gerlach, S. 215.
385 Vgl. Templin: Kulturelle Aufbrüche, S. 238.
386 Scharf/Schenke/Tappé, S. 67 ff.

> stehungszeit verbunden wurden, nicht erfüllten."[387]

Auch die DKP konnte, obwohl sie stets in der *Spindel* ihr Wohlwollen und ihre Unterstützung signalisierte und gerade in der Konstitutionsphase des Jugendzentrums die personellen Schnittstellen groß waren, die politische Ausrichtung des Jugendzentrums nicht nachhaltig beeinflussen. Dennoch gab es hier politische wie personelle Schnittmengen, das Zentrum diente damit nicht zuletzt auch dazu, eine Brücke in die Stadtöffentlichkeit zu schlagen und dergestalt eine Scharnierfunktion einzunehmen. In der Auseinandersetzung um seine Einrichtung und darüber hinaus fanden verschiedene politische Akteur:innen mit teils diametral gegenüberstehenden Positionen miteinander ins Gespräch. Politisch blieb es damit in einer moderaten linken Ecke verortet, seine Leistung bestand eher darin, eine Generation Politaktivist:innen in den ersten Lektionen der Partizipation und Autonomie zu lehren. Damit war das Jugendzentrum und die hier versammelten Aktiven formal auf Emanzipation aus den bestehenden Verhältnissen ausgerichtet, ohne diese jedoch entscheidend transzendieren zu wollen.

387 Siegfried: Time Is On My Side, S. 660.

4 Nordhorn-Range: Gemeinsame Abwehrkämpfe gegen die äußere Bedrohung

Die bisherigen Analysen verdeutlichen, dass das linke Lager Nordhorns durchaus divers ist und weit über das DKP-Kernmilieu, das sich in den Textilfabriken der Stadt versammelte, hinausreicht. Wie unter dem Brennglas zeigen sich hier Konflikte innerhalb der radikalen Linken, die typisch sind für die „Post-68er"-Jahre: Sowohl in Nordhorn als auch deutschlandweit rangen antiautoritäre Gruppen und orthodoxe Marxist:innen um Deutungshoheiten und Einflussbereiche. Für die westniedersächsische Kleinstadt ist jedoch charakteristisch, dass sich – wohl nicht zufällig – in dieser Hochphase linkspolitischer Agitation der Konflikt um die sogenannte „Nordhorn-Range" deutlich verschärfte.

Der Schieß- und Bombenabwurfplatz war ursprünglich Teil des Guts Klausheide, das der berühmten deutschen Industriellenfamilie Krupp gehörte. Die Familie baute hier zunächst Arbeiterwohnungen und nutzte das Gelände land- und forstwirtschaftlich. 1933 schenkten die Krupps einen Teil des Geländes der deutschen Wehrmacht, die es als Artillerie-Schießplatz nutzte. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Übungsplatz von der Royal Air Force übernommen, die ihn bis 2001 nutzte und hier Bombenwürfe und Schießübungen durch Kampfflieger trainieren ließ. Seitdem wird unter dem Namen „Luft-Bodenschießplatz Nordhorn" das Gelände durch die Bundeswehr bis heute weiter betrieben.[388] Nordhorner:innen berichten zudem, dass mit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine 2022 die Zahl der Übungsflüge wieder zunimmt.

Bis in die 1950er-Jahre hinein wurden umliegende Flächen weiter bebaut. Als die Lärmbelästigungen überhandnahmen, kam es zu ersten Protesten gegen die Range, jedoch begannen sich diese erst einige Jahrzehnte später zu intensivieren. So erlebten die Nordhorner:innen in Westdeutschland, neben der Hauptstadt West-Berlin mit ihrer „Frontstadtatmosphäre"[389], wohl in einzigartiger Weise die Gleichzeitigkeit von Militarismus und direkter persönlicher Betroffenheit. Der Protest gegen den Vietnamkrieg und den US-Imperialismus, der in vielen deutschen Großstädten relativ abstrakt bleiben musste, fand in Nordhorn einen materiellen Ausdruck: Die Nordhorn-Range. Dies schloss auch Todesopfer mit ein. Am 20. Juni 1968 verunglückte ein belgischer Pilot tödlich; auch von Bombenfehl-

388 Vgl. Straukamp/Gerlach, S. 13.

389 Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegward: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1997, S. 85.

würfen wurde regelmäßig berichtet. Zeitgleich fand auf dem Marktplatz eine Werbeveranstaltung statt, es wurden Broschüren mit dem zynischen Titel „Mit dem Lärm leben" verteilt. Nur wenige Friedensaktivist:innen, Gewerkschaftler:innen und Bürger:innen des besonders betroffenen Ortsteils Klausheide demonstrierten gegen die Veranstaltung.[390] Die Folgen für die Anwohner:innen scheinen zu diesem Zeitpunkt zweitrangig, ebenso wie der Umstand, dass eine derartige Geräuschkulisse zu „schockartigen Reaktionen bei Menschen und Tieren [führen kann]. Der Lärm verhindert, daß Menschen sich entspannen, Kinder in Frieden spielen und Tiere in Ruhe weiden können."[391]

Als im Herbst 1968 schließlich der Bundespräsident Heinrich Lübke und Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) die Range besichtigten, geschah dies noch weitgehend unwidersprochen. Starfighter und andere hochmoderne Flugzeuge und Hubschrauber zogen ihre Kreise und präsentierten den prominenten Gästen, so das vorherrschende Narrativ, die gesamte Verteidigungskraft der NATO – simuliert wurde ein Angriff der „Roten"[392], also der Sowjetstreitkräfte. Die Stoßrichtung war damit klar: Um „Frieden und Freiheit" durch Abschreckung zu sichern, bedürfe es einer schlagkräftigen Armee, und um diese auszubilden, die Range. Eine Strategieänderung des Verteidigungsbündnisses hin zu einer verstärkten „Ausrichtung auf konventionelle Kampfführung" sorgte insbesondere im Bereich der Luftwaffe für „veränderte Rüstung und zusätzliche Ausbildung"[393]. Anders gestaltete sich die Situation am 7. Juli 1971 als etwa 800 Personen zur Range marschierten. Die Stimmungslage der Nordhorner:innen bezüglich des Bombenabwurfplatzes hatte sich im anhaltenden Kalten Krieg deutlich erhitzt, die Anwohner:innen waren nicht mehr bereit, die Lärmbelastung stoisch zu ertragen. Familien aus dem besonders betroffenen Klausheide stürmten um 8 Uhr morgens das Gelände und es hieß: „Range closed!"[394] Was war passiert? Da es bereits am Vortag in der örtlichen Schule zu Unterrichtsausfall gekommen war, genügten an diesem Mittwochmorgen erneute Übungsflüge, damit der Geduldsfaden riss. Doch nicht nur die Schüler:innen, auch Schichtarbeiter:innen, die in den Textilfabriken der Stadt arbeiteten, waren auf ruhige Vormittage, die sie zum Schlafen und zur Erholung nutzen mussten, angewiesen. Das „Maß des Erträglichen" war „bei weitem" überschritten. Daher entschieden sich die Protestierenden dazu, die Range – das Gelände ist auch heute kaum gesichert oder durch Zäune begrenzt – zu besetzen. Auch die Zufahrtsstraße wurde durch Jugendliche blockiert. Zunächst versuchten die Militärs mit ihren eigenen Mitteln, die Platzbesetzer:innen zu vertreiben:

> „In einer Höhe von 20 bis 30 Meter über den Demonstranten zogen die Piloten die Jagdbomber in eine steile Linkskurve und ritten auf dem Strahl davon. Dieses Manöver wiederholten die Piloten noch achtmal. Der Krach war höllisch, doch er verscheuchte die Demonstranten nicht."

Stattdessen richteten sich die Menschen ein, sodass eine gewisse „Campingidylle" herrschte. Diese Form der akustischen Kriegsführung sollte sich auch in den folgenden Jahren bewähren. Auch die gerufene Polizei konnte die hartnäckigen Demonstrierenden schließlich nicht vertreiben, die wiederum ihrerseits angaben, diese Aktion nun täglich zu wiederholen, bis die Range abgeschafft oder verlegt würde. Als am Nachmittag der nieder-

390 Vgl. Straukamp, Werner: Napalmbomben auf der Range. GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 3: Der Vietnamkrieg und das Ende des „Prager Frühlings" finden lokalen Widerhall, in: Grafschafter Nachrichten, 26.11.2018, S. 20.

391 Ohlemacher, Thomas: Lärm am Himmel, Protest am Boden. Bürgerinitiativen gegen militärischen Tiefflug aus soziologischer Sicht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 4/1991, S. 73–83, hier S. 73.

392 Appelbaum, Claus P.: Bomben bei Nordhorn, in: Grafschafter Nachrichten, 01.10.1968. In: Stadtmuseum Nordhorn.

393 Ebd.

394 Hier und im Folgenden: Roeder, Peter: Bombenabwurfplatz mit Kind und Kegel besetzt, in: Grafschafter Nachrichten, 08.07.1971. In: Stadtmuseum Nordhorn.

sächsische Minister des Innern, Richard Lehners, eintraf, kam es zu einem ausgewachsenen Wortgefecht. Lehners wurde nicht müde darauf zu verweisen, dass die Entscheidungshoheit für das Gelände sowie deren Nutzungsumfang bei den entsprechenden NATO-Partner:innen zu suchen sei: „Wir haben keinen Einfluß auf die NATO-Partner!"[395] Zudem betonte er die eigenen Bemühungen, den Platz zu verlegen, und fuhr eine Doppelstrategie, weil er zugleich betonte, dass das Bundesverteidigungsministerium der deutsche Ansprechpartner sei. Als Minister sei er nur für die Niedersachsen zuständig, könne die Bedenken nur weitertragen. Zwischenzeitlich hatte sich eine Alternative für das Übungsgelände im Breddorfer Moor im Landkreis Rotenburg (Wümme) zerschlagen. Lehners dazu: „Ein Platz, der aber seit Jahrzehnten besteht, ist nicht so leicht aus dem Weg zu bringen"[396]. Anhand dieser Episode lassen sich zweierlei Tendenzen beobachten: Einerseits betonten Politiker:innen internationale Dependenzen und wiesen jegliche Entscheidungsbefugnis von sich. Andererseits konnten Lokalpolitiker:innen hingegen fraktionsübergreifend gegen die Range mobilisieren und sich der Bürgerbewegung anschließen. Den Gegner:innen der Range blieb nichts anderes übrig, als kleinere Blockaden der Zufahrtswege (August 1971) oder Platzbesetzungen (1972) zu vollziehen und gleichzeitig weiter mit den Politiker:innen im Diskurs zu bleiben. Doch obwohl kleinere Verbesserungen eintraten – beispielsweise ein Nachtflugverbot – verhärteten sich die Fronten zusehends.[397] Damit war eigentlich früh klar, dass eine realistische Alternative, oder gar die Abschaffung des Geländes, nicht absehbar war. Andererseits wurde die betroffene Bevölkerung zusehends zornig, da sich die gewählten Volksvertreter:innen scheinbar hinter Worthülsen versteckten und eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation – wenn überhaupt – nur mit radikaleren Mitteln zu erreichen war.

Dieses hintergründige Protestpotenzial schwelte weiter, bis es sich im Jahr 1973 spektakulär entladen sollte. Die in der Zwischenzeit gebildete „Notgemeinschaft Nordhorn-Range"[398] – allein die gewählte Bezeichnung ist charakteristisch für die Selbst- und Fremdwahrnehmung der hier versammelten Personen – konstatierte im Juni, dass die letzten Jahre der friedlichen Demonstration und des bilateralen Austauschs ergebnislos verlaufen seien. Laut eigener Aussage fühlten sie sich (auch heute noch) in ihren Menschenrechten verletzt und somit als „Bürger zweiter Klasse"[399]. Die Notgemeinschaft war also „alles andere als eine Revoluzzer- oder APO-Organisation"[400].

Als im Frühjahr 1973 Ramsloh im Kreis Cloppenburg als Entlastungsgelände diskutiert wurde, gab es massiven Protest vor Ort. Letztlich wurde Ramsloh aufgrund von „berechtigten zivilen Belangen der Bevölkerung"[401] nicht zu einem Ausweichstandort der Jagdflieger. In den Ohren der Nordhorner:innen musste diese Entscheidung wie blanker Hohn klingen. Vor diesem Hintergrund kam es im Juni 1973 zur erneuten Platzbesetzung, die etwa 1.000 Personen mobilisierte. Dieses Mal sollten die Aktionen mehrere Tage andauern: „Der Platzbesetzung war in der Nacht zuvor bereits eine Belagerung des Towers und der beiden Brü-

395 Zit. nach: Appelbaum, Claus P.: Zukunft von Nordhorn-Range bestimmen die NATO-Partner, in: Grafschafter Nachrichten, 08.07.1971. In: Stadtmuseum Nordhorn.

396 Zit. nach ebd.

397 Vgl. Straukamp/Gerlach, S. 16.

398 Vgl. für eine detaillierte Aufstellung der Aktivitäten der Notgemeinschaft, die mit der behandelten Platzbesetzung starten, ihre Homepage: Notgemeinschaft Nordhorn-Range: Geschichte und Ziele der Notgemeinschaft Nordhorn-Range von 1971 bis 2009, URL: http://www.Nordhorn-Range-muss-weg.de/ueber-uns/geschichte-und-ziele-der-notgemeinschaft-Nordhorn-Range-von-1971-bis-2009/ [eingesehen am 22.08.2022].

399 Zit. nach: Appelbaum, Claus P.: „Betrogene" Bürger vertrieben Briten von der Nordhorn-Range, in: Grafschafter Nachrichten, Pfingsten 1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

400 Derr, Joh. Hinr.: Gigantisches Ärgernis, in: Lingener Tagespost, 17.09.1971. Aus: Privatarchiv Straukamp.

401 Straukamp/Gerlach, S. 17.



Abb. 1: Blockade der NOH-Range – Foto Erwin Mildes – 19. August 1971. Quelle: Sammlung Stadtmuseum Nordhorn.

cken über den Ems-Vechte-Kanal vorangegangen, die in einem Zusammenstoß mit einem Großaufgebot an Polizei mündete."[402] Als die Demonstrant:innen erfuhren, dass ein Großaufgebot an Polizei, inklusive Wasserwerfern, anrückte, eskalierte die Situation. Vor dem Tower, der der Koordination der Übungsflüge diente, wurden zwei geparkte britische Lastwagen und auf der Range postierte Zielmarkierungen angezündet, die Feuerwehr an Löscharbeiten gehindert. Daraufhin griff die Polizei ein und drängte die Demonstrant:innen schließlich kurzzeitig auf die andere Seite des Kanals zurück, die daraufhin die B 213 besetzten und so den wichtigen Güterverkehr aus und in die Niederlande behinderten. Eine weitere Gruppe baute eine Behelfsbrücke aus leeren Fässern und Brettern, sodass eine Gruppe von Jugendlichen, die sich aus dem Verband der Kriegsdienstverweigerer, dem SDAJ und Personen aus dem Umfeld des Jugendzentrums zusammensetzte, wieder auf das Gelände kommen konnte und den Platz nun permanent besetzt halten wollte.[403] Insbesondere die mit dem frisch gegründeten Jugendzentrum assoziierten Jugendlichen wurden zu wichtigen Akteur:innen: „Das JZ wird so eine Art Rückzugsraum, Beratungshalle und Reservoir für frische Kräfte in den harten Auseinandersetzungen jener Tage."[404]

Die Stimmung war mittlerweile angespannt, so sagte Polizeioberrat Kunze: „Ich scheue die Gewalt, schrecke aber nicht davor zurück."[405] Auch der Regierungspräsident äußerte sich ähnlich, wertete das Vorgehen als „Hausfriedensbruch" und appellierte an die Bevölke-

402 Appelbaum, Claus P.: Flammen auf der Range, in: Grafschafter Nachrichten, 13.06.1973. in: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

403 Vgl. ebd.

404 Straukamp: 10 Jahre Jugendzentrum, S. 30.

405 Zit. nach Appelbaum: Flammen auf der Range.

rung, sich ihre „verständlichen Anliegen" nicht diskreditieren zu lassen. Ausdrücklich lobte er das Vorgehen der Polizei: „Wenn es bisher zu keiner folgenschweren Konfrontation zwischen Demonstranten und Polizei gekommen ist, so ist dies vor allem das Verdienst der eingesetzten Polizeibeamten, die auch in kritischen Situationen ihre Besonnenheit behielten."[406] Die Notgemeinschaft sprang ihrerseits schnell auf diese Argumentation an. „Mündige Bürger brauchen keine Polizeigewalt", „wenn uns die Polizei nicht angreift, werden auch wir friedlich bleiben"[407], betonte in persona ihr Sprecher Wilfried Hansich.

Währenddessen ging die Besetzung der Range weiter, die jedoch in der darauffolgenden Nacht beendet werden sollten. Ein Großaufgebot der Polizei räumte, entgegen der Ankündigungen des Regierungspräsidenten und Verantwortlichen der Polizei selbst, unter massivem Gewalteinsatz den Platz: Der Tonnenstieg wurde demontiert und die anwesenden Personen mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummiknüppeln vertrieben. Insgesamt wurden 51 Personen vorläufig festgenommen, unter ihnen die Jugendlichen auf dem Zeltplatz.[408] Ihre schnelle Freilassung haben sie den übrigen Protestierenden zu verdanken: „Die Freilassung erreichten die Demonstranten mit einer Blockade nahezu aller wichtigen Straßen in der Ortschaft."[409] Als die Straßenblockaden auch nach der Freilassung der kurzzeitig Inhaftierten nicht abgebrochen wurden, wurde die Notgemeinschaft zusehends nervöser, da sie sich nicht mehr mit dem Protestgeschehen identifizieren konnte. Hanisch „distanzierte sich im Namen der Notgemeinschaft von der Fortsetzung der Verkehrsstillegung."[410] Dass die Protestierenden nun endgültig von der Range vertrieben waren, beruhigte die Situation dennoch kaum. Auf beiden Seiten des Kanals standen sich am 14. Juni Demonstrant:innen und Polizei gegenüber. Es kam zu einer gewissen Pattsituation:

> „Die Polizei setzte erneut Tränengas ein und hielt die Bevölkerung so auf respektvolle Distanz. Düsenjagdbomber, die im Tiefflug über die Menge hinwegdonnerten, lösten jeweils vielstimmiges Protestgeschrei aus, und auch die Beamten mußten sich manches böse Wort anhören."[411]

In den folgenden Nächten kommt es zu kleineren Zusammenstößen mit „von weit her angereiste[n] anarchistische[n], radikale[n] Jugendgruppen", welche die Polizei und die Brücken zum Range-Gelände mit Molotow-Cocktails und Steinen bewerfen, ohne jedoch großen Schaden anzurichten.[412]

Besonders die gewaltsamen Auseinandersetzungen, für die die „auswärtigen Anarchisten" exemplarisch stehen, stellen in der historischen Rückschau die wohl größte Kontroverse dar. Ob es diese ortsfremden Randalierer:innen tatsächlich gegeben hat, oder es sich hier lediglich um eine taktische Attribuierung handelt, die allen Beteiligten die Möglichkeit zur Distanzierung offen lässt, kann nicht abschließend geklärt werden. Dass das Protestereignis in der radikalen Linken wahrgenommen wurde – und sich hieran mit einiger Leidenschaft politische Grundsatzdebatten entzündeten –, verdeutlichen Stellungnahmen der „Liga

406 GN: Regierungspräsident zeigt sich betroffen, in: Grafschafter Nachrichten, 13.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1

407 Zit. nach: Appelbaum, Claus P.: „Zustand in Nordhorn ist menschenunwürdig", in: Grafschafter Nachrichten, 14.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

408 Vgl. CDW: Mit Knüppel, Wasser und Tränengas, in: Grafschafter Nachrichten, 15.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

409 Ebd.

410 Ebd.

411 CDW: Konfrontation geht weiter, in: Grafschafter Nachrichten, 16.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

412 Vgl. CDW: Auswärtige Anarchisten im Kampf mit der Polizei, in: Grafschafter Nachrichten, 18.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.



Abb. 2: Demonstrierende verbrennen eine Nachbildung des Towers. Fotograf:in unbekannt.
Quelle: Sammlung Stadtmuseum Nordhorn

gegen den Imperialismus", die der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (Aufbauorganisation) KPD/AO nahestand sowie ein Flugblatt des Kommunistischen Bundes (KB). Die Liga solidarisierte sich mit den Jugendlichen im Protestzeltlager und befürwortete, der Parteidoktrin folgend, die militante und konflikthafte Auseinandersetzung.[413] Auch der KB plädierte für eine Fortführung der Proteste und kritisierte die Verantwortlichen massiv: „Der Kampf ist das einzige Faustpfand, über das die Bevölkerung gegenüber den Regierenden verfügt. Das ist die grundlegende Erfahrung der letzten Wochen."[414] Der „Betrug" der Notgemeinschaft lässt der Bevölkerung objektiv „keine Wahl zwischen Krieg und Frieden"[415], die sich fortan auf die eigene Stärke besinnen und den Kampf fortführen müsse.

Die umfangreichste Publikation,[416] die den Range-Protest von 1973 behandelt, stammt aus dem Verlagshaus Roter Stern, das vom ehemaligen SDS-Vorsitzenden und linksradikalen „Rädelsführer"[417] Karl Dietrich „KD" Wolff 1970 gegründet wurde. Der Verlag entwickelte sich

413 Vgl. Liga gegen den Imperialismus: Nordhorn-Range muss weg, o. O. 1973. Aus Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim, Aktenzeichen: CIr881.1.

414 Kommunistischer Bund/Gruppe Oldenburg: Gespräch mit Leber: Ist dafür gekämpft worden?, o. O. 1973. Aus Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim, Aktenzeichen: CIr881.1.

415 Ebd.

416 Vgl. Eckstein, Sabine: Nordhorn-Range. Bürgerinitiativen zwischen Anpassung und Widerstand/Der Kampf gegen den NATO-Bombenabwurfplatz, Frankfurt am Main 1974.

417 Hieber, Jochen: Mehr als ein Verleger, in: FAZ.net, 27.02.2013, URL: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/karl-dietrich-wolff-genannt-kd-mehr-als-ein-verleger-12092791.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [eingesehen am 20.09.2022].

aus der Frankfurter linksalternativen Szene heraus, hier wurden etwa Schriften von Kim Il-Sung und Jan-Carl Raspe, RAF-Mitglied, verlegt. Weitere spätere RAF-Terrorist:innen arbeiteten hier zeitweilig.[418] Der Verlag publizierte also Bücher, „[…] für die sich außer linken Lesern immer auch Polizei, Geheimdienste und Justiz interessierten."[419] Es kann mit einiger Wahrscheinlichkeit vermutet werden, dass die Autorin, Sabine Eckstein, aus dem studentisch linksradikalen Protestmilieu der Mainmetropole stammt und durch ihre politische Sozialisation im „Theorietank am Main"[420] eine theorieaffinere, mindestens doch eine tatsächlich „auswärtige" Perspektive einbringt. Ob Eckstein und ihre politische Gruppe tatsächlich vor Ort gewesen waren, kann dadurch aber nicht bestätigt werden.

Und tatsächlich ist die inhaltliche Stoßrichtung der umfangreichen Darstellung mit insgesamt über 130 Seiten, welche die Relevanz des Themas unterstreichen, eine deutlich andere als diejenige der lokalen Protestprotagonist:innen. Eckstein ordnet den Range-Protest früh in die übergeordneten Verwertungslogiken des Kapitals, in die „Gewalt der ökonomischen Verhältnisse"[421], ein: Die Menschen würden gezwungen, ihre Arbeit unter Wert in der Fabrik zu verkaufen, und könnten sich aufgrund dieses Ausbeutungsverhältnisses keine Wohnung frei von Lärmbelästigungen leisten. Die Autorin plädiert dafür, die Bewegungen im Kampf gegen die Range überregional zu vernetzen, um größere politische Schlagkraft zu erlangen:

> „Durch eine überregionale Zusammenarbeit der Initiativen würden sich die Kampfbedingungen zweifellos verändern, womit gemeint ist, daß erst dadurch eine praktische Gesellschaftsanalyse betrieben würde, die die Front gegen die Nato aus den konkreten Lebensbedürfnissen der Massen heraus entwickelt."

Somit kritisiert Eckstein die Strategie der Notgemeinschaft, der bürgerlichen Parteien – zu denen sie bezeichnenderweise auch die DKP zählt – sowie der Jugendzentrumsaktivist:innen, vertreten durch den „Regisseur" ter Horst, welche zwischen „richtiger Forderung" und „realistischer Forderung" situationsbedingt schwanke. Im Moment des bislang größten Erfolgs würden diese zurückschrecken und schnell die „Radikalen" zu Sündenböcken erklären. Insgesamt, und dies stößt der Kritikerin besonders sauer auf, hätte sich die DKP mit den übrigen Parteien verbündet, um Tendenzen links der Kommunist:innen auszuschalten, militante Tendenzen der Bevölkerung würden unterdrückt und die Etablierung eines „Gegenmilieus" als „materielle Voraussetzung" des Protesterfolgs werde verhindert. Der Klassencharakter des Range-Protestes sei letztlich nicht aufgedeckt worden, sodass weitergehende politische Forderungen nicht gestellt würden: „Obwohl der Kampf gegen die Range objektiv ein antikapitalistischer und vor allem auch antimilitaristischer war, wurde er von der Bevölkerung nicht mit diesem Bewußtsein geführt."

Der Ecksteinsche Vorwurf steht symptomatisch für die zeitgenössischen Grabenkämpfe innerhalb der radikalen Linken; die jeweiligen Fraktionen warfen sich gegenseitig wahlweise Revisionismus oder konterrevolutionäre Einstellungen vor. Obwohl diese Stellungnahmen also nicht von Nordhorner Gruppen verfasst wurden, verraten sie uns doch einiges über das politische Leben der Stadt, konkreter über das, was selbst durch die DKP *nicht* als Zielperspektive der politischen Arbeit gesehen wird. Selbst die Nordhorner Kommunist:innen, um eine Skandalisierung und Instrumentalisierung lokalpolitischer Vorgänge selten verlegen, nahmen von der doch recht offensichtlichen Vereinnahmung des Geschehens Abstand. Die praktische Handhabung des Range-Protestes durch die ortsansässige DKP dient somit als strategisches Brennglas. Innerhalb der breiten Protestbewegung nahm sie sich selbst zurück, unterstützte die Akti-

418 Vgl. ebd.

419 Walther, Rudolf: Sinkender roter Stern, in: taz, 11.09.2018, URL: https://taz.de/Linker-Verlag-Stroemfeld-insolvent/!5534213/ [eingesehen am 20.09.2022].

420 Leggewie, S. 13.

421 Hier und im Folgenden: Eckstein, S. 9.

onen praktisch und verlagerte weitergehende (welt-)politische Überlegungen in den Kontext der Spindel, wo sie durch das skandalisierende Parteiblatt narrativ gerahmt wurden. Dass die Partei, die zu diesem Zeitpunkt noch über kein politisches Mandat verfügte, eher polit-pragmatisch als doktrinär-kompromisslos agierte, sollte sich in den kommenden Jahren als wertvolles Faustpfand erweisen. Eine an den Belangen der Menschen vor Ort orientierte Politik, der pragmatische Lösungsweg des lokalpolitischen Alltagsgeschäftes, wurde vor der Verstrickung in weltrevolutionäre Systemauseinandersetzungen bevorzugt. Zwar wurde der Bombenabwurfplatz im hauseigenen Medium oftmals kritisiert und bildete den Aufhänger für politische Grundsatzdebatten, in der konkreten politischen Arbeit jedoch scheinen sie – zumindest in diesem Fall – keine starke Rolle gespielt zu haben.

Zweifelsohne hatten die Ereignisse nun eine Dynamik entfaltet, die nicht zu erwarten war und die Entscheidungsträger:innen beider Seiten sichtlich überforderte. Ein die Relevanz der Proteste etwas überschätzendes Urteil lautet demnach: „Die Bundesrepublik hatte bis dahin zwar schon Studentenproteste in Universitätsstädten erlebt, aber noch nie einen so breit gestreuten und aktionsbereiten Protest eigentlich ganz biederer Bürger, die nur eines wollten: ihre Ruhe.“[422] Sogar der niedersächsische Ministerpräsident Alfred Kubel (SPD) schaltete sich persönlich ein und positionierte sich klar gegen die Geschehnisse der letzten Tage. Zwar seien legale Demonstrationen ein wichtiges Mittel der demokratischen Teilhabe, jedoch: „Was in Nordhorn-Range aber in den beiden letzten Nächten geschah, kann weder als legal noch als friedlich angesehen werden.“[423] Zum Protestanlass, dem Ärgernis um die Range, äußerte er sich pessimistisch; Niedersachsen



Abb. 3: Straßensperre zur Blockade der NOH-Range – Foto Rudi Bulla – Juni 1973.
Quelle: Sammlung Stadtmuseum Nordhorn

422 Straukamp/Gerlach, S. 18.

423 Zit. nach: GN: Ministerpräsident Kubel warnt vor übertriebenen Hoffnungen, in: Grafschafter Nachrichten, 16.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

hätte seine Alternativen ausgeschöpft, sodass Kubel konkludiert: „Im übrigen warne ich vor allzu großen Hoffnungen.“[424]

Damit schien der Protesteifer, gemeinsam mit der Euphorie, die die Aktionen möglich machte, endgültig entladen. Zwar wurde für Samstag, den 23. Juni 1973, noch eine Großkundgebung angesetzt, die politische Energie war jedoch verraucht. Vor den Eindrücken der vergangenen Protestwoche, dominierten fortan die Sorgen, ob die Kundgebung friedlich verlaufen würde. Im Vorfeld wurde berichtet, dass zwölf Hundertschaften der Polizei im Einsatz sein würden: „Das gewaltige Polizeiaufgebot soll gewährleisten, daß radikale Elemente die Kundgebung nicht für ihre Zwecke umfunktionieren.“[425] Auch Notgemeinschaftssprecher Hanisch verdeutlichte: „Unser Hauptanliegen für den Ablauf der Kundgebung ist Ruhe und Disziplin.“[426] Dass kein:e Regierungsvertreter:in sowohl von Landes- als auch Bundesebene zur Kundgebung erscheinen würde – und dies auch offen kommuniziert wurde –, erschien damit zweitrangig. Damit bestätigt sich der Befund der Bewegungsforschung, wonach das Image einer sozialen Bewegung ausschlaggebend für ihren Erfolg ist;[427] dies scheinen die Verantwortlichen gespürt zu haben, weswegen letztlich die Betonung der eigenen vernünftigen, abwägenden Ansätze und des strategisch wohl temperierten Handelns im Mittelpunkt stand. Es bestand jedoch kein Grund zur Beunruhigung, die Kundgebung verlief friedlich: „Von allen Politikern wurde der Ablauf der Kundgebung als Beweis gewertet, wie friedlich die Bürger dieses Raumes sind.“[428] Die juristische Aufarbeitung der Geschehnisse nahm indes ihren Lauf, Anklagen gegen handelnde Personen wurden ausgesprochen. Von den Betroffenen wurde dies als weiteres repressives Moment der Einschüchterung erlebt, wie die rhetorische Frage „Wer gehört auf die Anklagebank? Wir oder die Befürworter des Bombenterrors?“[429] verdeutlicht. Trotz der verfahrenen Situation beharrte die Notgemeinschaft auf ihrer Maximalforderung: Der Abschaffung der Range. In Richtung der von der Lokalpresse herbeigeschriebenen „auswärtigen Anarchisten“ wendet sich Hanisch folgendermaßen: „Geht nach Hause! Hier ist kein Nährboden für euch, wir brauchen euch nicht!“[430]

Nordhorn und die Range wurden freilich nicht zu einer Keimzelle einer militanten Widerstandsbewegung; die Auseinandersetzung um die Range zieht sich gleichwohl bis in die Gegenwart. Kurzfristig verlor die Bewegung jedoch ihre Mobilisierungskraft, erst 1980, nach sieben Jahren, sollte wieder gegen die Range protestiert werden.[431] Jüngst ist es der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, der die Frequenz der Übungsflüge ansteigen lässt. Die Auseinandersetzung um die Range stellt – dies gilt noch heute – einen *Metakonflikt* dar. Alle lokalpolitischen Kräfte können hier gefahrlos mobilisieren und ihr politisches Profil schärfen – sofern dies möglich ist, wenn alle Akteur:innen dies tun. Indes: Bereits in den frühen 1970ern wurde eindeutig, dass es auf bundespolitischer wie internationaler Ebene keine Motivation gibt, den Bombenabwurfplatz aufzulösen. Der Protest der Lokalpolitiker:innen erinnert damit an den Ritter von der traurigen Gestalt, dessen Kampf gegen Windmühlen erfolglos bleiben muss. Diese transportierte Stimmung mag nun auch zu dem in der Nord-

424 Zit. nach ebd.

425 CDW: Zwölf Hundertschaften heute in Bereitschaft, in: Grafschafter Nachrichten, 23.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

426 Zit. nach: Appelbaum, Claus P.: 8000 werden Sonnabend in Nordhorn erwartet, in: Grafschafter Nachrichten, 22.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

427 Vgl. Ohlemacher, S. 80.

428 Appelbaum, Claus P.: Trotz ministerieller Sorgen: Kundgebung verlief in Ruhe, in: Grafschafter Nachrichten, 23.06.1973. In: Kreis- und Kommunalarchiv des Landkreises Grafschaft Bentheim. Signatur: KreisA Bent DOZE 1.

429 Initiativgruppe: Keine Prozesse gegen Nordhorn-Range-Gegner, Frühjahr 1974. Aus privaten Beständen.

430 Zit. nach Appelbaum: Trotz ministerieller Sorgen.

431 O. A.: Mit Holzkreuzen gegen „atomares Emsland“, in: Lingener Tagespost, 27.10.1980. Aus: Privatarchiv Straukamp

horner Historie singulären und damit untypischen Protestereignis geführt haben. Die Notgemeinschaft, deren Name bereits ihr politisches Selbstverständnis beschreibt, schaffte es hier, breite Teilung der Bevölkerung zu mobilisieren, sodass der Protest phasenweise an eine Volkserhebung erinnert. Die Intensität der Ereignisse musste überraschen – auch die noch junge DKP, die sich auf ein strategisch orientiertes Handeln verlegte. Der Sturm auf die Nordhorn-Range fand zeitgleich mit den Konstitutionskonflikten des Jugendzentrums statt; Jugendliche aus dessen Umfeld nahmen eine gewichtige Funktion im Ablauf des Protests ein, bildeten mitunter seine Speerspitze. Ohne diese Aktivist:innen wäre eine Besetzung des Geländes über Nacht wohl nicht möglich gewesen. In dem Metakonflikt fanden demnach abermals verschiedene Akteur:innen zusammen, verschafften sich gegenseitig politische Legitimität und legten gemeinsam den Grundstein für eine linke Alternativkultur Nordhorns.

5 Schluss: Zeiträumliche Verdichtung des gegenkulturellen Protestmilieus?

Gefragt wurde nach den Charakteristika des Nordhorner Linksradikalismus während seiner Sattelzeit, den 1960er- und 1970er-Jahren, und inwiefern dieser einen politisch-kulturellen Prägefaktor der Stadtgesellschaft darstellte. Da sich der örtliche Linksradikalismus, so unsere anfängliche Vermutung, aus einem DKP-nahen Arbeitermilieu und einem eher antiautoritären Teil rekrutierte, fragten wir zudem nach etwaigen Deutungskonflikten zwischen diesen Gruppen. Insbesondere das Zusammenwirken jugendpolitischer Akteur:innen mit der örtlichen Arbeiterbewegung führte zu einer politischen Prägung des linken Lagers, welche für sich einen gegenkulturellen Charakter betonte und diesen in ritualisiert vorgetragenen Konflikten kultivierte, ohne jedoch den gesellschaftlichen Konsens partnerschaftlicher Konfliktbearbeitung nachhaltig zu verletzen.

Die lokale politische Kultur Nordhorns identifizierten wir als einen Resonanzraum, in dem die jeweiligen politischen Strömungen entstehen, wachsen und miteinander streiten konnten, wodurch sich ein einzigartiges Geflecht entspann. Prägend für die Vechtestadt ist das Erbe der Textilindustrie, welche die Konstitution einer sozialistischen Arbeitervertretung beförderte, die jedoch keinesfalls den unversöhnlichen, klassenkämpferischen Habitus anderer Herkunftsstädte entfaltete. Erst um die vorletzte Jahrhundertwende herum konnte dieser Zustand der räumlichen Segregation behoben werden. Zugleich erlebte Nordhorn durch die Industrialisierung mehrere „Gründerbooms“, die es schnell zu einem textilindustriellen Zentrum werden ließen. Nordhorn wurde wirtschaftlich rasch von der Textilindustrie abhängig, dieser Zustand gilt bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Indes: Eine organisierte und kampfentschlossene Arbeitervertretung oder gar -bewegung gab es erst ab dem Ende der Weimarer Republik. Dieser Umstand speist sich aus verschiedenen Faktoren: Zunächst vollzog sich die Industrialisierung auf einem quantitativ kleinen Niveau, viele Arbeiter:innen waren lange in Heimarbeit eingestellt, die Fabrikkomplexe der englischen Schwerindustrie waren in Nordhorn lange unbekannt, weswegen sich hier vergleichsweise spät ein gemeinsames Klassenbewusstsein bildete. Erst aus dem Ruhrgebiet stammende Arbeiter:innen konnten ihre Erfahrungen und Mentalitäten „importieren“. Durch die Grenzlage gab es zudem ein stabiles Arbeitskräftereservoir, stadtfremde Aushilfen konnten in wirtschaftlichen Aufschwungsphasen eingestellt und während Rezessionen entlassen werden. Einheimische Angestellte waren durch Entlassun-

gen lange nicht betroffen und hatten deswegen keinen unmittelbaren Protestanreiz. Bei den wenigen Gelegenheiten, als während des Kaiserreichs oder der Weimarer Republik ein Arbeitskampf ausgerufen wurde – trotz aller Umstände war die wirtschaftliche Lage der Arbeiter:innen mitunter prekär –, kam es zu politischen Niederlagen, welche die ersten feinen Organisationsversuche zermürbten.

Verdichtete Arbeitermilieus lassen sich erst in der Weimarer Republik finden. Durch die stetig wachsende Textilindustrie wurden neue Arbeitskräfte benötigt. Die Stadt wuchs also parallel zur Textilindustrie, weswegen es entweder zu Eingemeindungen kam oder neue Arbeitersiedlungen gegründet wurden. Hier kam es mitunter zu einer festen Milieubindung, welche sich in eindeutigen Wahlergebnissen oder dem entschiedenen Kampf gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus zeigt. Zur Janusköpfigkeit des Arbeitermilieus gehört jedoch auch, dass die Arbeiterbewegung – und dies mag bis in die Hochphase der DKP hinein gelten – politisch weitgehend unter ihren Potenzialen blieb. Dies zeigt besonders eindrücklich der, letztlich gescheiterte, Textilarbeiterstreik von 1953. Zwar konnte Nordhorn wirtschaftlich schnell an die Prosperitätsphasen vor dem Dritten Reich anknüpfen, die Lage der Textilarbeiter:innen blieb aber weiter angespannt. Als nun 1953 der Ausstand der Textilbranche beschlossen wurde, lief der Streik hier gemäßigt ab. Obwohl gegen die Mehrheit der Streikenden entschieden wurde, einen Kompromissvorschlag anzunehmen, kam es selbst hier nicht zu stärkeren Protesten. Lediglich einige kommunistische Vertreter:innen, unter ihnen Heinz Deymann, propagierten die Fortführung des Streiks, weswegen sie aus den Betrieben entlassen wurden. Hier zeigt sich einerseits einmal mehr der wenig konflikthafte oder gar militante Charakter der Auseinandersetzung, andererseits war der Streik doch ein so einschneidendes Erlebnis, dass fortan die meisten Auseinandersetzungen „am grünen Tisch" beigelegt wurden. Der Burgfrieden zwischen Arbeit und Kapital, um den marxschen Grundwiderspruch zu bemühen, blieb gewahrt.

Schon 1968 bewegte sich die Parteineugründung zwischen Anachronismus und Opportunität. Schien die Wiederentdeckung der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt in der Hochphase der antiautoritären „68er" nicht mehr zeitgemäß – wenige Jahre später sollte sie auch von anderen linksradikalen Spaltprodukten der antiautoritären Bewegung vollzogen werden –, mag dies nur bedingt für die Textilstadt Nordhorn gelten. Trotz aller Widersprüchlichkeiten und Rückschläge war die Stadt durch die Textilarbeiterschaft geprägt, deren Alleinvertretungsanspruch nun die DKP reklamierte. Mit der Galionsfigur Deymann, der auch heute noch als integer gilt, gelang nach einigen Anlaufschwierigkeiten schließlich der politische Neustart. Rasch konnte die Partei einige Wahlerfolge verzeichnen, das Presseorgan, die *Rote Spindel*, wurde als moralisches Korrektiv der Stadtöffentlichkeit angesehen, nicht zuletzt, weil hier teilweise Investigativjournalismus geleistet wurde. Indem sie für umfassende sozialstaatliche Maßnahmen warb, unablässig gegen die etablierten Stadtratsparteien polemisierte und geschickt eigene weltanschauliche Überlegungen einflocht, konnte die Partei ein Spitzenergebnis von 12,2 Prozent erzielen. Dabei wurde die Parteipolitik regelmäßig in den Kontext der globalen marxistisch-leninistischen Bewegungen eingeordnet.

Die Interpretation der DKP-Betriebszeitung *Rote Spindel* veranschaulichte stichprobenartig inhaltliche Schwerpunkte auf dem Entwicklungsweg der Partei. Hier wird deutlich, dass es sich nicht nur um eine „gelenkte" Partei handelte, da viele Ausgaben der *Spindel* von jugendkulturellem Engagement zeugen. Wie sich an Parteiausschlüssen und -austritten zeigen sollte, waren wohl die wenigsten Wähler:innen orthodoxe Kommunist:innen, sondern strebten nach politischer Einflussnahme jenseits von CDU und SPD. Die Parteizeitung erschuf eine Gegenöffentlichkeit, an der weitaus mehr Bürger:innen Interesse fanden, als die Stadt Kommunist:innen beheimatete. Sie informierte ausgiebig über die Missstände und Perspektivlosigkeit in der Textilindustrie sowie über jüngste Entwicklungen bezüglich Nordhorn-Range und erzeugte eine veränderte, kritische Wahrnehmung des politischen Geschehens in Nordhorn.

Wir haben in den Interviews auf das Erleben des politisch-kulturellen Umfelds Nordhorner Altaktivist:innen fokussiert und das Verhältnis zwischen DKP und anderen Akteur:innen beleuchtet. Die Interviewpartner:innen sind unter dem latenten Einfluss einer fortdauernden materialistischen Frontlinie zwischen (Textil-)Arbeiterschaft und Industrie aktiv. Diese Frontlinie hat sich im Aufwachsen der Aktivist:innen lokal-strukturell wie ideell niedergeschlagen. Die Nordhorn-Range stellte einen Metakonflikt auch zu denjenigen Bürger:innen dar, die nicht in DKP, Jugend- oder Frauenbewegung aktiv waren. Für den Erfolg der lokalen DKP prägend waren lokale Galionsfiguren, insbesondere Heinz Deymann, der als Kern der DKP erinnert wird. Deymann suchte den politischen Diskurs mit jungen Protestler:innen und spielte somit eine tragende Rolle in deren Politisierung. Die DKP wurde von der hiesigen Bevölkerung als einzige Instanz wahrgenommen, die „Klartext" sprach. Zentral war dafür auch das Parteiblatt *Rote Spindel*. Bei aller Kritik äußern sich die interviewten Personen gegenüber der DKP stets mit Wertschätzung für das persönliche Engagement und die Menschlichkeit der Mitglieder. Entsprechend bürgerlich integriert sind vor allem die Aktivist:innen der späteren Generation, sprich unseres Samples. Eine Stimmungswende innerhalb und gegenüber der DKP geschah mit der Wende. Die Gesprächspartner:innen schildern eine kritischere Atmosphäre und die Interpretationskrise des realexistierenden Sozialismus lässt auch das Parteiinnere nicht unberührt. Bereits mit der Biermann-Affäre und den Parteiausschlussverfahren haben sich bei den DKP-Mitgliedern lebenslänglich unterschiedliche Verhältnisse zur Partei entwickelt. Die politische Kultur Nordhorns erscheint in den Interviews durch eine Spannung zwischen konsensueller Grundstimmung und Konfliktwillen geprägt. Besonders die Jugendinitiative mauserte sich mit dem Jugendzentrum zu einer eigenen linken Szene, die gegenkulturelle Grundsatzkonflikte um Autonomie versus Verwaltung austrug. Die von uns interviewten Aktivist:innen bilden kein an sozio-ökonomischen Determinanten zu bestimmendes Milieu. Vielmehr hat sich im Kontext der Nordhorner Bedingungen eine zeitlich-räumlich gebundene Protestkultur entwickelt, die für einen kleinstädtischen Raum durchaus bemerkenswert ist.

Aus ihrer ersten großen Krise seit Neugründung ging die Partei unbeschadet hervor: Nach der Ausbürgerung des Liedermachers Biermann und dem Parteiausschluss der aufbegehrenden jungen Stürmer:innen und Dränger:innen konnte sich eine sozialistische Alternative nicht etablieren. Der schleichende Untergang der Textilindustrie scheint den Zulauf zum kommunistischen „Original" sogar zu verstärken, die DKP bleibt „Stachel im Fleisch" der Herrschenden. Erst ab den 1990er-Jahren, nach dem Niedergang der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten einschließlich der DDR, nachdem sich die Deymanns von der politischen Bühne zurückzogen und die Textilindustrie auf einige wenige Restbestände zusammenschrumpfte, kurz: nachdem eine revolutionäre Arbeiterpartei endgültig anachronistisch zu werden schien, setzte auch der endgültige Niedergang der DKP ein. Eine ausbleibende Kritik am realexistierenden Sozialismus der DDR sorgte sowohl für interne Kritik als auch dafür, dass sich weite Teile der Stadtbevölkerung irritiert abwandten.

Als einen weiteren Prägefaktor konnten wir die Charakterisierung Nordhorns als (politische) „Provinz" identifizieren; im kleinstädtischen Raum ist Politik deutlich personeller geprägt, als wir es von den politischen Zentren kennen. Die Anonymität sowie die politische Angebotsvielfalt der Großstadt lässt sich in Nordhorn, und wohl auch in den anderen Kleinstädten Niedersachsens, nicht finden. Hier ist es möglich, durch großes persönliches Engagement eine Struktur zu schaffen, die – mangels konkurrierender Alternativen – insbesondere auf Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in biografiespezifischen generationalen Emanzipationsprozessen befinden, eine gewisse Sogwirkung entfalten kann. Damit ist ein anderer, ein kultureller Widerspruch angesprochen, der sich von dem Materialismus der Parteikommunist:innen unterscheidet; die Jugendlichen forderten diesen politischen Nachholbedarf in der Textilstadt ein. In Nordhorn vollzieht sich dieser Prozess in einer Transitionsphase – in Abgrenzung zu

einer oftmals aufgeladenen Vorstellung von „68" – bis in die späten 1970er-Jahre hinein. Das gegenkulturelle Protestpotenzial manifestierte sich bereits 1968, etwa durch den Ostermarsch oder den Protest gegen den Von-Thadden-Besuch, auch ohne eine elaborierte Organisation. Die in Form von Leserbriefen leidenschaftlich geführten Debatten in den *Grafschafter Nachrichten* zeigen jedoch auch, dass es einen konservativ geprägten Teil des Bürgertums gab, dem jedwedes jugendpolitisches Engagement per se suspekt war und der entsprechend ablehnend auf diese Politisierungsversuche reagierte. War Deymann der Leuchtturm der Arbeiterbewegung, so trifft dies – neben einigen anderen – auch auf Karl-Wilhelm ter Horst hinsichtlich der Jugendbewegung zu. Ter Horst wirkte früh auf eine linkspolitische Mobilisierung der Nordhorner Jugend hin und stellte bis zu seinem DKP-Ausschluss ein Bindeglied zwischen den jeweiligen Sphären dar.

In der Jugendzentrumsbewegung fanden die verschiedensten Akteur:innen zusammen und konnten auch jenseits ihrer ideologischen Vorprägungen fruchtbar zusammenarbeiten. Die zaghaften Konflikte, die es mit Offiziellen gab und in sozialen Bewegungen auch immer der Selbstvergewisserung und der Identitätsstiftung dienen, waren nie militant geführt. Nach anfänglichen, vermuteten oder tatsächlichen, Provokationen der einen oder der anderen Seite war stets schnell das Bemühen nach einem für beide Seiten tragbaren Kompromiss spürbar. Ihren Ausgangpunkt hatte die Jugendzentrumsbewegung in der Auseinandersetzung um eigene Veranstaltungs- und Konzerträume. Die damals populäre Rockmusik übte für die Jugendlichen, gemeinsam mit den sich hieran anschließenden Debatten um Sexualität und Körperlichkeit, zweifelsohne spürbare Anziehungskraft aus. Weiterhin wurde in der Bewegung das Verhältnis von individueller und gesellschaftlicher Autonomie verhandelt. Sie war damit ein Ergebnis einer gesellschaftlichen Entwicklung, stellte zugleich im Lokalen aber auch einen Prozess dar, anhand dessen sich viele unterschwellig vorhandene Tendenzen erst schärften, ausbrachen und schließlich politisch artikulieren konnten. Die Dialektik des vorpolitischen Seins und Werdens tritt hier voll zutage. Die politische Funktion des Jugendzentrums lag darin, einen Erfahrungs- und Verständigungsraum zu bieten. Trotz der Angst vor dem Schreckgespenst des Kommunismus konnten hier moderate und radikalere Kräfte miteinander kooperieren.

Der Metakonflikt um die Nordhorn-Range bildet gewissermaßen einen Kulminationspunkt. In den Platzbesetzungen und Demonstrationen von 1973 kanalisieren sich bereits vorhandene Protestenergien und gegenkulturelles Potenzial, amalgamieren sich und werden eingehegt in eine mehrheitsgesellschaftliche Protestbewegung – der Kampf gegen die Range war eine Grundforderung aller lokalpolitischer Parteien. Mutmaßliche Randalierer:innen werden diskursiv schnell aus dem Spektrum dessen, was die Stadt bereit ist zu tolerieren, ausgeschlossen und damit aus dem legitimen Diskurs verbannt. Daher lassen sich keine einheimischen Akteur:innen finden, die offen militante oder gar revolutionäre Positionen vertreten. Die letztliche Befriedung und legalistische Ausrichtung des Protestes trägt damit maßgeblich zur politischen Sozialisation der Zeitzeug:innen bei.

Prägend für die politische Kultur Nordhorns war beides: Sowohl die langen Traditionslinien der Arbeiterbewegung, die sich lange auch in einer intensiven Betriebsgruppenarbeit manifestierten, als auch der gewandelte Zeitgeist in Gestalt der aufziehenden antiautoritären Studierendenbewegung. Insbesondere die anhaltend politisierte materialistische Konfliktlinie zwischen (imaginiertem) Industrieproletariat und besitzenden Fabrikant:innen war mithin Erfolgsvoraussetzung sowie Ergebnis des DKP-Erfolgs – sie virulent zu halten, musste demnach Hauptaufgabe der Partei sein. Die textilarbeiterische Prägung Nordhorns dient damit als Ermöglichungsraum des parteikommunistischen Engagements. Neben diesem politischen „Standbein" konnte sie mit ihrem „Spielbein" weitere Themen, wie etwa die Jugendpolitik, glaubhaft adressieren. Die beiden Entwicklungen finden im zeitörtlich verdichteten Protestmilieu zusammen. Die primären Politikerfahrungen, welche die von uns interviewten Zeitzeug:innen sammelten, sollten das politische Leben Nordhorns auch über den hier gewähl-

ten Beobachtungszeitraum hinaus beeinflussen. Eine Vielzahl der handelnden Personen blieb der Stadt (auch) politisch erhalten, ob als Aktivist:in, Lokalpolitiker:in oder Teil einer kritischen Stadtöffentlichkeit.

Für den Erfolg der DKP Nordhorn sind damit verschiedene Faktoren maßgebend. Einerseits war das *Akteurshandeln* vor Ort entscheidend, andererseits nahm die Partei auf der institutionellen Ebene die Rolle des *Korrektivs* ein – zumindest schaffte sie es, sich als solches zu inszenieren. Durch die stetige Aktivierung des Parteigründungsmythos und das Zusammenspiel mit anderen lokalpolitischen Akteur:innen, schaffte sie es, sich eine politische Nische zu schlagen und diese beharrlich auszufüllen. Der lokalkulturelle Kontext wirkte nun als vermittelnder Faktor zwischen diesen beiden Ebenen, hier waren sowohl die Restbestände textilarbeiterischer Traditionen, eine unter den Vorzeichen von Emanzipation und Teilhabe politisierende junge Generation und ein vermittelnder Metakonflikt bedeutungsvoll.

Jedoch dürfen die hier vorgestellten Ergebnisse nicht darüber hinwegtäuschen, was wir in dieser Studie *nicht* leisten konnten. Wichtig wäre eine Betrachtung der Neuen Sozialen Bewegungen der späten 1970er- und 1980er-Jahre. In Nordhorn kam die Anti-AKW-Bewegung zu einiger Bedeutung, entsprechend früh etablierten sich auch Die Grünen als Partei, die Verbindung zum hier betrachteten Protestmilieu bedarf weiterer Aufmerksamkeit. Auch die sozioökonomischen Faktoren, in einer Fabrikstadt wie Nordhorn sicherlich bedeutend, konnten in diesem Zusammenhang nicht betrachtet werden.

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz, in: ders. (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main 2020 [1969], S. 88–104.

Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom (Hrsg.): Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Frankfurt am Main 2019.

Bloch, Ernst: Gespräch über Ungleichzeitigkeit, in: Enzensberger, Hans Magnus/Michel, Karl Markus/Wieser, Harald (Hrsg.): Kursbuch 38. Lohnarbeit, Berlin 1997, S. 1–9.

Boehm, Andreas: Grounded Theory – Wie aus Texten Theorien und Modelle gemacht werden, in: Boehm, Andreas/Mengel, Andreas/Muhr, Thomas (Hrsg.): Texte verstehen – Konzepte, Methoden, Werkzeuge, Konstanz 1994, S. 121–140.

Der Bundeswahlleiter: Bundestagswahl 2021, URL: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html [eingesehen am 14.09.2022].

Deycke, Alexander/Isele, Sören: Kein ruhiges Hinterland? Autonomer Antifaschismus in der Provinz, in: Demokratie-Dialog, H. 3/2018, S. 20–29.

Dobis, Michael: Kobitzki, Ferdinand, in: Die politischen Häftlinge des Konzentrationslagers Oranienburg, URL: https://web.archive.org/web/20160304200037/http://www.stiftung-bg.de/kz-oranienburg/index.php?id=366 [eingesehen am 20.07.2022].

Ebbighausen, Rolf/Kirchhoff, Peter: Der angepasste Klassenkampf: Organisation und Politik der KPD zwei Jahre nach ihrer Neukonstituierung, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 11 (1970), H. 4, S. 556–578.

Ebbighausen, Rolf/Kirchhoff, Peter: Die DKP im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 427–466.

Faulenbach, Bernd: „Antikommunismus" als Problem der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Skizze über einen ungeklärten Begriff der Nachkriegsepoche, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2008, Jg. 15 (2008) S. 231–238.

Fichter, Tilman/Lönnendonker, Siegward: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1997.

Flechtheim, Ossip K. / Rudzio, Wolfgang / Vilmar, Fritz / Wilke, Manfred: Der Marsch der DKP durch die Institutionen. Sowjetmarxistische Einflußstrategien und Ideologien, Frankfurt am Main 1980.

Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992.

Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945-1990. Zwei Kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990.

Gabriel, Oscar W.: Politische Milieus. Individualisierung und der Wandel der Strukturen des Parteienwettbewerbs in Deutschland, in: Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hrsg.): Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland, Schwalbach/Ts. 2011, S. 11–29.

Gallus, Alexander: Vier Möglichkeiten, die Intellectual History der Bundesrepublik zu ergründen. Überlegungen zur Erschließung eines Forschungsfeldes, in: Bajohr, Frank/Doering-Manteuffel/Kemper, Claudia/Siegfried, Det-

lef (Hrsg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 287–300.

Gringmuth, Sven: Was war die Proletarische Wende? Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken, Münster 2021.

Herrenknecht, Albert: „Kleinstadt 1968". Die politischen Jugendbewegungen in der Provinz von den 1950er bis 1970er Jahren, in: PRO-REGIO-ONLINE – Zeitschrift für den Ländlichen Raum, Heft 5/2008.

Herrenknecht, Albert/Wohlfahrt, Jürgen: Vom Kampf gegen die Provinz zum Kampf mit der Provinz, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 4/1991, S. 21–3.

Hieber, Jochen: Mehr als ein Verleger, in: FAZ.net, 27.02.2013, URL: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/karl-dietrich-wolff-genannt-kd-mehr-als-ein-verleger-12092791.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 [eingesehen am 20.09.2022].

Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute, Opladen 2001.

Hoffrogge, Ralf: Fordismus, Eurokommunismus und Neue Linke. Thesen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Arbeiterbewegung und linker Szene in der BRD, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2012, Jg. 19 (2012), S. 249–263.

Horn, Gerd-Rainer: Arbeiter und „1968" in Europa: Ein Überblick, in: Gehrke, Bernd/Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.): 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai" in Europa, Hamburg 2018, S. 36–59.

Jesse, Eckhard: Das neue Parteiprogramm der DKP, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E&D), Jg. 19 (2007).

Klein, Hartmut: Nordhorn – Wandel von Stadt und Umland als Folge der Industrialisierung, in: Looz-Corswarem, Clemens von/Schmitt, Michael (Hrsg.): Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979, S. 229–274.

Klessmann, Christoph: Antikommunismus und Ostkolleg. Anmerkungen zur politischen Kultur der (alten) Bundesrepublik, in: Bajohr, Frank/Doering-Manteuffel/Kemper, Claudia/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 83–95.

Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.

Kraushaar, Wolfgang: „1968" in der Bundesrepublik, Stuttgart 2018.

Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, S. 40–57.

Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen und Bildungskonzeptionen, Bonn 2003.

Leggewie, Claus: 50 Jahre '68. Köln und seine Protestgeschichte, Köln 2018.

Lepsius, Rainer M.: Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel Wilhelm/Borchardt, Knut/Kellenbenz, Herrmann/Zorn, Wolfgang (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371–393.

Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967.

Lösche, Peter/Walter, Franz: Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, Jg. 26 (2000), H. 3, S. 471–492.

Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

Lensing, Helmut: Die SPD in Schüttorf von den Anfängen bis 1933, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 6 (1997), S. 33–88.

Lensing, Helmut: Die Betriebsratswahlen in der Nordhorner Textilindustrie während der Weimarer Republik – Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Grafschaft Bentheim, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 8 (2001), S. 41–104.

Lensing, Helmut: Die politische Partizipation der Bürger – Wahlen und Parteien in der Graf-

schaft Bentheim, in: Voort, Heinrich (Hrsg.): 250 Jahre Bentheim-Hannover. Die Folgen einer Pfandschaft 1752-2002, Bad Bentheim 2002, S.127–266.

Lensing, Helmut: Art. Deymann, Heinrich (Heinz), in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 17 (2010), S. 349–390.

Lensing, Helmut: Die Nordhorner christlichen Kirchen im Dritten Reich, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Nordhorn im 3. Reich, Haselünne 2016, S. 202–254.

Mannewitz, Tom/Thieme, Tom: Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn 2020.

Mahlerwein, Gunter: Revolte im Dorf? Innovationspotenziale und Traditionsbezüge ländlicher Jugendzentren in Rheinhessen, in: Paulus, Julia (Hrsg.): ‚Bewegte Dörfer'. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990, Paderborn 2018, S. 177–186.

Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens: Schenke, Julian/Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264.

O. A.: Ferdinand Kobitzki, in: Stolpersteine Nordhorn, URL: https://stolpersteine-nordhorn.nolis-manager.de/kob/index.php [eingesehen am 20.07.2022].

Ohlemacher, Thomas: Lärm am Himmel, Protest am Boden. Bürgerinitiativen gegen militärischen Tiefflug aus soziologischer Sicht, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, H. 4/1991, S. 73–83.

Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014.

Radke, Johannes: Der rechtsextreme „Kampf um die Straße", in: bpb.de, URL: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/184385/der-rechtsextreme-kampf-um-die-strasse/ [eingesehen am 19.08.22].

Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.

Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994.

Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 1–21.

Rohe, Karl: Entwicklung der politischen Parteien und Parteiensysteme in Deutschland bis zum Jahre 1933, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, S. 39–58.

Rohr, Werner: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordhorn von den Anfängen bis 1945, in: Emsländische Landschaft für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim e.V. (Hrsg.): Emsland/Bentheim. Beiträge zur neueren Geschichte, Band 4, S. 45–202.

Rohr, Werner: Die DKP in Nordhorn. Geschichte einer gelenkten Partei, Bad Bentheim 2012.

Rohr, Werner: Nordhorns Weg ins „Dritte Reich", in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Nordhorn im 3. Reich, Haselünne 2016, S. 13–22.

Rohr, Werner: Widerstand und Verfolgung, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Nordhorn im 3. Reich, Haselünne 2016, S. 152–164.

Rohr, Werner/Straukamp, Werner: 1953. Nordhorner Textilarbeiter im Streik, in: Stadt Nordhorn Volkshochschule (Hrsg.): Materialien der Geschichtswerkstatt an der Volkshochschule Nordhorn, Bd. 3, Nordhorn 1988.

Roik, Michael: Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn u. a. 2006.

Scharf, Philipp/Schenke, Julian: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand. Über hartnäckige Begriffsroutinen und empirische Defizite im Themenfeld des Linksradikalismus, in: Demokratie-Dialog, H. 8/2021, S. 16–26.

Scharf, Philipp/Schenke, Julian/Tappé, Luke: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt. FoDEx-Studie Politische Kultur Nr. 7, Göttingen 2021.

Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), Göttingen 2020.

Schmidt, Hans-Gerd: Die 68er-Bewegung in der Provinz. Vermittlungswege und Handlungsfelder am Beispiel der Region Lippe, in: Paulus, Julia (Hrsg.): ‚Bewegte Dörfer'. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990, Paderborn 2018, S. 71–87.

Schneider, Johannes: Das Hufeisen muss runter, in: ZEIT ONLINE, 28.10.19, URL: https://www.zeit.de/kultur/2019-10/linke-rechte-hufeisen-theorie-thueringen-bjoern-hoecke-bodo-ramelow [eingesehen am 19.09.2022].

Schönroch, Jonas: Sehnsucht nach neuem Protest. GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 7: Was wir aus jenem Jahr lernen können/Protagonisten von damals im Gespräch, in: Grafschafter Nachrichten, 24.12.2018, S. 24.

Schulz, Hans-Joachim: Elisabet Deymann. Parteiliches Leben in Nordhorn. Bilder einer politischen Biografie, Haren 2009.

Schütte, Christoph: Parteien und Wahlen in Nordhorn, in: Looz-Corswarem, Clemens von/Schmitt, Michael (Hrsg.): Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979, S. 275–332.

Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.

Siegfried, Detlef: Superkultur. Authentizität und politische Moral in linken Subkulturen der frühen siebziger Jahre, in: Knoch, Habbo (Hrsg.): Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 251–268.

Siegfried, Detlef: „1968" in der ländlichen Gesellschaft. Revolte, Flucht und skeptische Neuaneignung, in: Seegers, Lu (Hrsg.): 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande, Göttingen 2020, S. 59–74.

Staritz, Dietrich: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band 2: FDP bis WAV, Opladen 1984, S. 1663–1809.

Steinwascher, Gerd: Das Emsland – Annäherungen an eine Region, in: Kehne, Birgit (Hrsg.): GeschichtsLandschaft Emsland/Bentheim. Tagung zum 25-jährigen Bestehen des Arbeitskreises Geschichte der Emsländischen Landschaft für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim (1981-2006) am 3. November 2006, Sögel 2007, S. 35–45.

Straukamp, Werner: Nordhorn 1969: Stadt im Wandel. Auftakt zu neuer GN-Serie/Vor 50 Jahren ist mehr als die Hälfte der Kreisstadt-Bevölkerung unter 30 Jahre alt, in: GN Journal am Wochenende, 17.11.2018.

Straukamp, Werner: Eine Jugend im Aufbruch? GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 2: Die Protestbewegung besteht aus mehreren Gruppen, in: Grafschafter Nachrichten, 19.11.2018, S. 20.

Straukamp, Werner: Napalmbomben auf der Range. GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 3: Der Vietnamkrieg und das Ende des „Prager Frühlings" finden lokalen Widerhall, in: Grafschafter Nachrichten, 26.11.2018.

Straukamp, Werner: Streit um die „Synagogenstraße". GN-Serie „Nordhorn 1968"/Folge 4: Die NS-Vergangenheit wird zur Herausforderung für die Gegenwart, in: Grafschafter Nachrichten, 3.12.2018.

Straukamp, Werner: Die Textilindustrie der Grafschaft Bentheim im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit 1914-1922, in: Studiengesellschaft für Emsländische Regionalgeschichte (Hrsg.): Emsländische Geschichte, Jg. 27 (2020), S. 218–276.

Straukamp, Werner: Diskotheken und Jugendkultur entlang der Bundesstraße B213 1965 bis 1989. Forschungsbericht zu dem Projekt „Eine Disco kommt ins Museum. Diskothek ‚zum Sonnenstein'" im Niedersächsischen Freilichtmuseum – Museumsdorf Cloppenburg, Cloppenburg 2021.

Straukamp, Werner/Gerlach, Friedrich: Nordhorn und die 70er. Demonstranten, Stadtplaner und Textiler, Bad Bentheim 2004.

Strauss, Anselm/Corbin, Juliet M.: Grounded theory in practice, Thousand Oaks 1997.

Templin, David: Freizeit ohne Kontrollen. Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015.

Templin, David: Kulturelle Aufbrüche, politische Konflikte, alternative Räume. Die Jugendzent-

rumsbewegung und der Wandel der westdeutschen „Provinz“ nach ‚1968‘, in: Seegers, Lu (Hrsg.): 1968. Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande (Kulturlandschaft Schaumburg, Band 24), Göttingen 2020, S. 225–243.

Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas, Müller, Dagmar: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main 2015 [1993].

Vester, Michael: Alternativbewegungen und neue soziale Milieus. Ihre soziale Zusammensetzung und ihr Zusammenhang mit dem Wandel der Sozialkultur, in: Reichardt, Sven/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 27–60.

Wagner, Herbert: Die Gestapo war nicht allein … Politische Sozialkontrolle und Staatsterror im deutsch-niederländischen Grenzgebiet 1929–1945, Münster 2004.

Walter, Franz: Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017.

Walther, Rudolf: Sinkender roter Stern, in: taz, 11.09.2018, URL: https://taz.de/Linker-Verlag-Stroemfeld-insolvent/!5534213/ [eingesehen am 20.09.2022].

Wischermann, Clemens: Vom Heimgewerbe zur Fabrik. Industrialisierung und Aufstieg der Nordhorner Textilindustrie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Looz-Corswarem, Clemens von/Schmitt, Michael (Hrsg.): Nordhorn. Beiträge zur 600jährigen Stadtgeschichte, Nordhorn 1979, S. 190–228.

Quellenverzeichnis

Appelbaum, Claus P.: Bomben bei Nordhorn, in: Grafschafter Nachrichten, 01.10.1968.

Appelbaum, Claus P.: Demonstration ohne Resonanz, in: Grafschafter Nachrichten, 31.03.1969.

Appelbaum, Claus P.: Keine Zukunft für die Jugend, in: Grafschafter Nachrichten, 18.12.1971.

Appelbaum, Claus P.: Zukunft von Nordhorn-Range bestimmen die NATO-Partner, in: Grafschafter Nachrichten, 08.07.1971.

Appelbaum, Claus P.: Rat will „Popbeschluß" eventuell revidieren, in: Grafschafter Nachrichten, 03.12.1971.

Appelbaum, Claus P.: Vollendeter Beat in unvollendeter Halle, in: Grafschafter Nachrichten, 25.09.1971.

Appelbaum, Claus P.: „Betrogene" Bürger vertrieben Briten von der Nordhorn-Range, in: Grafschafter Nachrichten, Pfingsten 1973.

Appelbaum, Claus P.: Flammen auf der Range, in: Grafschafter Nachrichten, 13.06.1973. in: Kreisarchiv Nordhorn.

Appelbaum, Claus P.: „Zustand in Nordhorn ist menschenunwürdig", in: Grafschafter Nachrichten, 14.06.1973.

Appelbaum, Claus P.: 8000 werden Sonnabend in Nordhorn erwartet, in: Grafschafter Nachrichten, 22.06.1973.

Appelbaum, Claus P.: Trotz ministerieller Sorgen: Kundgebung verlief in Ruhe, in: Grafschafter Nachrichten, 23.06.1973.

Ausschuss der Jinoh: Entscheidung vertagen, in: Grafschafter Nachrichten, 19.01.1973.

Bachmann, Kurt: Was steckt hinter den Angriffen und Drohungen gegen die DKP?, in: Die Rote Spindel (Nr.7), 1971.

Becker, A.: Gegen Radaubrüder, in: Grafschafter Nachrichten, 13.02.1968.

Bonke, Jürgen: Politik des Hinhaltens, in: Grafschafter Nachrichten, 16.02.1972.

Bund Volkstreuer Jugend – BvJ: Die Gesellschaftsordnung, o. J.

CDW: Protest gegen die NPD, in: Grafschafter Nachrichten, 15.08.1969.

CDW: Mit Knüppel, Wasser und Tränengas, in: Grafschafter Nachrichten, 15.06.1973.

CDW: Konfrontation geht weiter, in: Grafschafter Nachrichten, 16.06.1973.

CDW: Auswärtige Anarchisten im Kampf mit der Polizei, in: Grafschafter Nachrichten, 18.06.1973.

CDW: Zwölf Hundertschaften heute in Bereitschaft, in: Grafschafter Nachrichten, 23.06.1973.

Deymann, Heinz: Unerhörte Bevormundung, in: Grafschafter Nachrichten, 09.04.1968.

Derr, Joh. Hinr.: Gigantisches Ärgernis, in: Lingener Tagespost, 17.09.1971.

Drendel, Gert: Anarchisten sind in Nordhorn abgeblitzt, in: Die Rote Spindel (Nr. 44), 02.07.1973.

Eckstein, Sabine: Nordhorn-Range. Bürgerinitiativen zwischen Anpassung und Widerstand/Der Kampf gegen den NATO-Bombenabwurfplatz, Frankfurt am Main 1974.

Gerns, Willi: Zur Ausarbeitung der strategischen Orientierung der DKP im Kampf, in: Schäfer, Max (Hrsg.): Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main 1978, S. 209–232.

GN: Regierungspräsident zeigt sich betroffen, in: Grafschafter Nachrichten, 13.06.1973.

GN: Ministerpräsident Kubel warnt vor übertriebenen Hoffnungen, in: Grafschafter Nachrichten, 16.06.1973.

Haustein, Hans: Knüppel bei Fuß, in: Grafschafter Nachrichten, 28.08.1969.

Hinze, Gerhard: Rattenfängerart, in: Grafschafter Nachrichten, 25.01.1973.

Initiativgruppe: Keine Prozesse gegen Nordhorn-Range-Gegner, Frühjahr 1974.

Junge Nationaldemokraten: 17. Juni. Nordhorner Jugendzentrum im Zwielicht, in: Signal, H. 2/1973.

Knappert, Helmut/Reinhardt, Heinz/Sieghart, Udo: Kommunistische Aktivitäten, in: Grafschafter Nachrichten 17.04.1974.

Kommunistischer Bund/Gruppe Oldenburg: Gespräch mit Leber: Ist dafür gekämpft worden?, o. O. 1973.

König, R./Horst, Karl-Wilhelm ter: Grundsätzlich die Abrüstung, in: Grafschafter Nachrichten, 02.04.1969.

Liga gegen den Imperialismus: Nordhorn-Range muss weg, o. O. 1973.

Mies, Herbert: ZUM KÖLNER ÜBERFALL, in: Die Rote Spindel, Oktober 1977.

Mies, Herbert: Gedanken zum zehnten Jahrestag der Gründung der DKP. Ein Beitrag zur Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung, in: Schäfer, Max (Hrsg.): Die DKP. Gründung, Entwicklung, Bedeutung, Frankfurt am Main 1978, S. 11–40.

M. Peters: Wir Jungwähler werden quittieren, in: Grafschafter Nachrichten, 20.12.1971.

Notgemeinschaft Nordhorn-Range: Geschichte und Ziele der Notgemeinschaft Nordhorn-Range von 1971 bis 2009, URL: http://www.Nordhorn-Range-muss-weg.de/ueber-uns/geschichte-und-ziele-der-notgemeinschaft-Nordhorn-Range-von-1971-bis-2009/ [eingesehen am 22.08.22].

O. A.: Sache der Elenden, in: Der Spiegel 1/1968, 31.12.1967, URL: https://www.spiegel.de/politik/sache-der-elenden-a-e66addbc-0002-0001-0000-000045522441 [eingesehen am 17.10.2022].

O. A.: Nordhorn braucht ein Jugendheim!, in: Grafschafter Tagespost, Nr. 36, 12.02.1957.

O. A.: „Dumme Masse ist vielleicht ein bißchen kraß gesagt“, in: Grafschafter Nachrichten, 13.07.1968.

O. A.: „Adolf“ kam durch den Gang für Requisiten, in: Grafschafter Nachrichten, 15.08.1969.

O. A.: Protest gegen die NPD, in: Grafschafter Nachrichten, 15.08.1969.

O. A.: DAS MASS IST VOLL, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 1971.

O. A.: Es gibt keine Sozialpartnerschaft und es hat sie nie gegeben, in: Die Rote Spindel (Nr.7), 1971.

O. A.: GETROFFENE HUNDE, in: Die Rote Spindel (Nr.3), 1971.

O. A.: STEMPELN FÄLLT FLACH, in: Die Rote Spindel (Nr. 4), 1971.

O. A.: Stoppt Bombenabwurf – Bevölkerung besetzte Übungsplatz Nordhorn-Range, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 1971.

O. A.: Über das Märchen LOHN-PREIS-SPIRALE, in: Die Rote Spindel (Nr. 1), 1971.

O. A.: Weihnachtsgeschenk der Konzerne – KURZARBEIT, in: Die Rote Spindel (Nr.2), 1971.

O. A.: In eigener Sache, in: Die Rote Spindel (Nr. 19), 1972.

O. A.: JU: Jugend braucht Stätte der Begegnung, in Grafschafter Nachrichten, 24.07.1972.

O. A.: KOMMUNISTEN INS RATHAUS, in: Die Rote Spindel (Extraausgabe Nr. 7), 1972.

O. A.: Nordhorn richtet freies Jugendzentrum ein. Zunächst Provisorium in altem Bauernhaus, in: Grafschafter Nachrichten, 27.07.1972.

O. A.: VIETNAMKRIEG, in: Die Rote Spindel (Nr. 19), 1972.

O. A.: 3000 kamen zur DKP, in: Die Rote Spindel (Nr. 17), 1972.

O. A.: Berufsverbot nun auch in Nordhorn?, in: Die Rote Spindel (Nr. 22), 1973.

O. A.: FORDERUNGEN DURCHGESETZT, in: Die Rote Spindel (Nr. 39), 21.05.1973.

O. A.: Schluß mit dem Vietnamkrieg !!!, in: Die Rote Spindel (Nummer 20), 1973.

O. A.: DER GROSSE STREIK, in: Die Rote Spindel (Wahlkampfprogramm ’74 der DKP), 1974.

O. A.: FÜR EIN FREIES JZ!, in: Die Rote Spindel (Wahlkampfprogramm ’74 der DKP), 1974.

O. A.: Kampf dem Bolschewismus. Flugblatt verteilt im April 1974.

O. A.: Rattenfänger!, vmtl. Juni 1974.

O. A.: In eigener Sache, in: Die Rote Spindel (Nr. 24), 18.08.1975.

O. A.: DER AMTLICHE BLÖDSINN DES HERRN BUJ, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 16.02.1976.

O. A.: DIE BEKANNTE MORAL DES HERRN J., in: Die Rote Spindel (Nr. 5), 02.02.1976.

O. A.: KALTER KAFFEE VON HERRN BUBBEL sowie DIE NORDTANGENTE – ODER DAS KOMMENDE CHAOS, in: Die Rote Spindel (Nr. 11), 15.03.1976.

O. A.: In eigener Sache, in: Die Rote Spindel, Dezember 1977.

O. A.: Im Kreistag fehlt was: Kommunisten, in: Die Rote Spindel, September 1977.

O. A.: Sozialistische Initiative will eigene Wege gehen, in: Grafschafter Nachrichten, 24.12.1977.

O. A.: Wahlbehinderung = Zweck des Polizeiüberfalls – Scharfer Protest der DKP Niedersachsen, in: Die Rote Spindel, Oktober 1977.

O. A.: Die DKP und die „Asozialen", in: Nordhorner Blatt. Stadtzeitung für Nordhorn + Umgebung, Nr. 3, April 1978, S. 5–6.

O. A.: 300 UNTERZEICHNER FORDERN: Probleme der Bürger Nordhorns gehören in den Stadtrat!, in: Die Rote Spindel (Nr. 3), Mai 1977.

O. A.: ABMAGERUNGSKUR, in: Die Rote Spindel (Nr. 36), 13.10.1980.

O. A.: MIT DER FIETZE ZUR RANGE, in: Die Rote Spindel (Nr. 37), 20.10.1980.

O. A.: Weg mit Nordhorn Range, in: Die Rote Spindel (Nr. 36), 13.10.1980.

O. A.: Mit Holzkreuzen gegen „atomares Emsland", in: Lingener Tagespost, 27.10.1980.

O. A.: Friedensaktion zu Ostern: BRÜCKE ZUR RANGE WIEDER FREI!, in: Die Rote Spindel (Nr. 17), 21.04.1981.

O. A.: STRENG: KINDERFEST BESSER ALS STICHSTRASSE, in: Die Rote Spindel (Nr. 25), 15.06.1981.

O. A.: HILFE FÜR ARBEITSLOSE, in: Die Rote Spindel (Nr. 7), 05.02.1982.

O. A.: RAWE: AUSRÜSTUNG SOLL PERSONELL ABGERÜSTET WERDEN, in: Die Rote Spindel (Nr. 5), 30.01.1983.

O. A.: ÜBER 700 JUGENDLICHE NOCH OHNE LEHRSTELLE, in: Die Rote Spindel (Nr. 21), 30.05.1983.

O. A.: DKP-Aktion: Zebrastreifen in der Blumenstraße, in: Die Rote Spindel (Nr. 33), 23.10.1989.

O. A.: Im Osten viel Neues und im Westen?, in: Die Rote Spindel (Nr. 39), 04.12.1989.

O. A.: Deutsch-Deutsches. Die alten und die neuen Bonzen, in: Die Rote Spindel (Nr. 36), 05.11.1990.

O. A.: Vergangenheitsbewältigung. De Maizière und Langemarck, in: Die Rote Spindel (Nr. 42), 17.12.1990.

O. A.: GN. GEDRUCKT WIRD, WAS (DER REDAKTION) GEFÄLLT, in: Die Rote Spindel (Nr. 38), 16.12.1991.

O. A.: Nordhorn-Range. Jetzt erst recht: Bürgerprotest gegen schwarzen Zauber!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 12), 22.04.1991.

O. A.: SPINDEL-KRITIK. In eigener Sache: Pressefreiheit wird großgeschrieben!, in: Die Rote Spindel (Nr. 14), 13.05.1991.

O. A.: NINO. DIE ENTLASSUNGSWELLE ROLLT UND ROLLT UND ROLLT, in: Die Rote Spindel (Nr. 30), 14.09.1992.

O. A.: NINO/RAWE. KREISENDE ABRISSBIRNEN: WEBEREIEN IN GEFAHR!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 25), 10.08.1992.

O. A.: Nordhorner Textilindustrie. MACHT EUCH BLOSS NICHTS VOR!!, in: Die Rote Spindel (Nr. 19), 25.05.1992.

O. A.: NINO. MIT LAUTEM KNALL ZERPLATZT, in: Die Rote Spindel (Nr. 31), 26.09.1994.

O. A.: Heinz Deymann. 70 JAHRE AKTIV UND KEIN BISSCHEN LEISE, in: Die Rote Spindel (Nr. 18), 02.09.2000.

O. A.: Rawe. (FAST) KOMPLETTE BETRIEBSSCHLIESSUNG UND JETZT NOCH ERPRESSUNG!, in: Die Rote Spindel (Nr. 20), 30.09.2000.

O. A.: Heinz Deymann ist tot. EIN KÄMPFERHERZ HAT AUFGEHÖRT ZU SCHLAGEN, in: Die Rote Spindel (Nr. 4), 15.02.2003.

O. A.: Solidarität für Erich, in: SPIEGEL Politik [ursprünglich Der Spiegel 15/1991], URL: https://www.spiegel.de/politik/solidaritaet-fuer-erich-a-b8204ea4-0002-0001-0000-000013488346?context=issue [eingesehen am 21.09.2022].

O. A.: Familie Adolf Pazdera, in: Stolpersteine Nordhorn, URL: https://stolpersteine-nordhorn.nolis-manager.de/paz/index.php [eingesehen am 20.07.2022].

O. A.: Bruch in der DKP, in: Alternatives Blatt. Stadtzeitung für Nordhorn + Umgebung, Nr. 2, Februar/März 1978, S. 3–4.

Roeder, Peter: Bombenabwurfplatz mit Kind und Kegel besetzt, in: Grafschafter Nachrichten, 08.07.1971.

Specht, Heinrich: Nordhorn. Geschichte einer Grenzstadt, Nordhorn 1941.

Stadtjugendring Nordhorn. Der Schriftführer: Warum der Stadtjugendring ein „Haus der Ju-

gend“ fordert, in: Grafschafter Nachrichten, 17.04.1965.

Straukamp, Werner: 10 Jahre Jugendzentrum Nordhorn, [vmtl. Nordhorn 1984].

Stützbecher, Volkhard: Nur das Negative aufgezählt, in: Grafschafter Nachrichten, 02.04.1969.

Sychla, Hartmut: Die Frechheit des Delden-Clans kennt keine Grenzen, in: Die Rote Spindel (Nr. 32), 05.09.1982.

Horst, Karl-Wilhelm ter: Erklärung von Karl W. ter Horst zu den Vorgängen im Jugendzentrum Nordhorn, in: Die Rote Spindel (Nr. 40), 18.11.1974.

Horst, Karl-Wilhelm ter/Holthuis, Jan: Protest gegen die NPD, in: Grafschafter Nachrichten, 30.08.1969.

Tersteegen, Gerhard: Unruhe als Pflicht des Demokraten, in: Grafschafter Nachrichten, 03.01.1968.

Tersteegen, Gerhard: Warum wir die Ordnung störten, in: Grafschafter Nachrichten, 06.03.1968.

Tewes, Karla/Egberdt, Dirk/Warrin, K.-D./Sloot, Siegbert/Schulte, Johann: Qualifikation mehr als zweifelhaft, in: Grafschafter Nachrichten, 19.01.1973.

Volken, Reinhold: In die Schranken verweisen, in: Grafschafter Nachrichten, 10.02.1968.

Autor:innen



Philipp Scharf, M. A.,
geb. 1993, ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.



Stephanie Buchholz,
geb. 1995, studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Göttingen. Sie ist studentische Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen sowie am Göttinger Institut für Demokratieforschung. An der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie im Fachbereich Linksradikalismus.



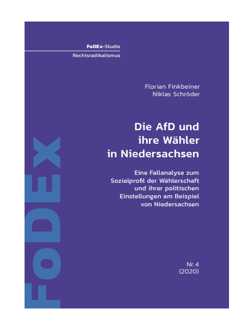
Luke Tappé,
geb. 1998, studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Georg-August-Universität Göttingen und ist seit Januar 2021 studentische Hilfskraft bei der FoDEx am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

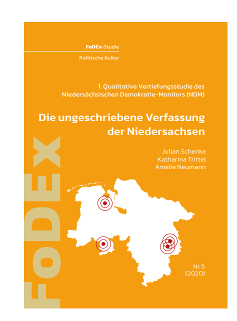
Bislang als FoDEx-Studien erschienen







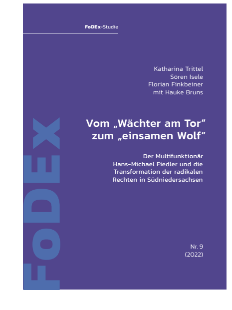


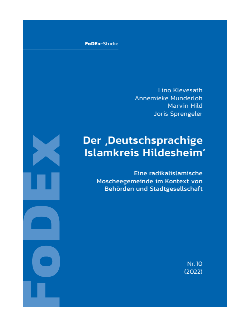












Nr. 1: Finkbeiner, Florian / Trittel, Katharina: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens. Ein historischer Problemaufriss, Göttingen 2019.

Nr. 2: Marg, Stine / Finkbeiner, Florian / Kühnel, Steffen / Efpraxia Dermitzaki: Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2019, Göttingen 2019.

Nr. 3: Klevesath, Lino / Munderloh, Annemieke / Sprengeler, Joris / Schlieker, Kathinka / Grahmann, Florian: Scharia als Weg zur Gerechtigkeit? Eine Analyse der Rezeption eines salafistischen Online-Videos durch junge Muslim*innen, Göttingen 2019.

Nr. 4: Finkbeiner, Florian / Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, Göttingen 2020.

Nr. 5: Schenke, Julian / Trittel, Katharina / Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors, Göttingen 2020.

Nr. 6: Finkbeiner, Florian / Dewitz, Dominik / Trittel, Katharina / Brühl, Ellen / Schröder, Niklas / Nolte, Marie: Rechtsradikalismus in sozialdemokratischen Kerngebieten. Eine Regionalstudie zur deutungskulturellen Verarbeitung der AfD in Salzgitter, Göttingen 2021.

Nr. 7: Scharf, Philipp / Schenke, Julian / Tappé, Julian: Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers". Politische Kultur und linksradikales Engagement in der niedersächsischen Landeshauptstadt, Göttingen 2021.

Nr. 8: Schenke, Julian / Munderloh, Annemieke / Franzmann, Simon T. / Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratie-Monitor. NDM 2021, Göttingen 2021.

Nr. 9: Trittel, Katharina / Isele, Sören / Finkbeiner, Florian / Bruns, Hauke: Vom „Wächter am Tor" zum „einsamen Wolf". Der Multifunktionär Hans-Michael Fiedler und die Transformationen der radikalen Rechten in Südniedersachsen, Göttingen 2022.

Nr. 10: Klevesath, Lino / Munderloh, Annemieke / Hild, Marvin / Sprengeler, Joris: Der ‚Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim'. Eine radikalislamische Moscheegemeinde im Kontext von Behörden und Stadtgesellschaft, Göttingen 2022.

Impressum

Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und
religiöser Extremismen in Niedersachsen

am Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 1701 00
Fax: +49 551 39 1701 01
E-Mail: fodex@uni-goettingen.de

Ansprechpartner

Studie:
Philipp Scharf
philipp.scharf@uni-goettingen.de

Gestaltung und Layout

Dr. Robert Lorenz

Grafikdesign

Katja Töpfer

Lektorat

Philipp Heimann

Rechte







Nachweise

Schrift:
Kanit Font, Cadson Demak
[http://cadsondemak.com/], 2015,
SIL Open Font License v1.10
[http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

ISSN 2628-3743 FoDEx-Studie (Print)
ISSN 2628-3751 FoDEx-Studie (Online)
ISBN 978-3-86395-577-9
doi: https://doi.org./10.17875/gup2022-2212

Göttingen, Januar 2023

WWW.FODEX-ONLINE.DE

ISSN (Print) 2628-3743
ISSN (Online) 2628-3751

ISBN 978-3-86395-577-9
doi: https://doi.org/10.17875/gup2022-2212





www.fodex-online.de



www.ifdem.de